Frankreichs Krise der gesellschaftlichen Integration

Stand 31. Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis

1 Hegemonie und historischer Block als Ausgangspunkt....1
2 Ökonomische und soziale Krise als Erosion des Fortschrittsversprechens....2
3 Sozialstruktur, Klassenlagen und Alltagsbewusstsein....6
4 Staatsfinanzkrise als Konflikt um die Finanzierung gesellschaftlicher Integration....8
5 Bildungskrise und Protestbewegung als Krise der gesellschaftlichen Reproduktion....10
6 Krise des Parteiensystems....16
7 Zivilgesellschaft, Medien und intermediäre Organisationen....20
8 Politische Krise und umkämpftes Interregnum....26
9 Linke und rechte Versuche einer neuen gesellschaftlichen Führung....27
10 Fazit....34

Frankreich erlebt derzeit eine Krise, in der wirtschaftliche Schwäche, soziale Konflikte und politische Instabilität ineinandergreifen. Der Aufsatz untersucht mit Antonio Gramscis Kategorien, warum bisherige gesellschaftliche Bindungen an Kraft verlieren und welche Kräfte um eine neue politische Führung ringen. Die Protestbewegung von Schülern, Studierenden und weiteren gesellschaftlichen Gruppen wird dabei auf ihre strukturellen Ursachen und ihre politische Verarbeitung hin untersucht.

1 Hegemonie und historischer Block als Ausgangspunkt

Die hier entwickelte These lautet: Frankreich durchläuft eine Hegemoniekrise mit Zügen einer organischen Krise. Konjunkturelle Schwäche und strukturelle Wachstumsgrenzen verschärfen soziale Unsicherheit und Haushaltskonflikte; Bildungsungleichheit und die Krise politischer Repräsentation schwächen weitere Grundlagen gesellschaftlicher Integration. Die Fähigkeit des bisher dominierenden historischen Blocks, seine wirtschaftlichen Prioritäten mit glaubwürdigen gesellschaftlichen Fortschrittsversprechen zu verbinden, ist infrage gestellt. Diese Erosion gesellschaftlicher Führung ist von einem vollständigen Verlust wirtschaftlicher und institutioneller Macht zu unterscheiden. Daraus allein entsteht noch kein erfolgreiches Alternativprojekt; rechte Zugewinne und linke Gegenhegemonie setzen jeweils eine eigenständige Deutung und Organisation der Krisenerfahrungen voraus. Der Aufsatz verbindet aktuelle Statistiken und Befragungsergebnisse mit einer ausdrücklich interpretierenden Anwendung von Gramscis Kategorien.

Hegemonie bedeutet gesellschaftliche Führung durch organisierte Zustimmung, verbunden mit staatlicher Durchsetzungsmacht. Sie beruht auf Institutionen, Deutungen und materiellen Zugeständnissen. Ein historischer Block bezeichnet den Zusammenhang von Produktionsverhältnissen, gesellschaftlichen Kräften und politisch-kulturellen Formen; er ist umfassender als eine Regierungskoalition. Eine organische Krise liegt vor, wenn längerfristige Widersprüche die Bindung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und ihren bisherigen politischen Repräsentanten erschüttern. Gramscis Interregnum bezeichnet eine Situation, in der bisherige Führung erodiert, ohne dass sich bereits eine neue Ordnung durchsetzt (Gramsci 1991–2002, H. 13, § 23; H. 3, § 34; zur Hegemonie H. 6, § 88; zum historischen Block H. 8, § 182).

Gesellschaftliche Führung setzt organisatorische Vermittlung voraus. Parteien nehmen gesellschaftliche Interessen auf und gestalten sie zugleich durch Programme, Personal und politische Entscheidungen. Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Vereine vermitteln auf jeweils eigenständige Weise zwischen Alltag und staatlicher Politik. Ihre gesellschaftliche Reichweite lässt sich nicht allein an Mitgliederzahlen ablesen. Die Untersuchung unterscheidet deshalb Mitgliederbasis, tatsächliche Beteiligung und institutionellen Einfluss. Zu

fragen ist, welche Gruppen Zugang zu Entscheidungen erhalten und ob aus unterschiedlichen Interessen verbindliche, gesellschaftlich getragene Vereinbarungen entstehen.

Als Arbeitshypothese lässt sich der Macronismus als Versuch einer Neuordnung des französischen Herrschaftszusammenhangs verstehen: Wettbewerbsfähigkeit, europäische Integration und marktorientierte Reformen sollten die Trennung zwischen gemäßigter Rechter und gemäßigter Linker überwinden. Analytisch steht dahinter die Bündelung wirtschaftlich privilegierter und aufstiegsorientierter Gruppen um eine Modernisierungsstrategie. Amable und Palombarini untersuchen solche Bündnisse als soziale Blöcke. Sie betonen zugleich, dass der Staat aus umkämpften Institutionen besteht und kein einheitlich handelndes Instrument einer Klasse ist (Amable und Palombarini 2025, Abschn. zur staatlichen Institutionenordnung). Ihr sozialer Block und Gramscis historischer Block sind deshalb verwandte, aber nicht gleichbedeutende Kategorien.

Der bisherige herrschende historische Block lässt sich genauer als widersprüchliche Verbindung eines weiterhin ausgebauten Sozialstaats mit einer zunehmend markt- und wettbewerbsorientierten Steuerung beschreiben. Seine tragenden Machtressourcen liegen in großen Unternehmen, Finanz- und Eigentumspositionen, staatlichen Führungsapparaten sowie der europäischen institutionellen Einbindung. Politische und administrative Führungskräfte, wirtschaftspolitische Experten und meinungsbildende Medien übersetzen deren Prioritäten in Vorstellungen des gesellschaftlich Notwendigen. Sie können dabei als organische Intellektuelle wirken, soweit sie die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Kräfte zu einer allgemeinen Entwicklungsrichtung verbinden. Daraus folgt nicht, dass sämtliche Intellektuellen und Medien dieselbe Position vertreten. Es handelt sich um eine analytische Rekonstruktion von Führung und Macht (Gramsci 1991–2002, H. 12, § 1; Amable und Palombarini 2025).

Das politische Versprechen des Macronismus verband europäische Handlungsfähigkeit, individuelle Aufstiegschancen und die Stärkung unternehmerischer Investitionen. Die Zustimmung sollte dabei über die unmittelbar begünstigten Gruppen hinausreichen: Öffentliche Dienste, Sozialversicherungen und das republikanische Leistungsversprechen blieben wichtige Bindemittel für Lohnabhängige. Gerade diese Verbindung gerät aber unter Druck, wenn marktorientierte Reformen als Abbau sozialer Sicherheiten erfahren werden. Eine begrenzte soziale Basis kann mit umfassender gesellschaftlicher Durchsetzungsmacht verbunden sein, ohne einen dauerhaft tragfähigen Konsens zu sichern.

Diese Deutung findet eine deutschsprachige institutionelle Ergänzung bei Stefan Seidendorf. Er unterscheidet Führungs-, Regime- und Gesellschaftskrise und zeigt, dass strategisches Wählen gegen die extreme Rechte keine positive Zustimmung zur Politik des Gewählten bedeutet (Seidendorf 2025, Abschn. „Führungskrise?“ und „Regimekrise?“). Gramscianisch betrifft dies die Differenz zwischen erfolgreicher politischer Machtbehauptung und erodierender gesellschaftlicher Führung.

Die Untersuchung folgt dem Zusammenhang von materiellen Bedingungen, gesellschaftlicher Vermittlung und politischer Führung. Kapitel 2 behandelt wirtschaftliche und soziale Krisenbefunde; Kapitel 3 klärt die unterschiedlichen Klassenlagen und ihre Verarbeitung im Alltagsbewusstsein. Die Kapitel 4 und 5 untersuchen die Finanzierung und die Bildungsinstitutionen des bisherigen Kompromisses. Kapitel 6 vergleicht zunächst die parlamentarischen Kräfte und die organisatorische Basis der Parteien und analysiert darauf aufbauend Wählermilieus und Parteienkonkurrenz. Kapitel 7 behandelt die eigenständigen gesellschaftlichen Organisationen sowie Medien und intellektuelle Vermittler. Kapitel 8 bündelt diese Befunde zur politischen Krise; Kapitel 9 erklärt die Erosion der bisherigen Führung und vergleicht deren mögliche Erneuerung mit den Voraussetzungen linker Gegenhegemonie sowie den Zugewinnen und Widersprüchen rechter Führungsprojekte. Das Fazit führt die Ergebnisse zusammen.

2 Ökonomische und soziale Krise als Erosion des Fortschrittsversprechens

Der wirtschaftliche Befund zeigt eine ausgeprägte Wachstumsschwäche. Die französische Generaldirektion des Schatzamts (Direction générale du Trésor, kurz DG Trésor), eine zentrale Abteilung des Wirtschafts- und Finanzministeriums, erwartet im Oktober für 2026 ein reales Wachstum von 0,5 Prozent und für 2027 von 1,0

Prozent. Sie verweist auf den Nahostkonflikt, die außergewöhnliche sommerliche Trockenheit und hohe Unsicherheit. Diese Werte sind Regierungsprognosen, keine abgeschlossenen Jahresergebnisse (DG Trésor 2026). Die am 30. Oktober veröffentlichte erste Schätzung des Institut national de la statistique et des études économiques (Insee; französisches Amt für Statistik und Wirtschaftsstudien) für das dritte Quartal weist einen BIP-Rückgang von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal aus, nach Stagnation im zweiten und einem Rückgang um 0,2 Prozent im ersten Quartal. Der konjunkturelle Ausgangspunkt bleibt damit schwach (Insee 2026h).

Für die Erklärung sind konjunkturelle und strukturelle Probleme zu unterscheiden. Konjunkturell wirken kurzfristig schwache Investitionsausgaben und eine geringe Auslastung vorhandener Kapazitäten; strukturell begrenzen längerfristige Defizite bei Produktivität, Qualifikation und Investitionen sowie eine ungünstige wirtschaftliche Spezialisierung die Entwicklung. Beide Ebenen greifen ineinander: Anhaltend schwache Nachfrage kann Investitionen verhindern und damit die künftige Leistungsfähigkeit beeinträchtigen; umgekehrt kann eine wenig dynamische Produktionsstruktur die Erholung bremsen. Die Trennung bezeichnet also unterschiedliche Mechanismen, keine voneinander unabhängigen Krisen.

Die aktuellen Nachfragedaten zeigen ein differenziertes Bild. Im dritten Quartal 2026 stieg der private Konsum um 0,4 Prozent, während die Bruttoanlageinvestitionen erneut um 0,6 Prozent fielen. Die Ausrüstungs- und Bauaktivität entwickelte sich somit nicht im Gleichschritt mit der Erholung des Verbrauchs. Der Außenhandel entzog dem Wachstum 0,6 Prozentpunkte: Die Exporte sanken um 1,7 Prozent, die Importe nahmen um 0,1 Prozent zu. Ein positiver Lagerbeitrag von 0,4 Prozentpunkten begrenzte den BIP-Rückgang. Dies sind preis-, saison- und kalenderbereinigte Veränderungen gegenüber dem Vorquartal; sie sprechen für eine fragile und stark schwankende Konjunktur, nicht für einen gleichmäßigen Einbruch aller Nachfragekomponenten (Insee 2026h).

Die Belastung der Privathaushalte liefert einen weiteren Zusammenhang. Im zweiten Quartal sank die Kaufkraft des verfügbaren Einkommens je Verbrauchseinheit um 0,6 Prozent, nach minus 0,2 Prozent im ersten Quartal. Die Sparquote lag trotz ihres Rückgangs auf 17,2 Prozent weiterhin auf einem Niveau, bei dem Einkommen nur teilweise in laufenden Konsum umgesetzt wurde (Insee 2026a). Aus der gesamtwirtschaftlichen Sparquote lässt sich allerdings keine allgemeine finanzielle Reserve ableiten: Haushalte mit hohen Einkommen und Vermögen können sparen, während einkommensarme Haushalte bereits notwendige Ausgaben einschränken. Hohe Unsicherheit kann deshalb mit schwacher Nachfrage und erheblichen sozialen Härten zusammenfallen.

Ein weiteres strukturelles Problem ist die schwache Produktivitätsentwicklung. Nach der Insee-Auswertung vom Mai lag die gesamtwirtschaftliche Produktion je Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2025 um 1,1 Prozent unter dem Niveau von 2019 und um 4,3 Punkte unter dem fortgeschriebenen Vorkrisentrend; je Arbeitsstunde betrug der Trendabstand 4,9 Punkte. Ein Teil erklärt sich durch mehr Auszubildende, geringere Arbeitszeiten selbständiger Kleinstunternehmer und zeitweise Personalhaltung trotz Produktionsausfällen. Selbst bei Beschränkung auf private Arbeitnehmer und Berücksichtigung der Ausbildungsstruktur verbleibt jedoch ein Trendabstand von 2,4 Punkten (Insee 2026i). Das ist kein Maß mangelnder individueller Arbeitsleistung, sondern ein Ergebnis von Produktionsbedingungen, Zusammensetzung der Beschäftigung und Investitionsentscheidungen.

Hinzu kommen Schwächen der Innovationsbasis. Der Länderbericht der Europäischen Kommission nennt für 2024 Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 2,18 Prozent des BIP, damit unter dem EU-Durchschnitt und dem Drei-Prozent-Ziel. Die betriebliche Forschungsintensität stagnierte bei rund 1,44 Prozent, gegenüber 1,49 Prozent im EU-Durchschnitt. Zugleich bleibt das französische Produktivitätsniveau je Arbeitsstunde in Kaufkraftstandards mit 112,7 Prozent des EU-Niveaus 2025 vergleichsweise hoch; Anfang der 2000er Jahre hatte es jedoch noch über 130 Prozent gelegen. Frankreichs Problem ist damit auch ein Verlust relativer Dynamik bei durchaus fortbestehenden Stärken. Qualifikationsengpässe und eine ungleichmäßige Verbreitung neuer Technologien erschweren nach dem Bericht die weitere Produktivitätssteigerung (Europäische Kommission 2026, Abschn. zu Produktivität und Forschung).

Auch die außenwirtschaftliche Struktur ist widersprüchlich. Zwischen den Jahresniveaus 2019 und 2025 wuchsen die realen Exporte nach der Finanzverwaltung insgesamt um 9,5 Prozent; Dienstleistungen einschließlich Tourismus trugen dazu 7,5 Prozentpunkte bei, Warenexporte nur zwei. Das verweist auf

leistungsfähige Dienstleistungsbereiche und zugleich eine ungleichmäßige industrielle Dynamik. In der Luftfahrt können einzelne Lieferungen starke Quartalsschwankungen hervorrufen, weshalb ein Exportminus nicht unmittelbar als dauerhafter Wettbewerbsverlust zu deuten ist (Nkoa Zoa 2026). Für die gesellschaftliche Integration bleibt jedoch bedeutsam, wo hochwertige Beschäftigung entsteht und welche früheren Industriegebiete von neuen Wachstumsbereichen wenig profitieren.

Auf dem Arbeitsmarkt wird die Belastung deutlicher. Die Erwerbslosenquote nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) stieg im zweiten Quartal 2026 auf 8,3 Prozent, gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte. Rund 2,7 Millionen Menschen waren erwerbslos. Bei den 15- bis 24-Jährigen betrug die Quote 21,6 Prozent; sie bezieht sich auf die Erwerbspersonen dieser Altersgruppe, nicht auf sämtliche Jugendlichen (Insee 2026d). Gerade für junge Menschen kann sich damit der Widerspruch zwischen individuellem Leistungsversprechen und begrenzten beruflichen Einstiegschancen verschärfen.

Die längerfristige Entwicklung ist gleichwohl widersprüchlich. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren 69,3 Prozent der 15- bis 64-Jährigen erwerbstätig, drei Prozentpunkte mehr als 2019. Zugleich sank der Anteil befristeter Beschäftigung und Leiharbeit an allen Erwerbstätigen auf 9,4 Prozent (Insee 2026g). Ein pauschales Bild fortschreitender Beschäftigungslosigkeit wäre daher unzutreffend. Die Krise gesellschaftlicher Führung entsteht vielmehr auch daraus, dass höhere Erwerbsbeteiligung nicht für alle mit ausreichendem Einkommen, verlässlicher Lebensplanung und guten öffentlichen Leistungen zusammenfällt. Beschäftigungsmenge und Qualität gesellschaftlicher Integration sind unterschiedliche Größen.

Die soziale Dimension zeigt eine eigene, längerfristige Problemlage. Nach der im Juli 2026 veröffentlichten Insee-Auswertung lebten 2024 in Frankreich métropolitaine 9,8 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, entsprechend 15,4 Prozent. Unter Erwerbslosen waren es 36,1 Prozent, bei Alleinerziehenden 34,0 Prozent. Die Angaben beziehen sich auf die jeweils ausgewiesene Bevölkerung in Privathaushalten und erfassen nicht sämtliche Lebenslagen. Sie sind Strukturindikatoren mit zeitlichem Abstand zur aktuellen Protestkonjunktur (Insee 2026b, Abschn. „En quelques chiffres“).

Gramscianisch erhält diese Ungleichheit Bedeutung durch ihre Beziehung zum republikanischen Gleichheitsversprechen. Formale Staatsbürgergleichheit und tatsächlich ungleiche Chancen können nebeneinander bestehen, solange Institutionen einen glaubwürdigen Ausgleich und Zukunftsperspektiven vermitteln. Wird dagegen der Eindruck dauerhaft ungleicher Lastenverteilung vorherrschend, gerät der Anspruch politischer Führung auf Allgemeinvertretung unter Druck. Das betrifft nicht nur Armut: Auch Menschen oberhalb der Armutsgrenze können den Verlust beruflicher Sicherheit oder gesellschaftlicher Anerkennung fürchten. Die statistische Armutsquote misst diese weiterreichenden Erfahrungen allerdings nicht.

Die ökonomische Krise berührt damit die gesellschaftliche Reproduktion: die tägliche und langfristige Sicherung von Wohnen, Versorgung, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Werden öffentliche Leistungen knapper, müssen Haushalte mehr Geld, Zeit oder unbezahlte Arbeit einsetzen. Der Anpassungsdruck kann also wachsen, obwohl eine Person beschäftigt bleibt. Zusätzliche individuelle Anstrengung sichert dann nicht ohne Weiteres den bisherigen Lebensstandard.

Diese strukturellen Grenzen prägen den mittelfristigen Ausblick. Eine Übersicht der Banque de France (französische Zentralbank) verortet die Schätzungen verschiedener Institutionen für das französische Potenzialwachstum 2026 bis 2028 überwiegend zwischen 0,9 und 1,2 Prozent jährlich; die Alterung begrenzt den weiteren Beitrag des Arbeitskräfteangebots. Potenzialwachstum ist eine modellabhängige Schätzung der auf Dauer möglichen Produktionsausweitung, keine direkt beobachtete Größe und keine unveränderliche Obergrenze (Devulder 2026). Investitionen, Qualifizierung und eine andere Organisation der Produktion können es beeinflussen. Davon zu unterscheiden ist die nachfolgende Prognose des tatsächlich erwarteten Wachstums.

Für den Vergleich bis 2030 wird ein einheitlicher internationaler Prognosestand verwendet. Der World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Oktober 2026 erlaubt den Vergleich Frankreichs mit Deutschland, Italien, Großbritannien und dem EU-Aggregat. Die Werte bezeichnen reale

jährliche BIP-Veränderungen; der EU-Wert ist ein gesamtwirtschaftliches Aggregat, kein ungewichteter Durchschnitt der Mitgliedstaaten. Die kumulierte Veränderung verknüpft die fünf Jahresraten und setzt das reale BIP 2025 auf 100 (IWF 2026, Reihe NGDP_RPCH; eigene Berechnung).

Tabelle 1 Reales Wirtschaftswachstum und Entwicklung bis 2030

Land / Raum	2026	2027	2028	2029	2030	2026–30 kumuliert
Frankreich	0,4	0,7	1,2	1,1	1,1	4,6
Deutschland	1,3	1,1	1,1	0,9	0,7	5,2
Italien	0,8	0,6	0,7	0,6	0,6	3,3
Großbritannien	1,3	1,2	1,6	1,5	1,4	7,2
EU-Aggregat	1,4	1,4	1,5	1,4	1,4	7,3

Angaben in Prozent. Sämtliche Jahreswerte 2026–2030 sind Projektionen. Quelle: IWF (2026), World Economic Outlook, Oktober, DataMapper-Reihe NGDP_RPCH, Abfrage 30. Oktober 2026; kumulierte Veränderung gegenüber 2025 selbst berechnet.

Im IWF-Szenario wächst Frankreich von 2025 bis 2030 real um rund 4,6 Prozent: damit weniger als Deutschland mit 5,2 Prozent, Großbritannien mit 7,2 Prozent und das EU-Aggregat mit 7,3 Prozent, aber mehr als Italien mit 3,3 Prozent. Frankreichs jährliches Wachstum erholt sich nach 2027, bleibt jedoch auch 2030 unter dem EU-Wert. Deutschlands zunächst stärkerer Aufschwung flacht bis dahin deutlicher ab. Frankreich ist damit weder der einzige europäische Krisenfall noch Teil eines kräftigen allgemeinen Aufschwungs. Diese Projektionen betreffen das gesamte BIP; sie messen weder dessen Verteilung noch automatisch die Entwicklung des Lebensstandards je Einwohner (IWF 2026; eigene Berechnung).

Zugleich ist der Unterschied zur französischen Finanzplanung relevant: Für 2027 veranschlagt die Regierung 1,0 Prozent reales Wachstum, der IWF 0,7 Prozent. Der Haut Conseil des finances publiques (HCFP; unabhängiger Hoher Rat für die öffentlichen Finanzen) bewertet die Regierungsannahme angesichts der Finanzierungsbedingungen und des erwarteten Investitionsaufschwungs als optimistisch (DG Trésor 2026; HCFP 2026). Schwächeres Wachstum kann Steuereinnahmen mindern und die Schuldenquote erhöhen. Die in Kapitel 4 untersuchte Finanzprojektion hängt deshalb auch davon ab, ob ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen eintreten.

Die Projektionen lassen damit keine selbstverständliche Rückkehr zu umfassenden Fortschrittsversprechen erwarten. Welche sozialen Gruppen vom Zuwachs profitieren und ob öffentliche Leistungen und Zukunftssicherheit mitwachsen, bleibt politisch umkämpft. Energiepreise, Zinsen und Investitionsentscheidungen können den Verlauf verändern.

Konjunkturelle Schwäche und strukturelle Grenzen werden politisch besonders dort wirksam, wo sie die erwarteten Erträge der bisherigen Reformstrategie infrage stellen. Wenn Wettbewerbsorientierung, Investitionsförderung und Haushaltsdisziplin als Voraussetzungen allgemeinen Wohlstands gelten, müssen sich ihre Ergebnisse auch in Arbeit, Einkommen und öffentlichen Leistungen niederschlagen. Bleibt diese Verbindung für größere Gruppen unglaubwürdig, verliert eine wirtschaftspolitische Leitvorstellung ihre gesellschaftliche Bindungskraft. Der Mechanismus verläuft somit über enttäuschte Erwartungen und politische Deutung, nicht unmittelbar von einer niedrigen Wachstumsrate zur Ablehnung des Systems.

Dabei entsteht aus sozialer Unsicherheit keine einheitliche politische Identität. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, prekär Arbeitende, Selbständige, Rentner und Jugendliche sind unterschiedlichen Risiken ausgesetzt. Amable und Palombarini heben besonders die Hierarchisierung des öffentlichen Dienstes und die Schwächung seines gemeinsamen Selbstverständnisses durch marktorientierte Verwaltungsreformen hervor (Amable und Palombarini 2025). Wie daraus gemeinsame oder gegensätzliche politische Interessen entstehen, untersucht das folgende Kapitel anhand der Sozialstruktur und des Alltagsbewusstseins.

3 Sozialstruktur, Klassenlagen und Alltagsbewusstsein

Die sozialen Träger dieser Konflikte lassen sich zunächst anhand der Berufsstruktur umreißen. Nach der Insee-Erwerbstätigenstatistik für 2025 gehörten 23,8 Prozent zu den cadres, 25,4 Prozent zu den professions intermédiaires, 24,3 Prozent zu den employés und 17,5 Prozent zu den ouvriers. Handwerk, Handel und Unternehmensleitung machten zusammen 6,8 Prozent aus, Landwirtschaft 1,3 Prozent; 0,9 Prozent waren nicht zugeordnet (Insee 2026e). Die Kategorie cadres umfasst insbesondere höhere Fach- und Führungsberufe, professions intermédiaires mittlere Fachberufe, employés überwiegend Dienstleistungs- und Büroberufe und ouvriers Arbeiterberufe. Diese französischen Kategorien entsprechen deutschen Berufsbezeichnungen nur näherungsweise. Die Angaben beziehen sich auf Erwerbstätige, nicht auf die gesamte Bevölkerung.

Arbeiter und employés bilden zusammen 41,8 Prozent der Erwerbstätigen. Die Gesamtheit der Lohnabhängigen reicht jedoch weit darüber hinaus: Auch mittlere Fachkräfte und große Teile der cadres leben wesentlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Eine marxistische Klassenanalyse fragt zusätzlich, wer Produktionsmittel und Unternehmen kontrolliert, wer über Investitionen und Arbeitsorganisation entscheidet und wer Weisungen unterworfen ist. Leitende Angestellte können als Lohnabhängige zugleich erhebliche Herrschaftsfunktionen ausüben; kleine Selbständige können Eigentum besitzen und dennoch wirtschaftlich stark abhängig sein. Aus den Berufszahlen lässt sich daher keine exakte Klassentabelle errechnen. Sie zeigen vielmehr die innere Differenzierung jener gesellschaftlichen Mehrheit, die auf Arbeitseinkommen und soziale Sicherung angewiesen ist.

Zur Eigentumsdimension liefert die Vermögensstatistik einen zweiten Zugang. Anfang 2024 verfügten die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte über 47,9 Prozent des gesamten Bruttovermögens; auf die untere Hälfte entfielen lediglich 7,2 Prozent (Insee 2026f). Bruttovermögen umfasst auch selbstgenutzte Wohnungen und wird vor Abzug der Schulden gemessen. Die Verteilung ist daher kein unmittelbares Maß kapitalistischer Verfügungsmacht, dokumentiert aber sehr unterschiedliche Sicherheiten und Handlungsspielräume. Ein abhängig beschäftigter Wohnungseigentümer kann zugleich an Lohnschutz und am Werterhalt seines Vermögens interessiert sein. Solche überlagerten Interessen erklären, warum die Klassenlage nicht automatisch ein einheitliches politisches Bewusstsein hervorbringt.

Die Klassenlagen sind zudem geschlechtlich strukturiert. Nach der Erwerbstätigenstatistik arbeiteten 2025 insgesamt 26,6 Prozent der erwerbstätigen Frauen, aber 9,2 Prozent der Männer in Teilzeit. Bei gering qualifizierten employés betrug der Teilzeitanteil 41,7 Prozent (Insee 2026g). Teilzeit kann gewünscht sein; aus der Arbeitszeit allein lässt sich daher keine unfreiwillige Unterbeschäftigung ableiten. Gleichwohl begrenzt eine geringere Zahl bezahlter Stunden häufig das eigene Erwerbseinkommen und die eigenständige soziale Absicherung. Klassenverhältnisse werden somit auch durch die Verteilung bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit im Haushalt vermittelt.

Eine weitere Differenz verläuft zwischen den Generationen. Nur 39,8 Prozent der erwerbstätigen 15- bis 24-Jährigen befanden sich 2025 in unbefristeter Beschäftigung; 30,5 Prozent waren in Ausbildung mit betrieblichem Anteil oder in einem Praktikum (Insee 2026g). Diese Ausbildungssituationen sind nicht pauschal mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen. Sie zeigen aber, dass die Stellung im Erwerbssystem wesentlich vom Lebensabschnitt abhängt. Rentner sind ihrerseits keine von der Klassenstruktur losgelöste Gruppe: Frühere Erwerbspositionen, Rentenansprüche, Immobilienbesitz und familiäre Unterstützungsmöglichkeiten wirken fort. Ein gemeinsames Lebensalter erzeugt deshalb ebenso wenig einheitliche Interessen wie eine gemeinsame Berufsbezeichnung.

Zur sozialen Ungleichheit tritt die Benachteiligung aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft. Sie lässt sich nicht auf Einkommen oder Bildungsabschlüsse reduzieren. Ein unter Federführung der Direction de l’animation de la recherche, des études et des statistiques (Dares; Forschungs- und Statistikdirektion des Arbeitsministeriums) durchgeführtes Bewerbungsexperiment von Dezember 2019 bis April 2021 verglich gleichwertige Bewerbungen, bei denen Namen unterschiedliche Herkunft signalisierten. Bewerbungen mit als maghrebinisch wahrgenommenen Namen erhielten 22,8 Prozent positive Rückmeldungen, solche mit als

französisch wahrgenommenen Namen 33,3 Prozent. Das entspricht rund 32 Prozent weniger Rückmeldungen, obwohl Ausbildung und Berufserfahrung ausdrücklich in Frankreich erworben worden waren (Arnoult 2023, Abb. 1). Der Befund belegt eine herkunftsbezogene Zugangsschranke im untersuchten Bewerbungsverfahren.

Neuere Befragungen zeigen die Fortdauer solcher Erfahrungen. Im 2025 veröffentlichten Barometer des Défenseur des droits (unabhängige französische Ombudsinstitution zum Schutz von Rechten und gegen Diskriminierung) und der Internationalen Arbeitsorganisation (französisch Organisation internationale du travail, OIT) berichteten als schwarz, arabisch oder maghrebinisch wahrgenommene Personen in der Erhebung von 2024 ein 2,8-fach erhöhtes Risiko einer Diskriminierung bei der Arbeitssuche gegenüber als weiß wahrgenommenen Personen; 2016 hatte der entsprechende Wert 2,2 betragen (Défenseur des droits und OIT 2025). Diese Angaben messen berichtete Erfahrungen und ergänzen damit die experimentellen Befunde. Herkunft wirkt hier als gesellschaftliche Zuschreibung, durch die sich die Chancen innerhalb gleicher beruflicher und sozialer Gruppen zusätzlich auseinanderentwickeln.

Die Ausgrenzung betrifft ebenso die Anerkennung gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Laut der 2024 veröffentlichten Auswertung der gemeinsamen Erhebung Trajectoires et Origines 2 von 2019/2020 des Institut national d’études démographiques (Ined; Nationales Institut für Bevölkerungsforschung) und von Insee berichteten 34 Prozent der 18- bis 59-jährigen Nachkommen nicht europäischer Einwanderer von Diskriminierung in den zurückliegenden fünf Jahren, gegenüber 13 Prozent der Nachkommen europäischer Einwanderer. Über 29 Prozent der ersten Gruppe hatten den Eindruck, nicht als Franzosen wahrgenommen zu werden; in der zweiten Gruppe waren es weniger als acht Prozent (Rouhban, Tanneau und Simon 2024). Die nicht europäische Vergleichsgruppe umfasst hier Herkunft aus Afrika und Asien. Rassistische Abwertung und die Verweigerung selbstverständlicher Zugehörigkeit können somit auch in Frankreich geborene Menschen treffen. Für die Hegemonieanalyse ist entscheidend, dass das republikanische Gleichheitsversprechen mit solchen Erfahrungen kollidiert. Solidarität muss deshalb soziale Absicherung und den Kampf gegen rassistische Ausschlüsse verbinden; andernfalls bleiben auch gemeinsame Interessen von Lohnabhängigen politisch gespalten.

Gramscis Alltagsverstand bezeichnet gerade dieses oft widersprüchliche Gemisch alltäglicher Überzeugungen. Bei Lohnabhängigen können Solidarität am Arbeitsplatz, Stolz auf die eigene Leistung und die Erwartung öffentlicher Absicherung mit Konkurrenzdenken, Misstrauen gegenüber Transferempfängern oder nationalen Abgrenzungen verbunden sein. Diese Verbindung ist keine feste Eigenschaft einer Klasse. Sie entsteht in Arbeit, Familie, Nachbarschaft und Öffentlichkeit und kann politisch verändert werden. Der hegemoniale Konflikt betrifft deshalb auch die Deutung von Gerechtigkeit: Soll gleiche Leistung unabhängig von Herkunft anerkannt werden, sollen Bedürftige abgesichert werden, oder sollen Ansprüche vorrangig einer national definierten Gemeinschaft vorbehalten bleiben?

Eine aktuelle Untersuchung von Algan und Bergeaud beruht auf einer 2024 und 2025 vom Marktforschungsunternehmen Bilendi durchgeführten Befragung von 3.909 privatwirtschaftlich Beschäftigten. Innerhalb vergleichbarer Berufsgruppen berichten dem Rassemblement national (RN; „Nationale Sammlungsbewegung“, Partei der äußersten Rechten) nahestehende Befragte von geringerem Vertrauen in Kollegen und schwächerer Zugehörigkeit zum Team; der Partei La France insoumise (LFI; „Unbeugsames Frankreich“, linke Partei) nahestehende Befragte verbinden stärkere Kritik an Unternehmensführung und Unternehmen häufiger mit Vertrauen in Kollegen. Die Autoren unterscheiden somit stärker horizontal gerichtetes Misstrauen von einer stärker vertikal gerichteten Kritik. Sie zeigen zugleich unterschiedliche Arbeitserfahrungen innerhalb der RN-Anhängerschaft (Algan und Bergeaud 2026). Das sind statistische Zusammenhänge einer Befragung, kein Nachweis einer einseitigen Kausalwirkung des Arbeitsplatzes. Sie machen aber verständlich, wie betriebliche Beziehungen die Richtung politischer Unzufriedenheit mitprägen können.

Über die Erwerbstätigen hinaus weist die repräsentative Befragung Fractures françaises des Meinungsforschungsinstituts Ipsos vom Oktober 2025 mit 3.000 Erwachsenen auf ein verbreitetes Anerkennungsproblem hin: 66 Prozent meinten, nicht den verdienten Respekt zu erhalten; 75 Prozent bewerteten die Vergangenheit günstiger als die Gegenwart. Kaufkraft nannten 36 Prozent als vorrangige Sorge, Kriminalität

und Migration jeweils 22 Prozent (Ipsos 2025). Diese Gesamtwerte dürfen nicht als besondere Einstellung sämtlicher Lohnabhängiger interpretiert werden. Sie zeigen jedoch den gesellschaftlichen Deutungsraum, in dem deren Erfahrungen politisch angesprochen werden. Nostalgie kann für Wiederherstellung sozialer Sicherheit stehen oder für die Rückkehr zu nationaler und kultureller Hierarchie. Welche Lesart sich durchsetzt, hängt von Organisationen und glaubwürdigen politischen Angeboten ab.

Damit wird deutlich, warum die objektive Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen nicht automatisch als Klassenverhältnis wahrgenommen wird. Für Gramsci enthält der Alltagsverstand zugleich einen kritischen Kern: Einsichten in Ungerechtigkeit und gemeinsame Interessen können durch Diskussion und Organisation systematisiert werden. Die Aufgabe besteht nicht darin, Menschen ein vermeintlich richtiges Bewusstsein von außen zuzuschreiben, sondern die Bedingungen solcher Verständigung zu untersuchen. Die Finanzierung öffentlicher Leistungen ist ein zentraler Gegenstand dieser Verständigung: In ihr treffen unterschiedliche soziale Ansprüche und politische Verteilungsentscheidungen aufeinander.

4 Staatsfinanzkrise als Konflikt um die Finanzierung gesellschaftlicher Integration

Die Staatsfinanzen verschärfen den Konflikt um die Finanzierung gesellschaftlicher Integration. Ende des zweiten Quartals 2026 betrug die Maastricht-Schuldenquote nach Insee 119,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; die Bruttoschuld lag bei 3.595,5 Milliarden Euro. Der Regierungsentwurf rechnet für 2026 mit einem öffentlichen Defizit von 5,4 Prozent und strebt für 2027 5,0 Prozent an (Insee 2026c; DG Trésor 2026). Schuldenstand, jährliches Defizit und Finanzierungskosten sind dabei unterschiedliche Größen. Eine hohe Quote allein belegt weder Zahlungsunfähigkeit noch einen unmittelbar bevorstehenden Staatsbankrott.

Wie sich der Druck konkret aufbaut, zeigen die Finanzierungsdaten der Agence France Trésor (staatliche Agentur für Schulden- und Liquiditätsmanagement): Der Finanzierungsbedarf des Zentralstaats soll von aktualisiert 311,7 Milliarden Euro 2026 auf 339,7 Milliarden 2027 steigen. Ein wesentlicher Teil des Anstiegs entfällt auf fällige Anleihen, deren Tilgungsbedarf um 19,4 Milliarden zunimmt. Dieser gesamte Finanzierungsbedarf darf daher nicht mit dem jährlichen Defizit gleichgesetzt werden. Der durchschnittliche Zinssatz neuer mittel- und langfristiger Emissionen liegt 2026 bei 3,55 Prozent gegenüber 3,14 Prozent 2025. Für den Staatshaushalt werden Schuldendienstzinsen von 62,6 Milliarden Euro 2026 und 72,9 Milliarden 2027 erwartet (Agence France Trésor 2026).

Die Krise liegt damit im erschwerten Ausgleich konkurrierender Ansprüche. Ein Staat muss seine Finanzierung sichern und zugleich soziale Leistungen, Bildung und Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Bei schwacher Wirtschaft kann eine rasche Ausgabenkürzung die Nachfrage und damit die Einnahmen weiter belasten. Umgekehrt können steigende Zinsausgaben den Spielraum für gesellschaftliche Kompromisse verengen. Die Banque de France verweist im Oktober für die gesamte öffentliche Hand auf eine für 2027 erwartete Zinslast von 92 Milliarden Euro, über zehn Milliarden mehr als im Vorjahr. Diese umfassendere Abgrenzung ist vom engeren Staatshaushalt zu unterscheiden; beide Angaben sind Prognosen. Die Zentralbank warnt vor der Verdrängung anderer politischer Prioritäten, hält die staatliche Refinanzierung aber weiterhin für möglich (Banque de France 2026).

Der Regierungsbericht zur öffentlichen Verschuldung vom Oktober 2026 legt den folgenden Pfad bis 2030 zugrunde. Er umfasst Zentralstaat, Sozialversicherungen und Gebietskörperschaften. Die Defizitwerte sind Ziel- beziehungsweise Projektionswerte unter Einbeziehung der vorgesehenen Haushaltsmaßnahmen, keine bereits gesicherten Ergebnisse (DG Trésor und Agence France Trésor 2026, S. 4–5).

Tabelle 2 Öffentliche Finanzen Frankreichs im Regierungsszenario bis 2030

Jahr	Defizit	Bruttoschulden	Zinsausgaben
2026	5,4	119,3	2,6
2027	5,0	121,7	2,9
2028	3,9	122,4	3,2
2029	2,8	121,9	3,5
2030	2,4	120,9	3,7

Alle Angaben in Prozent des BIP; Defizite als positive Fehlbeträge. Prognosestand Oktober 2026. Quelle: DG Trésor und Agence France Trésor (2026), S. 5, Tabellen 1 und 2.

Selbst in diesem Konsolidierungsszenario sinkt die Schuldenquote erst nach dem Höchststand 2028. Im Jahr 2030 liegt sie noch über dem für Ende 2026 erwarteten Niveau. Die Zinslast wächst währenddessen weiter. Ein sinkendes Defizit bedeutet somit weder eine fallende Schuldenquote im selben Jahr noch geringere Zinsausgaben. Die Regierung müsste ihr Ziel einer Defizitquote unter drei Prozent 2029 unter zugleich steigender Zinsbelastung erreichen. Darin liegt ein anhaltender Konflikt um die Verteilung der verfügbaren Mittel (DG Trésor und Agence France Trésor 2026, S. 4–5).

Ein anderes Bild zeichnet das im Juli veröffentlichte Szenario der Mission zur Transparenz der Staatsfinanzen ohne zusätzliche Maßnahmen: Danach würde das Defizit 2027 auf 5,9 Prozent und 2030 auf nahezu sieben Prozent steigen; die Schuldenquote läge 2030 über 130 Prozent. Die Zinslast nähme zwischen 2027 und 2030 um etwa zehn Milliarden Euro jährlich zu. Dieses Szenario verwendet einen früheren Ausgangsstand und andere politische Annahmen als die Oktoberplanung. Seine Abweichung ist daher weder ein Prognosefehler noch ein Beleg für einen unabwendbaren Verlauf; sie veranschaulicht die Bedeutung der unterstellten politischen Eingriffe (Ministère de l’Économie et des Finances 2026).

Die Unsicherheit betrifft zudem die Umsetzung des Staatshaushalts selbst. Der HCFP hält die aktualisierte Defizitprognose für 2026 für plausibel, sieht jedoch Risiken bei Einnahmen und Ausgaben. Für 2027 hängt das Ergebnis von der Verabschiedung und Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen ab; scheitern diese, wären Maßnahmen mit gleichwertiger Haushaltswirkung erforderlich, um das Ziel einzuhalten (HCFP 2026). Die finanzpolitische Projektion setzt damit eine politische Handlungsfähigkeit voraus, deren Krise sie zugleich bearbeiten soll.

Wie umstritten die Zusammensetzung der Konsolidierung ist, zeigt bereits die Bestandsaufnahme der Cour des comptes (französischer Rechnungshof) vom Februar 2026. Sie führte die damals erwartete Defizitverbesserung 2025 überwiegend auf Steuererhöhungen von rund 23 Milliarden Euro zurück und verwies auf die mehrfache Abschwächung der ursprünglichen Konsolidierungsziele (Cour des comptes 2026, S. 5–6).

Damit wird der Staatshaushalt zu einem zentralen Ort des Hegemoniekonflikts. Die Frage lautet nicht nur, wie viel gespart werden soll, sondern wer welche Lasten trägt und welche Leistungen als unverzichtbar gelten. Amable und Palombarini interpretieren die politisch herbeigeführte Verknappung öffentlicher Einnahmen als möglichen Hebel zur Veränderung sozialstaatlicher Institutionen (2025). Für die aktuelle Lage ist dies eine zu prüfende Erklärung, keine erschöpfende Bilanz sämtlicher Defizitursachen: Konjunktur, Krisenmaßnahmen und Zinsen bleiben eigenständige Faktoren.

Entscheidend ist deshalb die Zusammensetzung der Anpassung. Kürzungen bei Dienstleistungen, höhere Verbrauchsteuern oder eine stärkere Belastung hoher Einkommen und Vermögen treffen unterschiedliche Gruppen und beeinflussen Nachfrage und Investitionen verschieden. Auch die zeitliche Staffelung zählt: Eine kurzfristige Entlastung kann langfristige Kosten verursachen, eine Investition dagegen zunächst das Defizit erhöhen und später Leistungsfähigkeit sichern. Damit werden auch künftige Entwicklungsmöglichkeiten verteilt.

Ein führender Block muss für diese Verteilungsentscheidungen tragfähige Bündnisse organisieren. Die bloße Berufung auf äußeren Zwang erschwert dabei die politische Verantwortungszuweisung. Marktbedingungen und europäische Verpflichtungen sind reale Handlungsbedingungen; welche Steuern erhöht, Ausgaben verändert

oder Investitionen geschützt werden, bleibt dennoch Gegenstand politischer Auseinandersetzung. Eine Staatsfinanzkrise kann deshalb zur organischen Krise beitragen, wenn ihre Bearbeitung die gesellschaftlichen Bindungen beschädigt, auf denen politische Handlungsfähigkeit beruht.

Im Bildungswesen wird dieser Zusammenhang besonders sichtbar, weil gegenwärtige Haushaltsentscheidungen langfristige Lebenschancen prägen.

5 Bildungskrise und Protestbewegung als Krise der gesellschaftlichen Reproduktion

Bildung ist in diesem Zusammenhang mehr als ein weiterer Ausgabenposten. In der hier vorgenommenen gramscianischen Lesart vermittelt die Schule Fähigkeiten, gesellschaftliche Zugehörigkeit und Vorstellungen legitimer Leistung. Sie kann soziale Hierarchien reproduzieren, eröffnet aber auch Räume ihrer Kritik. Die französische Bildungskrise betrifft deshalb die Glaubwürdigkeit eines zentralen Versprechens des historischen Blocks: dass Herkunft durch öffentlich gewährleistete Bildung an Bedeutung verliert und Anstrengung einen fairen Zugang zur Zukunft eröffnet.

Die am 8. September 2026 veröffentlichten Ergebnisse des Programme for International Student Assessment (PISA; internationale Schulleistungsstudie) von 2025 verschärfen den Befund von PISA 2022. Frankreich erreichte in Mathematik 458 Punkte gegenüber 463 im Mittel der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; Organisation for Economic Co-operation and Development), im Lesen 456 gegenüber 461 und in Naturwissenschaften 483 gegenüber 482. Gegenüber 2022 sanken die französischen Werte in Mathematik um 16 und im Lesen um 18 Punkte; der Rückgang um vier Punkte in Naturwissenschaften war statistisch nicht signifikant. Die OECD ordnet Frankreich weiterhin nahe am OECD-Durchschnitt ein. Dieser Durchschnitt ist jedoch selbst gesunken und bildet deshalb keinen unveränderten Qualitätsmaßstab (OECD 2026a; OECD Education GPS 2026).

Die soziale Selektivität bleibt ausgeprägt: In Naturwissenschaften lag das sozial begünstigte Viertel 100 Punkte vor dem benachteiligten Viertel, gegenüber 85 Punkten im OECD-Mittel. Der soziale Status war mit 14 Prozent der Leistungsstreuung verbunden, gegenüber zwölf Prozent im OECD-Mittel. Seit 2015 verringerte sich der soziale Abstand in Frankreich, während die Leistungen der Begünstigten sanken und die der Benachteiligten stabil blieben. Eine kleinere Lücke bedeutet hier daher keinen allgemeinen Bildungsfortschritt. Diese Kennzahlen beziehen sich auf Naturwissenschaften und sind nicht unmittelbar mit Mathematikabständen aus PISA 2022 vergleichbar (OECD 2026a, Abschnitt zu sozioökonomischen Unterschieden).

Die französischen Bildungsstatistiken konkretisieren diesen Zusammenhang. Bei den Tests zum Eintritt in die sixième, dem ersten Jahr des collège (Schule der Sekundarstufe I), erreichten 2022 insgesamt 41 Prozent der Kinder aus cadres-Haushalten gute Französischleistungen, gegenüber zehn Prozent der Kinder aus Arbeiterhaushalten. Zunächst leistungsstärkere Schüler kommen im collège stärker voran, wodurch sich soziale Leistungsabstände vergrößern können (Murat 2024). Diese Ergebnisse zeigen, wie ungleich die Voraussetzungen sind, unter denen das schulische Leistungsprinzip praktisch wirksam wird.

Die soziale Zusammensetzung der Schulen trägt ebenfalls zur Ungleichheit der Lernbedingungen bei. Nach den Daten der Direction de l’évaluation, de la prospective et de la performance (DEPP; Evaluations- und Statistikdirektion des Bildungsministeriums) für 2024 stammten an öffentlichen collèges 40,2 Prozent der Schüler aus benachteiligten Familien, an privaten collèges unter staatlichem Vertrag dagegen 16,5 Prozent. Aus sehr begünstigten Familien kamen 20,4 beziehungsweise 42,9 Prozent (DEPP 2026). Der Rückzug privilegierter Gruppen in sozial günstig zusammengesetzte Schulen kann die gemeinsame Erfahrung öffentlicher Bildung schwächen und den politischen Druck zur Verbesserung aller Schulen ungleich verteilen.

Die Leistungsunterschiede entstehen nicht ausschließlich im Unterricht. Lernbedingungen hängen auch von Wohnraum, verfügbarer Zeit, Sprachpraxis, Unterstützung und Kenntnissen über Bildungswege ab. Schulische Auswahl kann solche Unterschiede in scheinbar ausschließlich individuelle Leistungsunterschiede übersetzen. In der gramscianischen Perspektive ist damit die Legitimation gesellschaftlicher Positionen berührt: Werden ungleiche Ergebnisse überwiegend persönlicher Anstrengung zugerechnet, erscheinen bestehende Hierarchien

leichter als verdient. Bildung kann diese Deutung aber auch infrage stellen, indem sie soziale Zusammenhänge verständlich macht und allen den Zugang zu anspruchsvollem Wissen eröffnet.

Diese soziale Auswahl setzt sich im Hochschulbereich fort. Nach dem Bildungsbericht 2026 der Sous-direction des systèmes d’information et des études statistiques (SIES; Unterdirektion für Informationssysteme und statistische Studien im Hochschulministerium) besaßen im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2024 insgesamt 36 Prozent der 25- bis 29-jährigen Kinder von Arbeitern und employés einen Hochschulabschluss. Bei Kindern von cadres, mittleren Fachberufen und Selbständigen waren es 68 Prozent. Einen Abschluss einer grande école (selektive französische Hochschule) hatten drei beziehungsweise elf Prozent (SIES 2026). Die Hierarchie der Bildungswege erneuert damit unterschiedliche Zugänge zu beruflichen Positionen und gesellschaftlichem Einfluss.

Zur sozialen Auswahl tritt die Unsicherheit beim Übergang in die Erwerbsarbeit. Laut InserJeunes, dem staatlichen Informationssystem zum Übergang von beruflicher Bildung in Beschäftigung, befanden sich im Juli 2025 insgesamt 59 Prozent der 2023 aus schulischen Berufsausbildungen mit Abschlüssen vom Certificat d’aptitude professionnelle (CAP; beruflicher Befähigungsnachweis) bis zum Brevet de technicien supérieur (BTS; höherer Technikerabschluss) ausgeschiedenen Jugendlichen zwei Jahre später in abhängiger Beschäftigung; nur 27 Prozent der gesamten erfassten Gruppe hatten einen unbefristeten Vertrag oder Beamtenstatus (Lemaire, Perrin und Jounin 2026). Die übrigen Jugendlichen sind nicht durchweg erwerbslos; auch Selbständigkeit und erneute Ausbildung kommen infrage. Gleichwohl zeigt der Befund, dass ein beruflicher Bildungsweg nicht unmittelbar eine verlässlich abgesicherte Erwerbsposition garantiert.

Über diese besondere Gruppe hinaus waren 2025 in Frankreich 18 Prozent der 18- bis 24-Jährigen weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung, gegenüber 19 Prozent 2015 (OECD 2026d, Tab. A2.2). Diese sogenannte NEET-Quote (Not in Employment, Education or Training) umfasst sowohl Erwerbslose als auch Personen, die dem Arbeitsmarkt vorübergehend nicht zur Verfügung stehen. Politisch verbindet sie die Bildungs- mit der Beschäftigungsfrage: Das Vertrauen in individuelle Anstrengung kann schwinden, wenn auf schulische Anforderungen kein erreichbarer nächster Schritt folgt.

Die Finanzierung ist international einzuordnen. Tabelle 3 verwendet für alle Länder dasselbe Bezugsjahr 2023 und dieselbe OECD-Abgrenzung: Ausgaben an Bildungseinrichtungen von der Primar- bis zur Hochschulstufe einschließlich hochschulischer Forschung und Entwicklung. Die Gesamtquote umfasst öffentliche, private und internationale Mittel; die öffentliche Quote bildet nur den staatlichen Anteil nach Transfers ab. Frühkindliche Bildung ist nicht enthalten. Frankreich liegt bei beiden Quoten über Deutschland, Italien sowie dem EU25- und OECD-Mittel; Großbritannien erreicht eine höhere Gesamtquote, aber eine niedrigere öffentliche Quote (OECD 2026b, Tab. C1.4).

Tabelle 3 Bildungsausgaben im internationalen Vergleich 2023

Land oder Vergleichsgruppe	Gesamt % des BIP	Öffentlich % des BIP	Abstand zu Frankreich[1]
Frankreich	5,4	4,4	0,0
Deutschland	4,4	3,7	−1,0
Italien	3,8	3,3	−1,6
Großbritannien[2]	6,0	3,8	+0,6
EU25-Durchschnitt	4,3	3,8	−1,1
OECD-Durchschnitt	4,7	3,9	−0,7

Quelle: OECD (2026b), Tab. C1.4, Spalten 5 und 11. [1] Differenz der Gesamtquote in Prozentpunkten, aus gerundeten Werten berechnet. [2] OECD-Daten für das Vereinigte Königreich einschließlich Nordirlands. EU25 und OECD: ungewichtete Mittel der verfügbaren Länderwerte. EU25 umfasst 25 EU-Staaten, ohne Malta und Zypern; kein EU27-Aggregat. Italien: postsekundäre nichttertiäre Ausgaben in den Sekundarstufen enthalten.

Für die gesamte EU27 meldet Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) ergänzend öffentliche Bildungsausgaben von 4,7 Prozent des BIP im Jahr 2023. Dieser Wert umfasst bereits die Vorschulbildung und

ist ein EU-Aggregat. Er ist deshalb weder mit der Gesamtquote noch mit der öffentlichen Quote der Tabelle unmittelbar gleichzusetzen (Eurostat 2026). Der Rückgang der französischen staatlichen Quote von 4,8 auf 4,6 Prozent zwischen 2015 und 2023 betrifft wiederum Ausgaben innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen. Auch diese andere Abgrenzung muss kenntlich bleiben (OECD 2026d, Abb. 3).

Die Verteilung zwischen den Bildungsstufen präzisiert den Finanzierungsbefund. Tabelle 4 zeigt, auf welche Stufen die Gesamtmittel entfallen. Die erste Zahlenspalte umfasst dabei Primarbildung und postsekundäre nichttertiäre Bildung und ist deshalb keine reine Grundschulquote (OECD 2026b, Tab. C1.4).

Tabelle 4 Bildungsausgaben nach Bildungsstufen 2023

Land oder Gruppe	Primar plus Rest[1]	Sekundar I und II	Tertiär[2]	Gesamt
Frankreich	ca. 1,3	2,4	1,7	5,4
Deutschland	ca. 0,9	2,2	1,3	4,4
Italien	ca. 1,1	1,8	1,0	3,8
Großbritannien	ca. 1,8	2,2	2,0	6,0
EU25-Mittel	ca. 1,3	1,8	1,3	4,3
OECD-Mittel	ca. 1,4	1,9	1,4	4,7

Angaben in Prozent des BIP. Quelle: OECD (2026b), Tab. C1.4. [1] Eigene Differenzrechnung: Primar-, Sekundar- und postsekundärer nichttertiärer Bereich minus Sekundarstufen I und II; enthält daher postsekundäre nichttertiäre Bildung, soweit separat erfasst. Italien: diese Bildung bereits den Sekundarstufen zugeordnet. [2] Einschließlich Forschung und Entwicklung. Gerundete Werte können zu abweichenden Summen führen. EU25-Abgrenzung und Gebietsstand Großbritanniens wie in Tabelle 3.

Aus den gerundeten BIP-Quoten ergibt sich für Frankreich eine ungefähre Verteilung von 44 Prozent für die Sekundarstufen, 31 Prozent für den Tertiärbereich und 24 Prozent für Primarbildung und den genannten Restbereich. Frankreichs Sekundarquote liegt mit 2,4 Prozent des BIP über sämtlichen hier herangezogenen Vergleichswerten; bei der Tertiärquote liegt nur Großbritannien höher. Die Verteilung hängt auch von der Zahl der Lernenden, der Dauer der Bildungsgänge und dem Umfang der Hochschulforschung ab. Sie ist daher kein unmittelbares Maß der Ausstattung je Schüler oder Student (OECD 2026b; eigene Berechnung).

Für die reine Primarbildung ergänzt Tabelle 5 den Vergleich um die jährlichen Gesamtausgaben je Grundschüler. Die Beträge sind kaufkraftbereinigt und beziehen sich auf Vollzeitäquivalente (OECD 2026c, Tab. C3.1).

Tabelle 5 Jährliche Ausgaben je Grundschüler 2023

Land oder Vergleichsgruppe	US-Dollar je Schüler
Frankreich	12.310
Deutschland	13.163
Italien	15.367
Großbritannien	15.602
EU25-Mittel	13.038
OECD-Mittel	13.639

Quelle: OECD (2026c), Tab. C3.1, Spalte 1. Gesamtmittel an öffentlichen und privaten Primarbildungseinrichtungen je Vollzeitäquivalent, kaufkraftbereinigte US-Dollar. EU25 und OECD: veröffentlichte Mittelwerte; Deutschland schließt Ausgaben an beruflichen Einrichtungen der Sekundarstufe I aus.

Frankreich liegt je Grundschüler rund sechs Prozent unter dem EU25- und zehn Prozent unter dem OECD-Mittel sowie unter allen hier verglichenen Ländern (eigene Berechnung). Die hohe Gesamtquote geht also mit einer relativen Schwäche der Grundschulfinanzierung einher. Gerade zu Beginn der Bildungsbiografie soll die Schule jedoch unterschiedliche soziale Lernvoraussetzungen ausgleichen. Zusätzliche Mittel wären deshalb auch nach dem Förderbedarf der einzelnen Schulen zu verteilen.

Beim Personal sind schulische Versorgung, Ergebnisse der Einstellungswettbewerbe und Einschätzungen von Schulleitungen zu unterscheiden. PISA 2022 zufolge besuchten 67 Prozent der französischen Schülerinnen und

Schüler Schulen, deren Leitungen Personalmangel als Unterrichtshindernis angaben; 2018 waren es 17 Prozent. Diese ältere Befragung bleibt ein Strukturhinweis, ist aber keine aktuelle Quote unbesetzter Lehrerstellen (OECD 2023, S. 9).

Die jüngsten Einstellungsdaten zeigen zugleich eine Entspannung und fortbestehende Engpässe. Im externen Wettbewerb für die öffentliche Primarstufe blieben 2026 laut Ministerium 172 von 11.600 Stellen zunächst unbesetzt, gegenüber 650 im Jahr 2025; ein zusätzlicher Wettbewerb deckte anschließend den Bedarf in Versailles. Beim Certificat d’aptitude au professorat de l’enseignement du second degré (CAPES; Lehramtsbefähigung für die Sekundarstufe) waren über alle Zugangswege 97 Prozent der Stellen besetzt, gegenüber 89,1 Prozent 2025. An beruflichen Gymnasien blieb die Lage schwieriger: Beim externen Certificat d’aptitude au professorat de lycée professionnel (CAPLP; Lehramtsbefähigung für berufliche Schulen) wurden 85,7 Prozent besetzt. Die Reform mit parallelen Zugängen nach drei beziehungsweise fünf Studienjahren nach dem baccalauréat (bac; französische Hochschulreife), kurz bac+3 und bac+5, verändert den Bewerberkreis und begrenzt den Jahresvergleich. Wettbewerbsergebnisse messen zudem nicht die tatsächlich fehlenden Unterrichtsstunden, den Vertretungsbedarf oder den Einsatz befristet Beschäftigter. Aus ihnen lässt sich daher keine vollständige nationale Lehrerfehlzahl ableiten (Ministère de l’Éducation nationale 2026a).

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte bilden dabei ein weiteres Bindeglied zwischen Haushaltsentscheidungen und schulischer Leistungsfähigkeit. In der Teaching and Learning International Survey (TALIS; internationale Befragung von Lehrkräften und Schulleitungen) von 2024 waren in Frankreich nur 26,6 Prozent der Lehrkräfte der Sekundarstufe I mit ihrem Gehalt zufrieden; 58,7 Prozent bewerteten ihre übrigen Beschäftigungsbedingungen positiv. Im OECD-Mittel lagen die Werte bei 38,7 und 68,4 Prozent (OECD 2026d, Tab. 5). Die Gewinnung und Bindung qualifizierten Personals verlangt deshalb auch verlässliche und anerkannte Beschäftigung.

Lehrkräfte vermitteln zugleich gesellschaftliche Deutungen: Sie beurteilen Leistungen und beeinflussen, welche Zukunftsmöglichkeiten Schüler für erreichbar halten. Im Anschluss an Gramsci können sie gesellschaftliche Führung stabilisieren, aber auch kritische Verständigung ermöglichen. Ihre professionelle Eigenständigkeit und kollektive Organisation wirken daran mit, ob schulische Konflikte als individuelles Versagen oder als veränderbare gesellschaftliche Probleme verstanden werden (Gramsci 1991–2002, H. 12, § 1).

Zum Personalbedarf kommt ein erheblicher Sanierungsbedarf hinzu. Der Bericht des Sénat (Senat; zweite Kammer des französischen Parlaments) von 2023 nennt für die energetische Erneuerung der Schulgebäude eine ältere Größenordnung von rund 40 Milliarden Euro aus dem Demarcq-Bericht 2020. Diese Schätzung sollte eine Verringerung des Energieverbrauchs um 40 Prozent bis 2030 ermöglichen; sie liegt vor den jüngsten Preissteigerungen. Eine im selben Bericht zitierte Schätzung der damaligen Ministerin beziffert allein die energetische Sanierung öffentlicher Schulen der Primarstufe auf 52 Milliarden Euro über zehn Jahre. Unterschiedliche Gebäudeumfänge und Sanierungsziele schließen eine Addition oder die Behandlung als gesicherten aktuellen Gesamtrückstand aus. Eine belastbare landesweite Bestandsaufnahme bleibt nach dem Senat lückenhaft (Sénat 2023, Teil II, Abschnitt zum Finanzierungsbedarf).

Für Hochschulen dokumentiert der Senat 2025 einen Gebäudebestand von 13,7 Millionen Quadratmetern; nach der zuständigen Direction générale de l’enseignement supérieur et de l’insertion professionnelle (DGESIP; Generaldirektion für Hochschulbildung und berufliche Eingliederung) ist rund ein Drittel in wenig oder nicht zufriedenstellendem Zustand. Die DGESIP veranschlagt 16 Milliarden Euro Rehabilitationsinvestitionen für 2020 bis 2050. France Universités (Zusammenschluss französischer Universitätsleitungen) sieht einen dringenden Renovierungsbedarf von mehr als zwölf Milliarden Euro. Für die energetische Transformation nennt der Bericht zusätzlich mindestens sieben Milliarden Euro bis 2030 nach der Haushaltsdirektion beziehungsweise 27 Milliarden Euro bis 2050 nach einer staatlichen Planungsunterlage. Diese Beträge erfassen überlappende Maßnahmen und verschiedene Fristen; sie sind keine addierbaren Teilposten (Sénat 2025, Abschnitt zur Verschlechterung des Hochschulimmobilienbestands).

Die nationale Ausgabenquote allein entscheidet somit nicht über die Einlösung des Gleichheitsversprechens. Ausschlaggebend sind die Verteilung auf Bildungsstufen und Einrichtungen, ausreichendes Personal und

kontinuierliche Instandhaltung. An diesen Bedingungen entzündet sich die aktuelle Protestbewegung von Schülern und Studenten.

Die Größenordnung der aktuellen tatsächlichen Protestteilnahme lässt sich nur für einzelne Aktionstage näherungsweise angeben. Am 6. Oktober 2026 meldete das Innenministerium landesweit rund 266.000 Demonstrierende, die Veranstalter rund 450.000 (TF1 Info/AFP 2026a). Für den 13. Oktober wurden 161.500 beziehungsweise 480.000 genannt (Rocheteau 2026). Diese überwiegend bildungsbezogenen Mobilisierungen umfassten neben Schülerinnen, Schülern und Studierenden auch unterstützende Erwachsene; die Gesamtzahlen dürfen deshalb nicht als reine Schüler- und Studierendenzahlen gelesen werden.

Bei der Ausweitung auf soziale Forderungen wurden für den 17. Oktober rund 550.000 Teilnehmende nach Angaben des Innenministeriums und 800.000 nach Veranstalterangaben berichtet (TF1 Info/AFP 2026b). Am 24. Oktober waren es nach Regierungsangaben 410.000, nach Angaben der CGT 800.000 (Kazakevich/Joubioux/Nilsson-Julien 2026). Die großen landesweiten Aktionstage erreichten damit eine Größenordnung von mehreren Hunderttausend Beteiligten. Die erheblich voneinander abweichenden Zählungen werden hier als Angaben unterschiedlicher Akteure wiedergegeben; sie bilden kein statistisch abgesichertes Schätzintervall. Da Menschen an mehreren Tagen teilnehmen können, ergibt ihre Addition keine Zahl unterschiedlicher Protestierender. Eine belastbare gesonderte Gesamtzahl der tatsächlich protestierenden Schülerinnen, Schüler und Studierenden lässt sich daraus ebenfalls nicht ermitteln.

In einer Ipsos-Befragung vom 7. und 8. Oktober 2026 mit 1.000 Erwachsenen unterstützten 54 Prozent die Schülerbewegung. Für begrenzte Klassengrößen sprachen sich 82 Prozent, für zusätzliche Mittel zur Gebäudesanierung 79 Prozent aus. Zustimmung zu einzelnen Forderungen und Zustimmung zur Protestform sind somit zu unterscheiden (Ipsos 2026).

Die Regierung versucht der Protestbewegung teilweise entgegenzukommen. Am 26. Oktober 2026 kündigte die Regierung unter anderem einen Ersatz von Parcoursup, der zentralen Plattform für Bewerbungen um Studienplätze, für 2028, zusätzliche Studienplätze und eine schrittweise Begrenzung der Klassenstärken in der seconde, dem ersten Jahr des lycée (Schule der Sekundarstufe II), an. Für die Gebäudesanierung wurden Kredite angekündigt; diese sind von Zuschüssen zu unterscheiden. Es handelt sich um Zusagen mit überwiegend zukünftiger Umsetzung, nicht um bereits erreichte Verbesserungen (Ministère de l’Éducation nationale 2026b). Politisch könnten diese Zugeständnisse Zustimmung zurückgewinnen, sofern sie tatsächlich umgesetzt und finanziert werden.

Bernhard Sander ordnet die Protestbewegung in einen breiteren Zusammenhang ein. Er verbindet in seiner aktuellen Analyse Bildungsprotest, Kaufkraftkonflikte und die Auseinandersetzung um staatlich beeinflusste Lebenshaltungskosten. Er beschreibt eine heterogene Protestbasis, aus deren gemeinsamer Unzufriedenheit noch keine einheitliche politische Orientierung hervorgeht (Sander 2026). Gemeinsamer Protest ist in dieser Lesart ein möglicher Ausgangspunkt, aber noch kein gemeinsames gesellschaftliches Projekt.

Ob die Zusagen die Bildungs- und Repräsentationskrise entschärfen, hängt vor allem davon ab, ob benachteiligte Einrichtungen verlässlich Personal erhalten, Übergänge im Bildungswesen durchlässiger werden und unterschiedliche Bildungswege aufgewertet werden.

Die folgenden Szenarien behandeln zunächst den möglichen Erfolg des Bildungsprotests und anschließend die Folgen seiner Ausweitung zu einer umfassenden sozialen Bewegung. Sie beschreiben mögliche Entwicklungen, sind also keine Prognosen. Als bildungspolitischer Erfolg gelten dauerhaft finanzierte und tatsächlich umgesetzte Verbesserungen sowie ein fortbestehender Einfluss der Beteiligten auf weitere Entscheidungen.

Szenario eins: Die Protestbewegung ist erfolgreich. Die Mobilisierung hält an und verbindet Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrkräfte und Eltern über einzelne Einrichtungen hinaus. Sie setzt verlässlich finanzierte Verbesserungen durch: kleinere Klassen dort, wo der Förderbedarf besonders hoch ist, die Gewinnung und Bindung qualifizierten Personals, ein mehrjähriges Sanierungsprogramm sowie einen transparenteren und sozial gerechteren Hochschulzugang. Die Umsetzung wird öffentlich überprüfbar; benachteiligte Einrichtungen profitieren tatsächlich. Das könnte das Vertrauen in kollektives Handeln stärken und die Bildungsfrage mit einer

breiteren Forderung nach sozialen Rechten verbinden. Zugleich könnte die Regierung durch die Erfüllung zentraler Forderungen Zustimmung zurückgewinnen. Erfolgreicher Protest könnte deshalb auch einen erneuerten gesellschaftlichen Kompromiss ermöglichen.

Szenario zwei: Die Protestbewegung ist teilweise erfolgreich. Die Regierung verwirklicht einzelne Zugeständnisse, etwa zusätzliche Studienplätze oder begrenzte Entlastungen besonders belasteter Einrichtungen. Umfassende Verbesserungen beim Personal und bei der Gebäudesanierung bleiben jedoch aus oder werden zeitlich gestreckt. Ein Teil der Beteiligten bewertet die Ergebnisse als Fortschritt, während andere weiter mobilisieren. Der Konflikt könnte dadurch an Breite verlieren, ohne dass seine Ursachen behoben wären. Politisch wäre eine selektive Einbindung der Protestforderungen denkbar: Die Regierung gewinnt Handlungsspielraum, während soziale Auswahl und ungleiche Lernbedingungen fortbestehen. Ob daraus eine tragfähige Verständigung entsteht oder lediglich eine vorläufige Beruhigung, hinge vor allem von der Finanzierung, der Verteilung der Verbesserungen und einer fortbestehenden Mitsprache der Betroffenen ab.

Szenario drei: Die Protestbewegung ist sehr wenig erfolgreich. Die angekündigten Maßnahmen bleiben überwiegend symbolisch, werden verschoben oder verbessern die Bedingungen nur für kleine Gruppen. Die Mobilisierung verliert an Kraft, ohne verlässliche organisatorische Verbindungen und Kontrollmöglichkeiten aufzubauen. Fortbestehende Personalengpässe, marode Gebäude und selektive Übergänge könnten dann die Erfahrung verstärken, dass politische Beteiligung wenig bewirkt. Mögliche Reaktionen reichten von Rückzug über erneute Proteste bis zur Hinwendung zu autoritären Ordnungsversprechen. Der bisherige Machtblock könnte sich kurzfristig behaupten, während seine Fähigkeit abnimmt, Zustimmung durch glaubwürdige Zukunftsperspektiven zu gewinnen.

Nun zu den zwei Szenarien einer erweiterten Protestbewegung. Über den Bildungsbereich hinaus könnten Gewerkschaften, LFI und Teile der Gelbwestenbewegung gemeinsame Handlungsfähigkeit entwickeln. Ein solches Zusammenwirken eigenständiger Akteure ist hier als Möglichkeit dargestellt; die politisch heterogenen Gelbwesten werden nur mit den Gruppen einbezogen, die gemeinsame soziale und demokratische Forderungen unterstützen.

Szenario eins: Die erweiterte Protestbewegung wächst. Bildungsforderungen verbinden sich dauerhaft mit Konflikten um Löhne, Kaufkraft, öffentliche Dienste und politische Mitsprache. Gewerkschaften bringen betriebliche Verankerung und Streikfähigkeit ein, LFI parlamentarische Sichtbarkeit und Mobilisierungsressourcen, beteiligte Gelbwestengruppen Erfahrungen örtlicher und außerbetrieblicher Proteste. Ein solches Zusammenwirken setzte gemeinsame Mindestforderungen, eigenständige Entscheidungsrechte und eine Verständigung über Aktionsformen voraus. Gelingt diese Verbindung über einzelne Aktionstage hinaus, könnte der Regierungsblock zugleich unter wirtschaftlichen, parlamentarischen und öffentlichen Druck geraten. Innerhalb des Blocks würden Konflikte zwischen Befürwortern materieller Zugeständnisse und Vertretern eines härteren Ordnungskurses wahrscheinlicher. Umfassende soziale Vereinbarungen könnten seine Handlungsfähigkeit durch einen veränderten Kompromiss wiederherstellen; die Verweigerung glaubwürdiger Verbesserungen könnte dagegen Absetzbewegungen parlamentarischer Partner und konkurrierende Führungsansprüche fördern. Ob der Druck auch zu einem Regierungswechsel oder einer Neuwahl führte, hinge von den institutionellen Verfahren und parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen ab. Gramscianisch könnte aus der Verbindung gesellschaftlicher Gruppen ein Ansatz alternativer Führung entstehen, sofern die Bewegung ein gemeinsames Projekt entwickelt und auch außerhalb ihres bisherigen Umfelds Zustimmung gewinnt.

Szenario zwei: Die erweiterte Protestbewegung flaut wieder ab. Die Zusammenarbeit bleibt auf kurze Mobilisierungsschübe begrenzt. Unterschiedliche Forderungen und Aktionsformen, die Belastungen längerer Streiks, begrenzte Zugeständnisse oder Konflikte um parteipolitischen Einfluss könnten ihre Fortsetzung erschweren. Gewerkschaften, LFI und beteiligte Gelbwestengruppen verfolgen dann wieder stärker getrennte Wege. Der Regierungsblock gewänne kurzfristig Spielraum für Haushaltsentscheidungen und Reformen; ein unmittelbarer Zwang zu umfassenden Zugeständnissen nähme ab. Einzelne Kräfte könnten die Beruhigung als Bestätigung eines harten Kurses deuten, andere als Gelegenheit für begrenzte soziale Korrekturen. Für die weitere Stabilität wäre entscheidend, ob die Regierung die gewonnene Zeit für spürbare Verbesserungen nutzt.

Bleiben die Konfliktursachen bestehen, wäre das Abflauen eher eine vorübergehende Entlastung als eine Wiederherstellung gesellschaftlicher Führung.

Die in den folgenden Kapiteln untersuchten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen entscheiden mit darüber, wie diese offene Entwicklung politisch verarbeitet wird.

6 Krise des Parteiensystems

Die politische Repräsentationskrise hat eine eigene parteipolitische Form. Seit 2017 wurden die früheren Regierungsparteien durch die Bündelung von Teilen ihrer Eliten und Wählerschaften im macronistischen Zentrum geschwächt; zugleich konsolidierten sich eine linke und eine nationalistische Herausforderung. Die Dreiteilung stellt jedoch keine Aufteilung in drei geschlossene politische Fraktionen dar. Insbesondere die traditionelle Rechte steht zwischen Zentrum und RN. Partei, Wahlbündnis und Parlamentsfraktion fallen nicht durchgängig zusammen. Mit der Diffusität des Systems sind hier unscharfe Zuordnungen und wechselnde Bündnisgrenzen gemeint; programmatische Unterschiede bleiben bestehen. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Direction de l'information légale et administrative (DILA; Direktion für Rechts- und Verwaltungsinformation) beschreibt den Zusammenhang von geschwächtem Bipartismus, parlamentarischer Dreiteilung und organisatorischer Atomisierung (DILA 2026).

Die amtliche Fraktionsübersicht zur Nationalversammlung (Assemblée nationale; direkt gewählte Kammer des französischen Parlaments) verzeichnet elf Fraktionen. Am 30. Oktober entfallen auf die LFI-Fraktion 70, auf die Sozialisten (Parti socialiste, PS; sozialdemokratische Partei) und ihnen angeschlossene Abgeordnete 68, auf Écologiste et Social („Ökologisch und Sozial"; Fraktion um die grüne Partei Les Écologistes, „Die Ökologen") 38 sowie auf Gauche Démocrate et Républicaine („Demokratische und Republikanische Linke"; Fraktion mit der Parti communiste français, PCF, der Französischen Kommunistischen Partei, und weiteren linken Abgeordneten) 17 Mandate. Diese vier linken Fraktionen verfügen somit zusammen über 193 Sitze. Die Fraktionsstärken schließen die jeweils angeschlossenen Abgeordneten (apparentés) ein; sie entsprechen daher nicht ausschließlich den Mandaten der namensgebenden Parteien (Assemblée nationale 2026).

Auf Ensemble pour la République („Gemeinsam für die Republik"; Fraktion um Emmanuel Macrons liberale, proeuropäische Partei Renaissance, „Wiedergeburt"), Les Démocrates („Die Demokraten"; Fraktion um die Zentrumspartei Mouvement démocrate, MoDem, „Demokratische Bewegung") und Horizons („Horizonte"; Fraktion um Édouard Philippes gleichnamige Partei der rechten Mitte) entfallen zusammen 162 Mandate.

RN und Union des droites pour la République („Union der Rechten für die Republik"; Partei und Fraktion um Éric Ciotti, mit dem RN verbündet) kommen auf 138 Mandate.

Hinzu treten Droite Républicaine („Republikanische Rechte"; Fraktion um die konservative Partei Les Républicains, LR, „Die Republikaner") mit 47, Libertés, Indépendants, Outre-mer et Territoires (LIOT; Fraktion „Freiheiten, Unabhängige, Übersee und Territorien") mit 23 und elf Fraktionslose; drei Sitze sind unbesetzt. Diese eigene Addition ergibt 574 besetzte Sitze. Sie beschreibt analytische Lager, keine festen Abstimmungsbündnisse (Assemblée nationale 2026).

Auf die parlamentarische Bestandsaufnahme folgt der Vergleich der organisatorischen Basis in Tabelle 6. Berücksichtigt werden auch Place publique („Öffentlicher Platz"; sozialdemokratische, proeuropäische Partei), Reconquête („Rückeroberung"; Partei der äußersten Rechten) und Nouvelle Énergie (NE; „Neue Energie", wirtschaftsliberale Partei um David Lisnard). Erfasst sind die bis zum 31. Oktober 2026 neuesten öffentlich belegbaren Angaben. Beiträge, Stichtagsregeln und Registrierungsformen unterscheiden sich; ältere Daten bleiben kenntlich. Die Zahlen stellen deshalb keine einheitliche Statistik aktiver Mitglieder dar.

Tabelle 6 Mitgliederbasis relevanter Parteien und Bewegungen

Partei / Bewegung	Zahl	Datenstand	Abgrenzung und Quelle
Renaissance	33.154	1.6.2025	Vom Parteiapparat gemeldete Mitglieder; kein neuerer belastbarer Gesamtstand gefunden (Le Parisien 2025).

Partei / Bewegung	Zahl	Datenstand	Abgrenzung und Quelle
Horizons	43.000	Abruf 31.10.2026	Mitglieder laut eigener Internetseite; Abgrenzung zu Beitragsaktiven nicht vollständig ausgewiesen (Horizons 2026).
MoDem	ca. 12.000	23.3.2024	Damals berichteter Mitgliederbestand; keine verifizierte Aktualisierung für 2026 (Infos.fr 2024).
Les Républicains (LR)	76.653	April 2026	2026 erneuerte und für die interne Abstimmung zugelassene Mitgliedschaften; Stichtagsbestand (Nasrou 2026).
Nouvelle Énergie (NE)	99.617	31.10.2026	Mitglieder laut datiertem Eigenregister des Parteiauftritts; nicht unabhängig geprüft (Nouvelle Énergie 2026).
Parti socialiste (PS)	31.030	6.10.2026	Beitragsmitglieder laut Vorwahlkommission; zusätzlich registrierte Sympathisanten nicht eingerechnet (Kagni 2026).
Place publique	28.456	6.10.2026	Über die Partei für die Vorwahl registrierte Personen; keine unbesehen mit PS-Beitragsmitgliedern vergleichbare Kategorie (Kagni 2026; David 2026).
Parti communiste français (PCF)	37.620	6.9.2026	Beitragsaktuelle Mitglieder mit mindestens drei Monaten Zugehörigkeit, intern wahlberechtigt (PCF 2026).
Les Écologistes	ca. 16.000	8.12.2025	Gesamtbestand laut Parteiinformation; davon ca. 12.800 beitragsaktuell und seit mindestens sechs Monaten Mitglied (AFP 2025).
La France insoumise (LFI)	ca. 140.000 Aktive	21.9.2026	Aktive in lokalen Aktionsgruppen laut AFP; keine beitragszahlende Parteimitgliedschaft. Nicht als Mitgliederzahl vergleichbar (AFP 2026a).
Rassemblement national (RN)	112.319	20.9.2026	Für den Oktoberkongress beitragsaktuelle Mitglieder; breiterer Statutsbestand nicht gleichgesetzt (AFP 2026a; RN 2026).
Union des droites pour la République (UDR)	ca. 25.000	23.6.2026	Von Éric Ciotti beanspruchter Mitgliederbestand; keine unabhängige Prüfung (Ciotti 2026).
Reconquête	ca. 75.000	März 2025	Parteiangabe, hier nur über eine sekundäre Zusammenstellung belegbar; geringe Vergleichssicherheit (Raph 2026).

Quellen und Abgrenzungen stehen zeilenweise; vollständige Internetadressen im Quellenverzeichnis. Eigenauskünfte sind keine unabhängig geprüften Bestände. Die Zahlen dürfen weder addiert noch zu einer Rangliste gesellschaftlicher Verankerung verdichtet werden.

Im Sinne Gramscis sind Parteien keine bloßen Verbindungskanäle zwischen einer statischen Zivilgesellschaft und dem Staat. Sie wirken selbst an der Organisation gesellschaftlicher Gruppen mit, bilden Führungspersonal aus und übersetzen Interessen in Programme, Kandidaturen und staatliche Entscheidungen. Die Schnittstelle verläuft innerhalb ihrer Praxis: Sie können Erfahrungen aus Betrieben und Wohngebieten in die politische Willensbildung aufnehmen oder vor allem staatliche Entscheidungen gegenüber der Gesellschaft vermitteln. Ob Mitglieder tatsächlich mitentscheiden, dauerhaft zusammenarbeiten und neue Gruppen einbeziehen können, ist dafür entscheidend (Gramsci 1991–2002, H. 12, § 1; H. 13, § 1).

Die Mitgliederzahlen der Parteien zeigen beträchtliche Unterschiede. Mehrere etablierte Parteien verfügen nur über einige Zehntausend Mitglieder, während RN und Nouvelle Énergie höhere, unterschiedlich abgegrenzte Bestände ausweisen. Kleine Mitgliederkreise können das regelmäßige Aufgreifen breit gestreuter Alltagserfahrungen erschweren; große Bestände garantieren umgekehrt weder aktive Beteiligung noch demokratische Willensbildung. Für das Verhältnis von politischer und ziviler Gesellschaft ist daher auch das Missverhältnis zwischen staatlichem Einfluss, organisatorischen Ressourcen und tatsächlicher gesellschaftlicher Beteiligung zu untersuchen.

Der Zugang zur politischen Gesellschaft ist ebenfalls ungleich verteilt. Regierungsbeteiligung, Parlamentsmandate, kommunale Ämter und Kontakte zu wirtschaftlichen Entscheidungsträgern können Parteien

mit begrenzter Mitgliederbasis erhebliche Durchsetzungsmacht geben. Die lokalen Ressourcen von LR und die von Horizons beanspruchten kommunalen Strukturen zeigen andere Voraussetzungen als die schwächere örtliche Verankerung von Renaissance (Gummich und Kempin 2026; Horizons 2026; Barbarit 2026).

Bei den linken Parteien und Bewegungen sind herkömmliche Mitgliedschaft, kommunale Verankerung und die Organisation gesellschaftlicher Mobilisierung auseinanderzuhalten. LFI verknüpft lokale Aktionsgruppen mit einer bewegungsförmigen Organisation ohne Beitragsmitgliedschaft; die ausgewiesene Zahl Aktiver kann deshalb nicht neben die Beitragsbestände von PS oder PCF als gleichartige Größe gestellt werden. Entscheidend ist, ob verschiedene Beschäftigtengruppen und soziale Initiativen an gemeinsamen Zielen und Entscheidungen beteiligt werden. Gewerkschaften und Vereine bleiben eigenständige Akteure; organisatorische oder programmatische Nähe beweist keine Unterordnung. Ein gegenhegemoniales Potenzial entsteht erst, wenn aus punktueller Mobilisierung eine dauerhafte, demokratisch getragene Verbindung unterschiedlicher Interessen wird.

Auch auf der Rechten sind Mitgliedergewinnung, gesellschaftliche Deutung und institutioneller Zugang getrennt zu bewerten. Der größere Mitgliederbestand des RN ist eine organisatorische Ressource, aber kein Nachweis eines bereits konsolidierten historischen Blocks. Ob nationale Schutzversprechen abhängig Beschäftigte, Selbständige und wirtschaftliche Eliten dauerhaft verbinden können, bleibt an materiellen Kompromissen und politischer Praxis zu prüfen. Dass eine Partei organisatorisch wächst, entscheidet ebenso wenig über ihren emanzipatorischen Charakter wie ein kleines Mitgliederverzeichnis ihre politische Wirkung ausschließt. Die Krise an der Schnittstelle besteht somit in einer ungleichen und vielfach instabilen Fähigkeit zur Interessenbündelung und gesellschaftlichen Führung, nicht allein in niedrigen Mitgliederzahlen.

Die organisatorischen Unterschiede bilden den Hintergrund der folgenden Analyse. Die Dreiteilung des Parteiensystems hat soziale Voraussetzungen, ohne sich auf drei Klassen reduzieren zu lassen. In der Ipsos-Erhebung vor dem ersten Wahlgang 2024 erreichten RN und Verbündete bei Arbeitern 57 Prozent, der Nouveau Front populaire („Neue Volksfront“; linkes Wahlbündnis unter anderem aus LFI, Sozialisten, Grünen und Kommunisten) dagegen 21 Prozent; bei leitenden Angestellten lagen die Werte bei 21 beziehungsweise 34 Prozent. Ensemble („Gemeinsam“; Wahlbündnis der macronistischen Mitte) erzielte 32 Prozent bei über 70-Jährigen. Es handelt sich um Anteile innerhalb der jeweiligen Wählergruppen, nicht um deren Anteil an der Parteiwählerschaft (Ipsos 2024). Verteilungsinteressen, Bildungswege, Alter und kulturelle Orientierung überlagern sich. Die Umfrage belegt Differenzierung, keine vollständige Ursachenerklärung.

Die Wahldaten und die parlamentarische Fragmentierung verweisen auf geschwächte Vermittlungsbeziehungen: Das Zentrum hat Teile alter politischer Führungsgruppen aufgenommen, aber deren frühere gesellschaftliche Bindungen nicht vollständig übernommen. Jaffré zeigt für die Erhebungen 2020 bis 2025 den Einflussverlust von Renaissance und LR sowie große Abstände zwischen den Parteianhängerschaften (2026, S. 2–3, 7–9). Nationale Lager und örtliche Organisationsmacht fallen dabei auseinander; eine präsidentielle Führungsfigur kann fehlende gesellschaftliche Verankerung nur begrenzt ersetzen (Gummich und Kempin 2026, S. 3–4).

In der Mitte verschärft die Nachfolge Macrons den Wettbewerb zwischen Gabriel Attals Renaissance und Édouard Philippes Horizons. Beide müssen die bisherige Politik teilweise verteidigen und zugleich genügend Abstand gewinnen, um als Erneuerung zu erscheinen. MoDem versucht, die Zusammenarbeit zu erhalten. Wie schwierig eine verbindliche Führungsentscheidung ist, zeigt Attals Vorschlag einer gemeinsamen Vorwahl vom 28. Oktober: Nach dem Bericht von Public Sénat (politischer Fernseh- und Nachrichtensender des französischen Senats) vom Folgetag lehnten das Umfeld Philippes und Retailleaus den Vorstoß ab; Lisnard befürwortete eine Vorwahl. Umstritten waren deren Teilnehmerkreis und die Verbindlichkeit einer späteren Unterstützung des Siegers (Vignal 2026). Darin zeigt sich ein Koordinationsproblem: Gemeinsame Erfolgsaussichten kollidieren mit dem Interesse jeder Partei, Auswahlregeln und Kandidatur zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Auf der Linken stehen Wahlkooperation und dauerhafte politische Führung ebenfalls in einem Spannungsverhältnis. LFI, PS, Grüne und Kommunisten besitzen eigenständige Organisationen und konkurrierende Strategien. Jaffrés Analyse zeigt eine asymmetrische Distanz: Sozialistische Anhänger bewerten LFI deutlich schlechter als LFI-Anhänger den PS; zugleich können die Grünen zwischen linken Teilmilieus

vermitteln (2026, S. 6–7). Ihr innerer Wettbewerb entscheidet mit darüber, ob gemeinsame soziale Forderungen in eine verbindliche politische Strategie übersetzt werden.

Konkret konkurriert LFI um die Führung einer auf gesellschaftliche Mobilisierung und einen deutlichen Bruch mit dem Macronismus ausgerichteten Linken. PS und Place publique bündeln dagegen ein sozialdemokratisches Angebot mit größerer Distanz zu LFI. Raphaël Glucksmann gewann die gemeinsame Vorwahl von PS und Place publique am 11. Oktober mit 66,17 Prozent; damit ist die Führungsfrage in diesem Teil der Linken vorläufig entschieden, nicht jedoch für das gesamte linke Spektrum (Bonvarlet 2026). Jean-Luc Mélenchon und der Kommunist Fabien Roussel verfolgen eigene Kandidaturen. Marine Tondeliers Bewerbung für die Grünen bedarf nach dem Stand Mitte Oktober noch der innerparteilichen Bestätigung im Dezember; auch François Ruffin tritt eigenständig an (Clavier 2026). Unterschiedliche Einschätzungen parlamentarischer Kompromisse und außerparlamentarischer Mobilisierung erschweren eine weiterreichende Verständigung.

Auf der Rechten verläuft der Konflikt zwischen der Bewahrung einer eigenständigen konservativen Kraft und der Öffnung zu einem vom RN geführten Bündnis. Die Républicains verfügen weiterhin über kommunale Macht und politische Organisationsressourcen, müssen diese aber gegen Abwanderung zum Zentrum wie zum RN sichern. Gummich und Kempin beschreiben eine Spaltung zwischen Kräften, die eine Zusammenarbeit mit dem RN erwägen, und liberaleren Teilen, die sie ablehnen (2026, S. 3–4). Darin liegt eine eigenständige Konkurrenz um die Führung der Rechten: Der RN kann konservativen Partnern Zugang zu einem größeren Wählerlager versprechen, während LR damit die Unterordnung unter dessen politische Richtung riskiert. Die organisatorische Konkurrenz schließt programmatische Annäherungen nicht aus.

Auch im konservativen und nationalistischen Lager treten mehrere Bewerber an: Neben Bruno Retailleau, der im April von LR bestimmt wurde, treten David Lisnard und Xavier Bertrand eigenständig an. Marine Le Pen hat ihre erneute Kandidatur ebenfalls erklärt. Stand 30. Oktober handelt es sich um politische Bewerbungen, noch nicht um die endgültige amtliche Kandidatenliste; Unterstützerunterschriften und rechtliche Voraussetzungen müssen zusätzlich erfüllt sein (Clavier 2026; Vignal 2026).

Für Le Pen kommt eine besondere juristische Unsicherheit hinzu. Das Berufungsurteil vom 7. Juli reduzierte ihre tatsächlich zu vollstreckende Unwählbarkeitsdauer auf fünfzehn Monate, die das Gericht als bereits verbüßt ansah; gegen das Urteil läuft jedoch ein Kassationsverfahren. Ob währenddessen die vorläufig vollstreckbare Unwählbarkeit aus dem Ersturteil fortwirkt, wird unter hochrangigen Juristen gegensätzlich beurteilt. Die juristische Analyse von Valérie-Odile Dervieux vom 28. Oktober dokumentiert diesen Streit, ohne eine verbindliche Entscheidung vorwegzunehmen. Nach dem amtlichen Verfahrensstand der Cour de cassation (französischer Kassationsgerichtshof, oberstes Gericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit) vom 16. Oktober sollen verfassungsrechtliche Vorfragen am 16. Dezember behandelt werden (Dervieux 2026; Cour de cassation 2026). Weder eine sicher zugelassene Kandidatur noch ein bereits endgültiger Ausschluss ist damit sachgerecht als feststehend darzustellen.

Mit dem RN konkurriert zudem Reconquête um Éric Zemmour. Die Partei profiliert sich besonders durch eine radikalisierte Migrations- und Identitätspolitik. Nach einem Bericht des Radiosenders RTL (Radio Télé Luxembourg) erklärte Zemmour im September 2026 seine Absicht, erneut zur Präsidentschaftswahl anzutreten, und forderte unter anderem, auch rechtmäßig in Frankreich lebende Ausländer nach länger dauernder Erwerbslosigkeit auszuweisen. Die als „Remigration“ bezeichnete Politik zielt damit ausdrücklich über die Verhinderung neuer Zuwanderung hinaus (RTL 2026). Gegenüber dem RN eröffnet dies eine Konkurrenz zwischen dem Bemühen, breitere Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, und einer demonstrativ kompromisslosen Ausgrenzungspolitik. Reconquête kann den RN von rechts unter Druck setzen. Im Sinne der Hegemonieanalyse ist nicht allein die Zahl gewonnener Stimmen wichtig: Eine kleinere Partei kann Begriffe und Problembilder verbreiten, die größere Parteien aufgreifen. Die Reichweite dieser ideologischen Einflussnahme bleibt gesondert zu prüfen.

Die Kräfteverhältnisse bleiben von dieser Bewerberlage abhängig. In der Erhebung des Institut français d’opinion publique (Ifop; französisches Meinungsforschungsinstitut) vom 17. bis 19. Oktober unter 1.928 Wahlberechtigten erzielt Le Pen je nach getesteter Konstellation 34 bis 38 Prozent; Mélenchon erreicht 15 bis 20

und Glucksmann zwölf bis sechzehn Prozent. Philippe kommt bei alleiniger Vertretung des Zentrums auf fünfzehn, Attal in einer anderen Konstellation auf dreizehn Prozent. Die Werte stammen aus verschiedenen hypothetischen Bewerberfeldern und dürfen nicht zu einem gemeinsamen Wahlergebnis addiert werden. Sie zeigen die starke Ausgangsposition des RN und den offenen Wettbewerb um den Zugang zur Stichwahl, keinen feststehenden Wahlausgang (Ifop 2026).

Die Konkurrenz zwischen konservativer und äußerster Rechter verläuft zugleich innerhalb eines programmatisch durchlässigen Feldes. Ein konkretes Beispiel bietet Bruno Retailleaus Interview vom 31. Mai 2026: Der LR-Vorsitzende stellt Immigration grundsätzlich als Belastung dar, will legale Zuwanderung reduzieren und das Verhältnis zwischen nationaler Entscheidung, Gerichten und europäischen Vorgaben verändern. Dafür kündigt er eine Verfassungsänderung und ein Migrationsreferendum an. Das rückt zentrale Deutungen der äußersten Rechten in den Bereich konservativer Regierungspolitik: Migration erscheint als Ursache sozialer Knappheit, gerichtliche Begrenzung politischer Macht als Hindernis nationaler Selbstbestimmung (Retailleau 2026). Die Folgerung betrifft die Anschlussfähigkeit dieser Argumentation; die im Interview erhobenen Einzelbehauptungen über Migranten werden damit nicht als Tatsachen übernommen.

Die Bewegung reicht bis in Teile des bisherigen Regierungszentrums: Retailleau reagiert in demselben Interview auf Darmanins Vorschlag eines dreijährigen Moratoriums legaler Immigration. Damit wandern restriktive Forderungen zwischen unterschiedlichen Parteizusammenhängen. Der Übergang zum RN ist dennoch nicht bruchlos. Dessen nationale Vorzugsrechte und Zemmours weitergehende Ausweisungsforderungen überschreiten eine allgemeine Steuerung der Zuwanderung. Auch wirtschaftspolitisch bestehen Unterschiede: Eine scharf marktliberale Linie wie die Lisnards lässt sich nicht ohne Konflikte mit den sozialen Schutzversprechen des RN verbinden. Gemeinsamkeiten im Schutz privaten Eigentums und in unternehmensfreundlicher Politik sind deshalb mit konkreten Gegensätzen bei Sozialleistungen, Renten und europäischen Bindungen zusammenzudenken (Retailleau 2026; Rassemblement National 2024; Clavier 2026).

Polarisierung und Fragmentierung verstärken sich so wechselseitig. Die Abgrenzung zwischen den Lagern erschwert Mehrheiten; die Konkurrenz innerhalb der Lager erschwert gemeinsame Verhandlungspositionen. Das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen begünstigt Wahlabsprachen, erzwingt aber keinen dauerhaften Regierungskompromiss. Eine gemeinsame Ablehnung des RN kann Wahlkooperation tragen, ohne Zustimmung zu derselben Wirtschafts- und Sozialpolitik herzustellen. Die Dreiteilung beschreibt damit die Parteienkonkurrenz, aber noch keine gefestigten gesellschaftlichen Blöcke.

Welche Bindungen Parteien dafür mobilisieren können, hängt auch von der organisierten Zivilgesellschaft ab.

7 Zivilgesellschaft, Medien und intermediäre Organisationen

Ob soziale Erfahrungen zu politischer Zustimmung, Resignation oder Widerstand führen, entscheidet sich wesentlich in vermittelnden Organisationen. Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Vereine, soziale Bewegungen und örtliche Initiativen bündeln Interessen und schaffen wiederkehrende Kontakte zwischen Alltag und Politik. In Gramscis erweitertem Staatsverständnis ist die Zivilgesellschaft deshalb ein umkämpfter Bereich gesellschaftlicher Führung, kein grundsätzlich harmonischer Gegenpol zum Staat. Hier werden herrschende Vorstellungen befestigt, aber auch Alternativen organisiert (Gramsci 1991–2002, H. 6, § 88). Für Frankreich ist daher sowohl nach dem Fortbestand solcher Bindungen als auch nach ihren sozialen Grenzen zu fragen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig. Nach der 2023 veröffentlichten Dares-Auswertung erklärten 2019 insgesamt 10,3 Prozent der abhängig Beschäftigten, einer Gewerkschaft anzugehören; im öffentlichen Dienst waren es 18,4 Prozent, im privaten Sektor 7,8 Prozent. Diese älteren Befragungswerte beschreiben die Mitgliederbasis und dürfen nicht als Messung für 2026 ausgegeben werden (Pignoni 2023). Die geringe Mitgliedschaft begrenzt die personellen und finanziellen Ressourcen sowie die dauerhafte Mobilisierungsfähigkeit. Sie sagt jedoch noch nicht, wie viele Beschäftigte durch gewerkschaftliche Vertretung und Vereinbarungen erreicht werden.

Hinzu kommt eine zersplitterte Organisationslandschaft. Auf nationaler und branchenübergreifender Ebene wurden 2025 fünf Arbeitnehmerorganisationen als repräsentativ anerkannt: die Confédération française démocratique du travail (CFDT; „Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund“), die Confédération générale du travail (CGT; „Allgemeiner Gewerkschaftsbund“), die Confédération générale du travail–Force ouvrière (CGT-FO, meist FO; „Allgemeiner Gewerkschaftsbund–Arbeiterkraft“, eigenständiger Dachverband), die Confédération française de l’encadrement–Confédération générale des cadres (CFE-CGC; Verband der Fach- und Führungskräfte) und die Confédération française des travailleurs chrétiens (CFTC; „Französischer Bund christlicher Arbeitnehmer“) (Légifrance 2025). Daneben bestehen weitere, in einzelnen Branchen oder im öffentlichen Dienst verankerte Organisationen. Im amtlichen Branchenvergleich waren in mehr als drei Vierteln der 249 erfassten Branchen mindestens vier Gewerkschaftsorganisationen repräsentativ (Ministère du Travail 2026). Unterschiedliche organisatorische Traditionen, Berufsgruppen und Strategien können die Interessenvertretung verbreitern, erschweren aber die Abstimmung gemeinsamer Forderungen. Gewerkschaftliche Vielfalt ist deshalb nicht mit dauerhafter gemeinsamer Handlungsfähigkeit gleichzusetzen.

Die Größenordnung dieser Organisationen lässt sich auf die Gesamtzahl der Lohnabhängigen beziehen. Nach den vorläufigen Beschäftigungsschätzungen von Insee gab es Ende 2025 in Frankreich ohne Mayotte 26,965 Millionen abhängig Beschäftigte, darunter Beschäftigte des privaten und öffentlichen Sektors (Insee 2026j). Tabelle 7 setzt die zuletzt belegten Mitgliederbestände der fünf Dachverbände rechnerisch zu dieser gemeinsamen Vergleichsgröße ins Verhältnis. Wegen abweichender Berichtsjahre und Mitgliederabgrenzungen sind dies Größenvergleiche, keine gemessenen gewerkschaftlichen Organisationsquoten.

Tabelle 7 Gewerkschaftsmitglieder im Verhältnis zu den abhängig Beschäftigten

Dachverband	Mitglieder	Datenstand und Quelle	Verhältnis zu 26,965 Mio.[1]
CFDT	641.798	Ende 2025; laut CFDT durch Wirtschaftsprüfer bestätigt (CFDT 2026).	2,38 %
CGT	607.639	2024; veröffentlicht Februar 2026 in der gewerkschaftseigenen Presse (Lamiable 2026).	2,25 %
FO / CGT-FO	rund 500.000	April 2026; Eigenangabe Souillots im Interview, nicht unabhängig bestätigt (George 2026).	ca. 1,85 %
CFE-CGC	über 168.000	Ende 2024; Finanzbericht beim Kongress 2026; allgemeine Selbstdarstellung gerundet 170.000 (CFE-CGC 2026).	ca. 0,62 %
CFTC	145.000	Selbstauskunft ohne Bezugsjahr, Abruf 31.10.2026; andere eigene Seiten nennen noch 140.000 (CFTC o. J.).	ca. 0,54 %

[1] Eigene Rechnung: ausgewiesener Mitgliederbestand geteilt durch 26.965.000 abhängig Beschäftigte × 100; gerundet. Die Mitgliederbestände können Rentner, Erwerbslose und weitere nicht aktuell abhängig Beschäftigte einschließen. Mitgliederdefinitionen, Gebietsstände und Berichtsjahre sind nicht vollständig harmonisiert. Die Anteile dürfen weder als tatsächlicher Organisationsgrad einzelner Verbände noch durch Addition als nationaler Gesamtorganisationsgrad interpretiert werden. Quellen: Insee (2026j), CFDT (2026), Lamiable (2026), George (2026), CFE-CGC (2026), CFTC (o. J.); vollständige Internetadressen im Quellenverzeichnis.

Der Vergleich zeigt die begrenzte Größenordnung der einzelnen Mitgliederbestände gegenüber der Gesamtheit der Lohnabhängigen. Die Beiträge und Mitarbeit dieser Minderheit tragen jedoch eine Interessenvertretung, die weit mehr Beschäftigte erreichen kann. Die zuvor genannte Dares-Quote von 10,3 Prozent für 2019 beruht dagegen auf einer Befragung abhängig Beschäftigter und erfasst auch andere Gewerkschaften; sie ist methodisch und zeitlich von diesen rechnerischen Größenrelationen zu unterscheiden. Für die CFE-CGC wäre zur Messung ihres Organisationsgrades außerdem ihr engerer beruflicher Organisationsbereich maßgeblich. Die institutionelle Reichweite ist deshalb gesondert zu betrachten.

Die betriebliche Interessenvertretung zeigt eine erhebliche, jedoch ungleiche Reichweite. Nach der im Oktober 2026 veröffentlichten Dares-Auswertung verfügten 2024 insgesamt 37,2 Prozent der privaten, nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten über eine gewählte

Arbeitnehmervertretung. In diesen Unternehmen arbeiteten 78,0 Prozent der Beschäftigten des untersuchten Bereichs. Gewerkschaftsdelegierte gab es in 10,6 Prozent der Unternehmen, die 55,9 Prozent der Beschäftigten abdeckten (Fiaschetti 2026). Die unterschiedlichen Unternehmens- und Beschäftigtenanteile verweisen auf die Konzentration der Vertretung in größeren Betrieben. Diese Zahlen messen institutionelle Präsenz, weder Gewerkschaftsmitgliedschaft noch die Zustimmung zu einzelnen Forderungen.

Der betriebliche Einfluss erklärt sich aus einer institutionellen Reichweite, die über die Mitgliederbasis hinausgeht. Die Anerkennung repräsentativer Gewerkschaften knüpft wesentlich an Ergebnisse betrieblicher Wahlen an; damit können auch nicht organisierte Beschäftigte ihre Verhandlungsstellung stärken. Der Comité social et économique (CSE; Sozial- und Wirtschaftsausschuss als gewählte betriebliche Arbeitnehmervertretung) bündelt Vertretungsrechte, ist aber nicht mit einer Gewerkschaft gleichzusetzen. Seine Aufgaben und Befugnisse unterscheiden sich nach Unternehmensgröße; Gewerkschaftsdelegierte übernehmen eine eigenständige Vertretungs- und Verhandlungsfunktion (Dares o. J.; Service Public 2026a).

Auch die Wirkung ausgehandelter Regelungen ist nicht auf Mitglieder beschränkt. Ein anwendbarer Tarifvertrag erfasst grundsätzlich die Beschäftigten in seinem Geltungsbereich unabhängig von ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit. Durch ministerielle Allgemeinverbindlicherklärung können Branchentarifverträge zudem auf nicht verbandsgebundene Arbeitgeber des betreffenden Bereichs erstreckt werden (Service Public 2026b). Verhandlungen, Vertretungsarbeit und Arbeitskämpfe können so Interessen weit über den Kreis der Beitragszahlenden hinaus wirksam machen. In der gramscianischen Perspektive liegt darin eine Vermittlung zwischen begrenzter organisatorischer Mitgliedschaft und breiterer gesellschaftlicher Wirkung. Dieser Einfluss bleibt ungleich verteilt: Die stärkere Präsenz in großen Betrieben gleicht die schwächere Vertretung in kleinen Unternehmen nicht automatisch aus.

Ein aktuelles Beispiel für den Versuch, getrennte Konflikte zu verbinden, bietet die Union fédérale des syndicats de l’État (UFSE; Zusammenschluss der Staatsbedienstetengewerkschaften) innerhalb der CGT, kurz UFSE-CGT. Ein im Februar 2026 veröffentlichter Kongressbericht nennt als Ausgangsgröße rund 50.000 Organisierte und das Ziel, darüber deutlich hinauszuwachsen; eine exakt datierte Bestandszählung ist dies nicht (UFSE-CGT 2026b, S. 9). Diese Größenordnung entspricht rechnerisch etwa 0,19 Prozent aller abhängig Beschäftigten Ende 2025, ist aber keine Organisationsquote im engeren Zuständigkeitsbereich des Staatsdienstes. Die UFSE gehört zur CGT und darf deren Gesamtbestand nicht hinzugerechnet werden. In ihrer Erklärung vom 14. Oktober 2026 verknüpft sie Lohn- und Haushaltsfragen mit öffentlichen Dienstleistungen und der Unterstützung der Jugendmobilisierung. Sie strebt eine gemeinsame Mobilisierung von Beschäftigten, Studierenden und Rentnern an (UFSE-CGT 2026a). Das dokumentiert die Strategie dieser Organisation, nicht bereits den Erfolg eines umfassenden Bündnisses. Gramscianisch liegt ihre Bedeutung im Versuch, aus einzelnen Forderungen ein gemeinsames gesellschaftliches Interesse zu entwickeln. Ob dies trägt, entscheidet sich auch daran, ob unterschiedliche Gruppen Einfluss auf die gemeinsamen Ziele erhalten.

Kontakte zwischen Parteien und Gewerkschaften bedeuten dagegen nicht automatisch organisatorische Unterordnung. Die Charte d’Amiens („Charta von Amiens“; gewerkschaftliche Grundsatzerklärung von 1906) dient als Bezugspunkt für die Unabhängigkeit gegenüber Parteien; eine aktuelle Erläuterung der Pariser CGT betont diesen Anspruch ausdrücklich (CGT Paris 2024). Gemeinsame Forderungen oder Mobilisierungen können mit eigenständigen Entscheidungen und Konflikten über Strategie und Parteieneinfluss einhergehen. Auch Vereine und soziale Bewegungen sind deshalb nicht pauschal als Parteivorfeld einzuordnen.

Auf Unternehmerseite bündeln vor allem drei branchenübergreifende Verbände Interessen: das Mouvement des entreprises de France (MEDEF; branchenübergreifender französischer Arbeitgeberverband), die Confédération des petites et moyennes entreprises (CPME; Arbeitgeberverband kleiner und mittlerer Unternehmen) und die Union des entreprises de proximité (U2P; Arbeitgeberverband für Handwerk, lokales Gewerbe und freie Berufe). Die Repräsentativitätsmessung 2025 bestätigte ihre Stellung als nationale, branchenübergreifende Verhandlungspartner (Ministère du Travail 2026). Sie verbinden die Interessenvertretung gegenüber dem Staat mit der Aushandlung kollektivvertraglicher Regeln. Ihre unterschiedlichen Unternehmensmilieus erzeugen gemeinsame Anliegen, aber auch Konflikte etwa über Regulierung, Arbeitskräftebedarf oder soziale Sicherung.

Die bereits vorhandenen Kontakte und wirtschaftlichen Ressourcen eröffnen ihnen besondere Zugänge zur politischen Entscheidung.

Die Verbindungen zu Parteien der Mitte und der Rechten werden unter anderem durch institutionalisierte Gespräche und öffentliche Anhörungen hergestellt. Am 20. Juni 2024 luden MEDEF, CPME und U2P gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsorganisationen die wichtigsten politischen Kräfte zur Vorstellung ihrer Programme ein. Angehört wurden unter anderem Édouard Philippe für Horizons, Bruno Le Maire für Renaissance und Bruno Retailleau für LR sowie Jordan Bardella für den RN; auch Vertreter des linken Wahlbündnisses nahmen teil (MEDEF 2024). Die Kontakte sind somit breit angelegt, ihre politische Bewertung jedoch nicht neutral oder für alle Parteien gleich.

Programmatische Anschlussmöglichkeiten bestehen besonders dort, wo Parteien Unternehmensentlastungen, wettbewerbliche Steuerung und fiskalische Berechenbarkeit anbieten. Bei den Anhörungen 2024 traten Philippe und Le Maire für weitere Senkungen der Produktionssteuern ein; auch Bardella griff dieses Ziel auf, während die Finanzierung seiner Vorschläge umstritten blieb (Normand 2024). Gemeinsamkeiten in einzelnen wirtschaftspolitischen Zielen begründen jedoch weder ein förmliches Bündnis noch eine einheitliche Parteibindung der Unternehmerverbände.

Gramscianisch können die Unternehmerverbände über solche Kontakte ihre besonderen Interessen in Vorstellungen allgemeiner wirtschaftlicher Vernunft übersetzen und auf die Programme möglicher Regierungsparteien einwirken. Umgekehrt suchen Parteien bei ihnen Expertise, wirtschaftliche Glaubwürdigkeit und Zustimmung. Diese Verbindung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft ist eine Ressource gesellschaftlicher Führung, ohne dass Verbände und Parteien organisatorisch identisch wären. Im Verhältnis zur äußersten Rechten kann bereits ein regulärer Gesprächszugang deren Normalisierung fördern; eine offene Wahlempfehlung oder ein dauerhaftes Bündnis ist damit noch nicht belegt. Die konkreten Unterschiede zwischen MEDEF, CPME und U2P und die Folgen für mögliche Regierungsblöcke untersucht Kapitel 8.

Über die betriebliche und wirtschaftliche Interessenvertretung hinaus bilden Vereine eine weitere wichtige Infrastruktur gesellschaftlicher Beteiligung. Die repräsentative Ifop-Erhebung für den Freiwilligenbericht La France bénévole 2026 des Forschungsvereins Recherches & Solidarités („Forschung und Solidarität“) unter 3.155 Personen ab 15 Jahren ergab, dass 25 Prozent freiwillig in Vereinen tätig waren. 19 Prozent engagierten sich mindestens monatlich im Jahresverlauf, zehn Prozent wöchentlich. Zugleich bestand eine deutliche Bildungsdifferenz: Unter Personen mit einem Abschluss oberhalb von bac+2 lag der Anteil bei 32 Prozent, unter Personen ohne Abschluss beziehungsweise mit dem Certificat d’études primaires (CEP; früherer Primarschulabschluss) oder dem Brevet d’études du premier cycle du second degré (BEPC; Abschluss der unteren Sekundarstufe) bei 18 Prozent und mit CAP oder dem Brevet d’études professionnelles (BEP; beruflicher Abschluss) bei 17 Prozent (Recherches & Solidarités 2026, S. 5–7). Nicht nur Einkommen und Bildung, auch Möglichkeiten organisierter Mitwirkung sind damit ungleich verteilt.

Vereine können praktische Solidarität, lokale Verlässlichkeit und demokratische Erfahrung ermöglichen. Aus ihrer Existenz folgt jedoch keine gemeinsame politische Richtung. Sport-, Kultur-, Hilfs- und Nachbarschaftsvereine haben unterschiedliche Zwecke; ihr Engagement darf nicht pauschal einem linken oder demokratischen Gegenblock zugerechnet werden. Die Bildungsunterschiede legen vielmehr die Frage nahe, wer Zugang zu Netzwerken, öffentlichen Debatten und organisatorischen Funktionen findet. Wo materiell belastete Gruppen schwächer eingebunden sind, kann die gesellschaftliche Sichtbarkeit ihrer Interessen zusätzlich eingeschränkt werden. Das ist ein plausibler Vermittlungsmechanismus, den die Beteiligungsquoten allein noch nicht kausal belegen.

Auch institutionell ist die organisierte Zivilgesellschaft präsent. Der Conseil économique, social et environnemental (CESE; Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat) umfasst in der Amtsperiode 2026–2031 insgesamt 175 Mitglieder: 52 vertreten Beschäftigtenorganisationen, 52 wirtschaftliche und berufliche Aktivitäten, 45 den sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie 26 den Umweltschutz. Die Mitglieder werden von den zugelassenen Organisationen benannt (CESE 2026). Diese beratende Vertretung schafft einen Zugang zur staatlichen Willensbildung, ersetzt aber weder parlamentarische Entscheidungsmacht noch die unmittelbare

Beteiligung aller Betroffenen. Ihre Bedeutung hängt davon ab, ob Beratung politische Folgen hat und Konflikte tatsächlich bearbeitbar macht.

Das Vertrauensbild passt zu dieser widersprüchlichen Vermittlung. Im Barometer 2026 des Centre de recherches politiques de Sciences Po (CEVIPOF; politikwissenschaftliches Forschungszentrum der Pariser Hochschule Institut d'études politiques de Paris, bekannt als Sciences Po) vertrauen 37 Prozent den Gewerkschaften; Medien erreichen 29 Prozent. Der Vergleich mit den politischen Institutionen folgt in Kapitel 8. Zugleich befürworten 77 Prozent Bürgerkonvente und 79 Prozent einen häufigeren Einsatz von Referenden (CEVIPOF 2026). Diese Angaben zeigen ein Bedürfnis nach anderen Beteiligungswegen.

Die gesellschaftliche Vermittlung politischer Interessen erfolgt wesentlich auch durch Medien. Die Konzentration ihrer Eigentumsrechte bedeutet eine Konzentration gesellschaftlicher Definitionsmacht: Ein kleiner Kreis wirtschaftlich mächtiger Akteure verfügt über zentrale Zugänge zur öffentlichen Meinungsbildung. Die Eigentümer bestimmen nicht nur Investitionen, sondern entscheiden über Geschäftsführungen, die Besetzung leitender redaktioneller Positionen und die wirtschaftlichen Bedingungen journalistischer Arbeit. Die Eigentümerübersicht von Action critique médias (Acrimed; medienkritischer Verein) und der politischen Monatszeitung Le Monde diplomatique sowie der Euromedia Ownership Monitor (europäisches Forschungsprojekt zu Medieneigentum) dokumentieren die Verflechtung großer französischer Medien mit industriellen und finanziellen Interessen (Fabre und Beyer 2026; Bouquillion und Lefèvre 2025). Das ist ein strukturelles Machtverhältnis, keine bloß mögliche äußere Einflussnahme auf einen ansonsten neutralen Medienbetrieb.

Der Euromedia Ownership Monitor nennt unter anderem die Gruppen um die Unternehmen Bolloré, Arnault, Saadé, Bouygues und Dassault. Ihre wirtschaftlichen Schwerpunkte reichen über das Mediengeschäft hinaus; die öffentliche Kommunikation berührt damit zugleich Interessen anderer Konzernbereiche (Bouquillion und Lefèvre 2025). Das schafft ein grundsätzliches Missverhältnis: Eigentümer können ihre wirtschaftliche Macht in dauerhafte publizistische Präsenz übersetzen, während abhängig Beschäftigte und ihre Organisationen solche Ressourcen kaum haben. Unterschiedliche Zeitungsnamen und Sender garantieren unter diesen Bedingungen noch keinen gesellschaftlich ausgewogenen Pluralismus. Reporters sans frontières (RSF; Reporter ohne Grenzen) kritisiert sowohl die unzureichenden gesetzlichen Vorkehrungen gegen vertikale Medienkonzentration als auch die interventionistischen Methoden des Bolloré-Umfeldes und dessen mangelnden internen Pluralismus (RSF o. J.).

Eigentümermacht wirkt auch ohne tägliche redaktionelle Anweisungen. Journalistische Unabhängigkeit muss deshalb institutionell abgesichert werden. Die Auswahl dauerhaft sichtbarer Stimmen und Themen begünstigt in der hier vertretenen Bewertung die Verallgemeinerung vermögender und unternehmerischer Interessen.

Diese Eigentumsverhältnisse prägen die Vermittlung zwischen gesellschaftlicher Macht und Alltagsbewusstsein. Wirtschaftspolitische Entscheidungen können beispielsweise als unvermeidliche Anpassung an Marktbedingungen oder als politisch veränderbare Verteilungsentscheidungen dargestellt werden. Soziale Proteste können als Ausdruck berechtigter Interessen oder überwiegend als Störung der öffentlichen Ordnung erscheinen. Hegemonie entsteht dabei durch wiederkehrende Auswahl und Deutung, durch die bestimmte Vorstellungen selbstverständlich werden. Partiell können journalistische Recherchen und kritische Öffentlichkeiten solche Selbstverständlichkeiten erschüttern.

Wirtschaftlich konzentrierte Verbreitungsmacht trifft auf unterschiedliche soziale Erfahrungen und Mediengewohnheiten. Die im Januar 2026 veröffentlichte Untersuchung der Autorité de régulation de la communication audiovisuelle et numérique (Arcom; Regulierungsbehörde für audiovisuelle und digitale Kommunikation) unter 3.377 Personen ab 15 Jahren zeigt, dass sich 94 Prozent täglich informieren. Fernsehen und Radio behalten eine wichtige Stellung; gleichzeitig nutzen vier von zehn Befragten täglich soziale Netzwerke zur Information (Arcom 2026). Klassische und digitale Medien bilden damit keine getrennten Welten: Fernsehbeiträge werden als kurze Videos weiterverbreitet, politische Botschaften in privaten Gruppen kommentiert und journalistische Meldungen mit persönlichen Erfahrungen verbunden.

Für Lohnabhängige erfolgt diese Verarbeitung unter den Bedingungen ihres Arbeits- und Lebensalltags. Berichte über Kaufkraft, Migration, öffentliche Dienstleistungen oder Staatsverschuldung treffen auf Erfahrungen mit Löhnen, Arbeitsdruck, Wohnkosten und gesellschaftlicher Anerkennung. Dieselbe Nachricht kann daher unterschiedliche Schlussfolgerungen auslösen. Die CEVIPOF-Untersuchung von Chanvril und Rouban unterstreicht, dass soziale Netzwerke keinen einheitlichen politischen Raum bilden. Ihre Nutzung spiegelt und verstärkt bestehende soziale und kulturelle Unterschiede; die Untersuchung belegt keinen einfachen Zusammenhang zwischen intensiver Nutzung und politischer Radikalisierung (Chanvril und Rouban 2025, S. 1–2). Medien sind somit ein Vermittlungsmechanismus der Krise, keine alleinige Erklärung ihrer politischen Richtung.

In diesem Zusammenhang gewinnt Gramscis Begriff der organischen Intellektuellen seine Bedeutung. Er bezeichnet Personen und organisatorische Zusammenhänge, die gesellschaftlichen Gruppen Orientierung geben, ihre Interessen verbinden und deren Anspruch auf Führung begründen. Dazu können Wissenschaftler und Publizisten ebenso gehören wie Gewerkschaftssekretäre, Verbandsvertreter, politische Bildungsarbeiter oder reichweitenstarke digitale Kommunikatoren. Entscheidend ist ihre gesellschaftliche Funktion, nicht ihre Berufsbezeichnung (Gramsci 1991–2002, H. 12, § 1).

Im liberalen Zentrum übernehmen wirtschaftspolitische Experten, administrative Führungskräfte und Denkfabriken entsprechende Vermittlungsaufgaben. Ein Beispiel ist das Institut Montaigne (wirtschaftsliberal orientierte französische Denkfabrik): Nach seiner Selbstdarstellung verbindet es wettbewerbliche Märkte mit Chancengleichheit, sozialem Zusammenhalt und europäischer Integration und bringt Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Medien zusammen. Gramscianisch lässt sich darin die Arbeit an einer gesellschaftlich verallgemeinerbaren Rechtfertigung marktorientierter Politik erkennen. Diese analytische Einordnung bedeutet keine organisatorische Gleichsetzung des Instituts mit Renaissance oder der Regierung (Institut Montaigne o. J.).

Auf der Linken bestehen mehrere, miteinander konkurrierende intellektuelle Netzwerke. Die Fondation Jean-Jaurès (sozialdemokratisch orientierte politische Stiftung) verbindet politische, gewerkschaftliche, wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Das LFI-nahe Institut La Boétie (politisches Forschungs- und Bildungsinstitut) formuliert ausdrücklich den Anspruch, intellektuelle, politische und künstlerische Arbeit für die Herausbildung einer gesellschaftlichen Mehrheit zusammenzuführen. Diese Einrichtungen stehen für unterschiedliche strategische Zugänge. Ihre mögliche gegenhegemoniale Funktion liegt darin, Alltagserfahrungen sozialer Ungleichheit mit Erklärungen ihrer Ursachen und mit gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten zu verbinden. Publizistische Sichtbarkeit allein ersetzt allerdings keine dauerhafte Verankerung in Betrieben und Wohngebieten (Fondation Jean-Jaurès o. J.; Institut La Boétie o. J.).

Auch die Rechte verfügt über unterschiedliche intellektuelle Vermittler. Das Institut Thomas More versteht sich ausdrücklich als liberal-konservative Denkfabrik, Aktionszentrum und Bildungsstätte. Davon zu unterscheiden sind nationalistische und rechtsradikale Publizisten sowie mediale Netzwerke um RN und Reconquête. Eine linke Medienanalyse beschreibt insbesondere die Ausweitung des Bolloré-Umfeldes als Aufbau politischer Einflussmöglichkeiten (Institut Thomas More o. J.; Politis 2026). Für die Hegemonieanalyse ist zu untersuchen, wie solche Akteure wirtschaftsliberale Vorstellungen mit nationaler Identität, kultureller Hierarchie und autoritären Ordnungsvorstellungen verbinden. Konservative, RN und Reconquête bilden dabei kein einheitliches intellektuelles Lager. Sie konkurrieren um Führung, können aber zugleich Begriffe und Deutungen austauschen.

Die Beispiele zeigen ungleiche Voraussetzungen intellektueller Vermittlung. Etablierte Zugänge zu Verwaltung, Unternehmen und Expertise stehen neben Netzwerken mit geringeren Ressourcen. Ihre Wirkung hängt auch davon ab, welche gesellschaftlichen Gruppen an der Entwicklung der Deutungen beteiligt sind und ob verlässliche organisatorische Beziehungen entstehen.

Ob solche Deutungen überzeugen, entscheidet sich auch im Alltag von Betrieben, Familien und Nachbarschaften. Die in Kapitel 9 untersuchten Führungsprojekte müssen deshalb organisatorische Verankerung und materielle Zusagen miteinander verbinden. Zunächst ist zu klären, wie stark die bestehenden Repräsentationsbeziehungen beschädigt sind.

8 Politische Krise und umkämpftes Interregnum

Die politische Krise wird im Folgenden als Zusammenhang von Vertrauensverlust, erschwerter Mehrheitsbildung und umkämpfter Neuordnung des bisherigen Blocks untersucht. Das CEVIPOF-Vertrauensbarometer vom Februar 2026 weist nur 22 Prozent Vertrauen in die Politik, 15 Prozent in Parteien und 20 Prozent in die Nationalversammlung aus. Demgegenüber vertrauen 60 Prozent den Bürgermeistern; 82 Prozent halten am demokratischen Regierungssystem fest (CEVIPOF 2026). Das ergibt ein differenziertes Bild: Die nationale Repräsentation ist stark beschädigt, während demokratische Ansprüche und örtliche Bindungen fortbestehen. Befragtes Vertrauen ist dabei ein Indikator gesellschaftlicher Zustimmung, kein vollständiges Maß von Hegemonie.

Cautrès präzisiert diesen Befund als Krise politischer Responsivität, also der Fähigkeit, auf gesellschaftliche Anliegen zu antworten. Sein Bericht zeigt eine Spannung zwischen fortbestehendem demokratischem Anspruch und der Wahrnehmung, dass die Verbindung von Wahlen, Vertretung und politischer Entscheidung unzureichend funktioniert (Cautrès 2026, S. 8). In der hier entwickelten Lesart erklärt dies, warum ein Wechsel des Regierungspersonals allein die Krise nicht behebt: Wenn dieselben Belastungen fortbestehen, erscheint auch der Wechsel als folgenlos. Politische Führung muss deshalb an erfahrbaren Ergebnissen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten ansetzen.

Die in den Kapiteln 2 bis 5 untersuchten Konflikte schwächen die materielle Grundlage des bisherigen Kompromisses; die Kapitel 6 und 7 zeigen Grenzen seiner parteipolitischen und gesellschaftlichen Vermittlung. Diese Verbindung erklärt, weshalb ein institutionell fortbestehender Regierungsblock zugleich an Zustimmung verlieren kann (Amable und Palombarini 2025; Cautrès 2026).

Die parlamentarische Fragmentierung verschärft diesen Zustimmungsverlust. Wie Kapitel 6 zeigt, können Renaissance, MoDem und Horizons ihren Führungsanspruch nicht in verlässliche Mehrheiten übersetzen. Zugleich verengen die konkurrierenden Angebote von Linker und RN die Fähigkeit der Mitte, die Bedingungen politischer Bündnisse allein festzulegen (Jaffré 2026; Gummich und Kempin 2026).

Für die politische Bearbeitung dieser Lage entsteht ein strategisches Dilemma. Eine Öffnung der Parteien des bisherigen historischen Blocks zu den Sozialisten kann soziale Zugeständnisse erfordern, die mit unternehmerischen Forderungen und der bisherigen Reformrichtung kollidieren. Eine Annäherung an konservative und äußerste Rechte kann dagegen wirtschaftliche Kontinuität mit migrationspolitischer Verschärfung verbinden, beschädigt aber den universalistischen Anspruch der Mitte und stärkt die Deutungsmacht des RN. Politische Akteure können dessen Themen übernehmen und dabei dennoch Wähler an das als glaubwürdiger wahrgenommene Original verlieren. Eine rechnerische Mehrheit genügt daher nicht: Sie müsste durch einen gesellschaftlich tragfähigen Interessenausgleich gestützt werden.

Für die Neuordnung des Blocks ist deshalb die Haltung der Unternehmerverbände zum RN bedeutsam. Sie bilden keine einheitliche politische Partei des Kapitals. Nach einem Bericht des Finanznachrichtenportals Boursorama äußerten im Juni 2024 MEDEF, CPME und U2P wirtschaftliche Sorgen über die mögliche Regierungsübernahme des RN, verständigten sich aber nicht auf eine gemeinsame Erklärung. U2P-Präsident Michel Picon verwies unter anderem auf die Rentenpläne und die Bedeutung zugewanderter Arbeitskräfte für Unternehmen (Boursorama mit Media Services 2024). Diese Vorbehalte beruhten wesentlich auf betrieblichen Interessen und wirtschaftspolitischer Berechenbarkeit; sie sind von einer grundsätzlichen demokratischen Abgrenzung zu unterscheiden.

Beim MEDEF ist inzwischen eine Öffnung des Zugangs zum RN erkennbar. Im April 2026 bestritt Patrick Martin einen politischen Übertritt des Unternehmerlagers und nannte europäische Integration, Handel und gezielte Erwerbsmigration als eigene Prioritäten. Zugleich begründete er Gespräche mit Bardella mit dem parlamentarischen Gewicht des RN (Bissuel 2026a). Im August bevorzugte Martin ein tragfähiges Angebot aus Mitte und Rechter, erklärte sich aber zur Zusammenarbeit mit einem gewählten Präsidenten aus RN oder LFI bereit (Prestimonaco 2026). Im September kritisierte er zudem die gegen den RN gerichteten Positionierungen

von CGT und CFDT als übermäßige Politisierung (Bissuel 2026b). Das dokumentiert eine Abschwächung der politischen Distanz, noch keine vorbehaltlose Unterstützung des RN-Programms.

Bei CPME und U2P ist dieselbe Differenzierung erforderlich. Die CPME begründete im Januar 2026 auch ihre Teilnahme an einer Debatte des LFI-nahen Institut La Boétie mit dem Anspruch, mit unterschiedlichen politischen Lagern über Unternehmensinteressen zu sprechen; daraus folge keine programmatische Übereinstimmung (CPME 2026). Die U2P hatte nach der Wahl 2024 projektbezogene Mehrheiten und ausgehandelte Kompromisse gefordert (U2P 2024). Belegt ist damit eine interessengeleitete Offenheit für Gespräche, keine gemeinsame Wahlempfehlung dieser Verbände zugunsten des RN. In der hier vertretenen Deutung kann diese Offenheit dennoch dessen Normalisierung fördern: Unternehmen und Verbände bereiten sich auf wechselnde politische Mehrheiten vor und versuchen, die wirtschaftspolitischen Spielräume möglicher Regierungen vorab zu begrenzen. Ob daraus ein neuer historischer Block entsteht, hängt auch davon ab, welche Konzessionen der RN seinen sozialen Wählermilieus und den wirtschaftlichen Eliten jeweils macht.

Neben der Suche nach neuen Bündnispartnern bleibt dem bisherigen Regierungsblock die Möglichkeit, seine Handlungsfähigkeit stärker durch staatliche Durchsetzung zu sichern. Eine Tendenz zu einer organischen Krise bedeutet dabei nicht den Verlust staatlicher Machtmittel. Verwaltung, Recht und Sicherheitsapparate können handlungsfähig bleiben, während die Zustimmung zur politischen Richtung sinkt. Gramscis Zusammenhang von Führung und Zwang macht gerade diese Ungleichzeitigkeit verständlich (Gramsci 1991–2002, H. 6, § 88). Wo Interessen nicht mehr durch tragfähige Kompromisse verbunden werden, wächst der Anreiz, Konflikte administrativ einzuhegen und als Sicherheitsprobleme zu behandeln. Eine solche Verschiebung kann Herrschaft kurzfristig stabilisieren, ohne die Ursachen der Entfremdung zu beseitigen.

Der Streit um die Proteste ist zugleich ein Kampf um ihre öffentliche Interpretation. Während Sander die sozialen Anliegen und die Gefahr ihrer Delegitimierung hervorhebt, konzentriert sich die Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU-nahe deutsche politische Stiftung) stärker auf Gewalt, staatliche Kontrollfähigkeit und parteipolitische Instrumentalisierung (Sander 2026; Czymmeck, Fricke und Wissmann 2026, Abschn. „Politische Instrumentalisierung und Präsidentschaftswahl 2027“). Die in Kapitel 7 erläuterte Deutungskonkurrenz wird hier konkret: Erscheinen die Ereignisse vorrangig als sozialer Konflikt mit legitimen Forderungen oder als Ordnungsproblem? Beides kann empirisch zusammentreffen; welche Deutung überwiegt, beeinflusst jedoch die akzeptierten politischen Antworten.

Zusammen mit den wirtschaftlichen und sozialen Befunden spricht diese politische Konstellation für Züge einer organischen Krise: Bisherige Repräsentationsbeziehungen verlieren ihre Selbstverständlichkeit, und die Regeln der Lastenverteilung werden grundsätzlich umkämpft (Gramsci 1991–2002, H. 13, § 23). Dass Institutionen weiterhin funktionieren und Zugeständnisse möglich bleiben, begrenzt diese Diagnose.

Als Interregnum lässt sich diese offene Entwicklung fassen: Die bisherige Führung verliert Bindungskraft, ohne dass eine alternative Ordnung konsolidiert wäre (Gramsci 1991–2002, H. 3, § 34).

Welche Kräfte aus dieser Lage heraus gesellschaftliche Führung gewinnen könnten, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

9 Linke und rechte Versuche einer neuen gesellschaftlichen Führung

Die in den vorangegangenen Kapiteln untersuchten Krisen verdichten sich zu einem Kampf um gesellschaftliche Führung. Dabei greifen drei Entwicklungen ineinander: die Erosion der Hegemonie des bisherigen Blocks, der Versuch einer solidarischen Gegenhegemonie von links und die national ausgrenzende Verarbeitung der Krise durch den RN und weitere Kräfte der extremen Rechten. Die folgenden Zusammenhänge sind eine analytische Zusammenführung der bisherigen Befunde. Nachlassende Zustimmung bedeutet noch keinen vollständigen Verlust wirtschaftlicher, institutioneller oder gesellschaftlicher Macht; umgekehrt begründen Wahlerfolge noch keine gefestigte neue Hegemonie. Die politische Dreiteilung bildet deshalb keine drei bereits geschlossenen historischen Blöcke ab.

Die Führungsfähigkeit des bisherigen Blocks aus wirtschaftlich dominierenden Gruppen sowie politischen Kräften der Mitte und der traditionellen Rechten erodiert zunächst dort, wo dessen Fortschrittsversprechen weniger glaubwürdig wird. Arbeit, Bildung und individuelle Leistung erscheinen nicht mehr verlässlich mit sozialer Sicherheit und Aufstieg verbunden. Die Bildungsfrage betrifft deshalb unmittelbar die gesellschaftliche Zustimmung zum bisherigen Entwicklungsmodell. Werden zugleich Reformen und Haushaltsentscheidungen als einseitige unsoziale Belastung wahrgenommen, lässt sich ihre Begründung mit einem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse schwerer aufrechterhalten. Wie die Kapitel 2 bis 5 zeigen, verbinden sich materielle Unsicherheit und umstrittene Lastenverteilung mit einer Krise des Zukunftsversprechens.

Hinzu kommt eine Schwächung politischer Vermittlung. Wo Parteien Erfahrungen aus Betrieben, Wohngebieten und öffentlichen Einrichtungen nur begrenzt in verbindliche Vereinbarungen übersetzen, erscheint Politik stärker als Entscheidung von oben. Haushaltsdruck und gegensätzliche Interessen erschweren zugleich jene Zugeständnisse, durch die Zustimmung erneuert werden könnte. Die Konkurrenz zwischen Mitte und traditioneller Rechter sowie ihre unterschiedlichen Positionen gegenüber dem RN schwächen die gemeinsame politische Richtung. Ihre wirtschaftlichen und institutionellen Machtressourcen bestehen jedoch fort und ermöglichen weiterhin Einfluss, auch wenn die positive Zustimmung zu ihrem Kurs sinkt.

Die Bearbeitung dieser Krise kann ihre Richtung zusätzlich verändern. Übernehmen etablierte Kräfte Deutungen, die Migration, nationale Identität und Ordnung in den Mittelpunkt stellen, können sie den Deutungsrahmen des RN bestätigen. Eine solche Verschiebung verspricht kurzfristig, verlorene Wähler zurückzugewinnen, kann aber zugleich die Glaubwürdigkeit derjenigen stärken, die diese Themen seit Langem besetzen. Die Erosion der bisherigen Führung eröffnet daher verschiedene Möglichkeiten: einen erneuerten sozialen Kompromiss, eine weitergehende demokratische Veränderung oder eine autoritäre Neuordnung unter Bewahrung wesentlicher wirtschaftlicher Machtverhältnisse.

Welche Möglichkeit sich durchsetzt, hängt davon ab, wer unterschiedliche Krisenerfahrungen zu einer überzeugenden Erklärung verbindet, tragfähige Bündnisse organisiert und einen glaubwürdigen Weg ihrer Bearbeitung eröffnet. Gegenhegemonie meint entsprechend mehr als Regierungsopposition: Sie verlangt eine alternative gesellschaftliche Richtung und organisierte Träger, die über begrenzte Gruppeninteressen hinausreichen. Weder die Linke noch der RN erfüllen diese Voraussetzungen allein durch ihre Gegnerschaft zur bisherigen Regierung. Ihre Projekte sind daran zu messen, welche Solidaritäten sie ermöglichen und welche Machtverhältnisse sie verändern oder bewahren (Gramsci 1991–2002, H. 13).

Der linke Versuch einer Gegenhegemonie besteht darin, Lohn-, Renten-, Bildungs- und Wohnungsfragen als gemeinsame Verteilungskonflikte zu bearbeiten und mit ökologischer Umgestaltung und gleichen Rechten zu verbinden. Ein programmatischer Bezugspunkt ist das gemeinsame Wahlprogramm des Nouveau Front populaire von 2024: Es forderte unter anderem einen Nettomindestlohn von 1.600 Euro, die Rücknahme der Rentenreform und eine Stärkung öffentlicher Leistungen (Nouveau Front populaire 2024, S. 4–5). Das dokumentiert ein damaliges Bündnisangebot, keine im Herbst 2026 unverändert geschlossene Organisation. Gewerkschaften, soziale Initiativen, kommunale Mandatsträger und linke Bildungs- und Forschungszusammenhänge können unterschiedliche Milieus miteinander verbinden. Ob sie gegenhegemonial wirken, hängt auch davon ab, ob sie eigene Handlungsmöglichkeiten eröffnen und demokratische Mitwirkung innerhalb des Bündnisses sichern.

Eine Voraussetzung linker Gegenhegemonie ist die Verbindung unterschiedlicher Interessen innerhalb der Lohnabhängigen. Beschäftigungssicherheit, Einkommen, Qualifikation, Branche und regionale Lebensbedingungen prägen verschiedene Erwartungen. Beschäftigte in Industrie und Logistik benötigen andere konkrete Sicherheiten als Pflegekräfte, prekär Erwerbstätige oder junge Akademiker. Auch ökologische Umgestaltung kann unterschiedliche Belastungen und Chancen mit sich bringen. Gemeinsame Interessen entstehen deshalb nicht automatisch aus der Lohnabhängigkeit. Sie müssen durch überprüfbare Vereinbarungen, einen Ausgleich von Belastungen und die Beteiligung der Betroffenen hergestellt werden.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in den innerhalb der Lohnabhängigen wirksamen rassistischen Ausschlüssen. Die in Kapitel 3 belegten Zugangsschranken können durch Kollegen oder Nachbarn gerechtfertigt werden; nationale Vorrechte bieten zugleich eine vermeintliche Erklärung erlebter Konkurrenz. Gemeinsame Interessen

müssen deshalb gegen reale Konflikte um Anerkennung, Zugehörigkeit und soziale Ansprüche organisiert werden. Diese Spaltungen können zugleich der Rechten zugutekommen: Werden soziale Unsicherheit und Konkurrenz als Folgen von Zuwanderung oder einer vermeintlichen Bevorzugung anderer Gruppen gedeutet, finden nationalistische Schutzversprechen Anknüpfungspunkte auch unter Lohnabhängigen. Was die Herstellung solidarischer Bündnisse der Linken erschwert, kann damit die klassenübergreifende Bündnisbildung der Rechten erleichtern.

Dabei wäre es falsch, rassistische Einstellungen unterschiedslos der gesamten Arbeiterschaft oder der Linken zuzuschreiben. Das 2026 vorgestellte Barometer der Commission nationale consultative des droits de l'homme (CNCDH; Nationale beratende Menschenrechtskommission) für 2025 zeigt höhere und steigende Toleranz bei Anhängern linker Parteien. Zugleich berichten die beteiligten Forscher von einer wachsenden Entkopplung antisemitischer von anderen rassistischen Vorurteilen; antisemitische Stereotype nahmen auch in Teilen der weit links positionierten Befragten zu (Sciences Po 2026). Daraus folgt für eine linke Gegenhegemonie, dass eine allgemeine antirassistische Selbstbeschreibung die Prüfung eigener Deutungen und Praktiken nicht ersetzt. Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und andere rassistische Hierarchisierungen sind jeweils konkret zu bekämpfen, ohne den Schutz einer betroffenen Gruppe gegen den einer anderen auszuspielen. Antisemitische Verschwörungsdeutungen können ebenfalls soziale Konflikte auf vermeintlich verborgene, als jüdisch markierte Machtgruppen umlenken und rechtsextremen Akteuren Anknüpfungspunkte bieten. Antisemitische Äußerungen im linken Umfeld können darüber hinaus die Glaubwürdigkeit eines universalistischen Emanzipationsanspruchs beschädigen und rechten Parteien ermöglichen, sich selektiv als Schutzmacht jüdischen Lebens darzustellen. Daraus folgt jedoch kein automatischer Stimmengewinn für die Rechte; ihre eigenen rassistischen und antisemitischen Traditionsbestände können, wie im Folgenden gezeigt, zugleich ihre Bündnisfähigkeit begrenzen.

Die Herstellung einer inneren Klasseneinheit verlangt daher gleiche Rechte und gemeinsam erfahrbare Handlungsmacht. Betriebliche Kämpfe um Löhne, Personal und Arbeitsbedingungen können Solidarität fördern, wenn zugewanderte und rassistisch benachteiligte Beschäftigte gleichberechtigt mitentscheiden. Hinzu kommen müssen ein wirksamer Diskriminierungsschutz und eine gemeinsame soziale Infrastruktur: verlässliche Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen, gute Bildung und die Absicherung ökologischer Umbrüche. Solche Ziele können Beschäftigte unterschiedlicher Qualifikation mit ökonomisch abhängigen kleinen Selbständigen verbinden. Konkurrenzdruck und ungleiche öffentliche Leistungen müssen dabei praktisch bearbeitet werden; ihre Zuschreibung an Herkunft ist ausdrücklich zu bestreiten. Materielle Verbesserungen allein beseitigen rassistische Weltbilder nicht, moralische Appelle allein verändern deren soziale Anknüpfungspunkte kaum. Entscheidend sind deshalb dauerhafte Zusammenarbeit, überprüfbare Zusagen und demokratische Beteiligung an gemeinsamen Prioritäten. Darin läge der Maßstab einer Gegenhegemonie, die über Wahlaufrufe hinausreicht.

Eine solche Verständigung innerhalb der Lohnabhängigen reicht für gesellschaftliche Führung noch nicht aus. Ein linkes Projekt müsste auch Teile der Selbständigen, kleinere Gewerbetreibende und weitere gesellschaftliche Gruppen gewinnen. Deren Abhängigkeit von Nachfrage, Krediten, Geschäftsräumen oder großen Auftraggebern kann gemeinsame Interessen an öffentlicher Infrastruktur und sozialer Absicherung begründen; zugleich können Steuer-, Lohn- und Eigentumsfragen reale Gegensätze erzeugen. Ein tragfähiges Bündnis müsste diese Unterschiede offen bearbeiten. Es dürfte weder Selbständige als einheitliches Unternehmerlager behandeln noch ihre Zustimmung durch die Preisgabe gleicher sozialer Rechte erkaufen. Hegemoniale Führung verlangt, begrenzte Interessen in einen verallgemeinerbaren Kompromiss zu übersetzen.

Dafür braucht es dauerhafte Organisation und demokratische Beteiligung. Wahlzustimmung, Protestbereitschaft und hohe öffentliche Sichtbarkeit ersetzen keine verlässlichen Beziehungen zwischen Parteien, Gewerkschaften, Initiativen und den angesprochenen Gruppen. Die in den Kapiteln 6 und 7 untersuchten Organisationen können Erfahrungen aufnehmen, gemeinsames Wissen entwickeln und Konflikte vermitteln. Ob sie diese Funktion erfüllen, hängt von tatsächlicher Mitsprache, örtlicher Präsenz und der Fähigkeit ab, über einzelne Mobilisierungen hinaus zusammenzuarbeiten. Eigenständige Gewerkschaften und Vereine sind dabei

Bündnispartner mit eigenen Entscheidungsverfahren. Ihre Unterordnung unter eine Parteistrategie könnte gerade jene gesellschaftliche Breite schwächen, die gewonnen werden soll (Gramsci 1991–2002, H. 12, § 1).

Organisatorische Verankerung muss sich mit einem glaubwürdigen Gesellschaftsentwurf verbinden. Höhere Löhne, verlässliche öffentliche Dienste, gleiche Rechte und ökologische Umgestaltung bilden erst dann eine gemeinsame Entwicklungsrichtung, wenn ihr Zusammenhang verständlich wird. Dazu gehört zu erklären, wie Verbesserungen finanziert, Belastungen verteilt und wirtschaftliche Veränderungen sozial abgesichert werden sollen. Zielkonflikte dürfen nicht durch allgemeine Versprechen verdeckt werden. Ein Gegenentwurf gewinnt an Überzeugungskraft, wenn unterschiedliche Gruppen darin ihre Erfahrungen wiedererkennen und zugleich erkennen können, warum auch die Ansprüche anderer berechtigt sind. Die intellektuelle und moralische Erneuerung ist insofern mit einer materiellen Reformperspektive verbunden (Gramsci 1991–2002, H. 13).

Schließlich stellt sich die Frage der politischen Strategie und Durchsetzung. Parlamentarische Arbeit, gesellschaftliche Mobilisierung und mögliche Regierungsbeteiligung müssten so verbunden werden, dass kurzfristige Verbesserungen eine weitergehende Veränderung ermöglichen. Wirtschaftliche Machtgruppen, institutionelle Regeln und europäische Bindungen begrenzen Handlungsspielräume; zugleich können Zugeständnisse des bisherigen Blocks oppositionelle Kräfte einbinden. Innerhalb der Linken bleibt deshalb umstritten, ob eine alternative Mehrheit vor allem durch sozialen Druck oder durch Verhandlungen mit der Mitte entstehen soll. Diese Auseinandersetzung betrifft den Charakter des angestrebten Bündnisses und lässt sich nicht auf persönliche Rivalitäten reduzieren (Jaffré 2026; Gummich und Kempin 2026).

Die Öffnung der Sozialisten zur Mitte verbindet die Aussicht auf soziale Zugeständnisse mit dem Risiko politischer Einbindung. Durch Verhandlungen können sie Zugeständnisse durchsetzen und sich als regierungsfähige Kraft darstellen. Zugleich können sie den bisherigen historischen Block parlamentarisch absichern, ohne dessen wirtschaftspolitische Richtung grundlegend zu verändern. Die Nichtunterstützung eines Misstrauensvotums gegen Lecornu im Oktober 2025 im Zusammenhang mit der angekündigten Aussetzung der Rentenreform steht für diese Strategie (Dusseaulx 2025). Sie darf allerdings nicht mit einem dauerhaften Bündnis verwechselt werden: Am 13. Oktober 2026 hielten die Sozialisten trotz eines Gesprächsangebots an ihrem Antrag auf Zurückweisung des Haushaltsentwurfs fest (Dusseaulx 2026). Faure schloss am 22. Oktober ein Bündnis mit LFI für die Präsidentschaftswahl aus, ließ eine spätere Zusammenarbeit bei Parlamentswahlen aber offen (Decommer 2026). Die Abgrenzung nach links ist somit deutlicher als die endgültige Entscheidung über das Verhältnis zur Mitte.

Gramscianisch stellt sich damit die Frage, ob soziale Forderungen in eine Erneuerung des bisherigen Blocks aufgenommen werden oder einen eigenständigen Gegenentwurf tragen. Eine selektive Einbindung sozialistischer Kräfte könnte oppositionelle Bindungen schwächen, ohne die Ursachen der Krise zu beseitigen. Umgekehrt wird eine kompromisslose Abgrenzung nicht schon dadurch gegenhegemonial, dass sie die eigene Position konsequent vertritt: Auch LFI muss unterschiedliche Beschäftigtengruppen, kommunale Milieus und Bündnispartner dauerhaft gewinnen. Für beide Strategien ist entscheidend, ob Vereinbarungen überprüfbare soziale Veränderungen ermöglichen und gemeinsam demokratisch getragen werden. Ohne eine solche Grundlage können Konkurrenz um Kandidaturen und wechselseitige Verratsvorwürfe die Fähigkeit der Linken schwächen, als gesellschaftlich führungsfähige Alternative aufzutreten.

Wo eine solidarische Verbindung unterschiedlicher Interessen nicht gelingt, bleiben die zugrunde liegenden Unsicherheiten politisch wirksam. Ihre Richtung ist jedoch nicht vorgegeben. Der RN versucht, Erfahrungen von Kaufkraftverlust, schwachen öffentlichen Diensten, Statusbedrohung und politischer Ohnmacht in eine Erzählung nationalen Niedergangs einzuordnen. Aus dieser Perspektive erscheinen nationale Bevorzugung und autoritäre Ordnung als Mittel, Schutz und Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Seine möglichen Zugewinne sind deshalb aus der aktiven politischen Verarbeitung der Krise zu erklären; sie sind keine automatische Folge sozialer Benachteiligung.

Der rechte Versuch einer Gegenhegemonie um den RN verbindet soziale Schutzversprechen mit nationaler Abgrenzung und dem Anspruch, Ordnung wiederherzustellen. Das RN-Programm von 2024 kombinierte Steuersenkungen auf Energie und die Rücknahme einer Verschärfung der Arbeitslosenversicherung mit

schärferen Ausweisungsregeln, der Abschaffung des Geburtsortsprinzips beim Staatsangehörigkeitserwerb und einer Einschränkung medizinischer Hilfe für Menschen ohne regulären Aufenthalt (Rassemblement National 2024, S. 6–7). So werden materielle Sorgen und Zugehörigkeitsfragen miteinander verschränkt. Gramscianisch versucht dieses Projekt, ein anderes Wir zu organisieren: Soziale Rechte erscheinen als Schutz einer national begrenzten Gemeinschaft. Die bestehende Eigentumsordnung wird dadurch nicht angetastet.

Die mögliche Bündniswirkung dieses Angebots liegt darin, Teile der Lohnabhängigen mit Selbständigen und besitzenden Gruppen zu verbinden, obwohl ihre wirtschaftlichen Interessen auseinandergehen. Die nationale Deutung verspricht, Konkurrenz einzugrenzen und Anerkennung wiederherzustellen. Eine gemeinsame Gegnerschaft gegen politische Eliten, Einwanderung und vermeintliche Bevorzugung anderer Gruppen kann zunächst über Verteilungskonflikte innerhalb dieses Bündnisses hinweghelfen. Gerade die Zersplitterung der Mitte und die Konflikte der Linken eröffnen dem RN die Chance, sich als einzige durchsetzungsfähige Alternative darzustellen. Seine Erzählung kann den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital überlagern, beseitigt ihn aber nicht. Dass 2025 bereits 47 Prozent den RN für regierungsfähig und 42 Prozent für ihren Anliegen nahe hielten, zeigt seine Normalisierung; gleichzeitig bewerteten ihn 49 Prozent als demokratiegefährdend (Ipsos 2025). Normalisierung und starke Ablehnung bestehen somit nebeneinander.

RN und übrige extreme Rechte sind dabei zu unterscheiden. Radikalere Akteure können durch publizistische und gesellschaftliche Aktivitäten Deutungen verbreiten und die Grenzen öffentlich akzeptierter Positionen verschieben. Der RN kann versuchen, solche Verschiebungen in breitere Zustimmung zu übersetzen und sich zugleich als regierungsfähig darzustellen. Zwischen diesen Kräften bestehen jedoch Konkurrenz um Wähler und unterschiedliche Anforderungen an öffentliche Mäßigung. Die in Kapitel 7 untersuchten Medien und intellektuellen Netzwerke sowie die in Kapitel 8 behandelten Annäherungen sind in dieser Perspektive mögliche Vermittlungswege rechter Hegemoniegewinne, kein Beleg für eine einheitlich gesteuerte Gesamtstrategie.

Die zuvor untersuchten programmatischen Annäherungen, publizistischen Machtressourcen und Gesprächsangebote wirtschaftlicher Eliten erweitern die Bündnischancen des RN (Retailleau 2026; Gummich und Kempin 2026). Ein solches Projekt könnte Führungspersonal und liberal-universalistische Selbstbeschreibung verändern, während wirtschaftliche Eigentums- und Machtverhältnisse fortbestehen. Rechte Gegenhegemonie und gesellschaftliche Emanzipation sind deshalb zu unterscheiden.

Diesen Bündnischancen stehen erhebliche innere Widersprüche gegenüber. Der wirtschaftspolitische Ausgleich bleibt schwierig. Gilles Ivaldis Analyse von 991 wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen des Front national (FN; „Nationale Front“, früherer Name des RN) beziehungsweise des RN von 1986 bis zum Gegenhaushalt für 2026 zeigt eine erneute Verschiebung nach rechts. Unternehmensentlastungen, Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen gewinnen gegenüber früheren sozialpolitischen Versprechen an Gewicht (Ivaldi 2026a, S. 2–7). Was die Anschlussfähigkeit an wirtschaftliche Eliten erhöht, kann somit die Erwartungen abhängig Beschäftigter enttäuschen. Der Konflikt verläuft auch innerhalb der Anhängerschaft: Laut Ivaldis Auswertung wollen 37 Prozent der RN-Sympathisanten das Renteneintrittsalter senken, 39 Prozent beibehalten und 21 Prozent erhöhen (Ivaldi 2026b, Abschn. „Un parti et une candidate prêts pour 2027 ?“). Eine nationale Identität erzeugt also keine einheitlichen materiellen Interessen.

Die Haushaltspläne vom 6. Oktober 2026 machen diese Spannung konkret. Marine Le Pen kündigte Einsparungen von 140 Milliarden Euro bis 2032 an; auch Kommunen und Rentenausgaben sollen zum Konsolidierungsprogramm beitragen (Duguet 2026). Es handelt sich um angekündigte Ziele, nicht um realisierte oder unabhängig bestätigte Einsparergebnisse. Für die hier untersuchte Bündnisfähigkeit stellt sich damit die Frage, wer eine solche Konsolidierung tragen müsste. Werden öffentliche Leistungen oder soziale Ansprüche eingeschränkt, kann gerade die vom RN angesprochene schutzbedürftige Wählerschaft betroffen sein. Werden die Kürzungsziele aufgegeben, entstehen dagegen Konflikte mit jenen Kräften, deren Vertrauen über fiskalische Disziplin gewonnen werden soll.

Nationale Ausgrenzung kann diesen Widerspruch politisch verschieben, löst ihn aber wirtschaftlich nicht. Ein Vorrang für französische Staatsangehörige schafft weder automatisch zusätzliche Wohnungen noch ausreichend Pflegekräfte oder höhere Löhne. Unternehmen benötigen Arbeitskräfte, während Beschäftigte unabhängig von

ihrer Herkunft auf verlässliche öffentliche Leistungen angewiesen sind. Eine Verschärfung von Ausschlüssen kann deshalb nicht nur Betroffene schädigen, sondern auch neue Interessenkonflikte zwischen Arbeitgebern, Belegschaften und staatlichen Einrichtungen auslösen. In der gramscianischen Lesart ist dies die Grenze der rechten Vereinheitlichung: Das nationale Wir kann ein gemeinsames Deutungsmuster anbieten, ohne einen dauerhaft tragfähigen sozialen Kompromiss zu sichern.

Hinzu kommen organisatorische und strategische Hindernisse. Ivaldi beschreibt Spannungen zwischen den Umfeldern Le Pens und Bardellas, Schwierigkeiten bei der Gewinnung glaubwürdigen politischen Personals sowie rechtsextreme, rassistische und antisemitische Äußerungen aus Teilen des Kandidaten- und Aktivistenmilieus. Seine Analyse vom 1. Oktober verweist außerdem auf ungeklärte europäische und außenpolitische Positionen (Ivaldi 2026b, Abschn. „Le retour des vieux démons ?“ und „Le défi stratégique“). Der RN steht damit vor einer Doppelanforderung: Er muss radikale Bindungen erhalten und zugleich moderatere Wähler und mögliche Bündnispartner überzeugen. Eine Mäßigung kann Enttäuschung und Konkurrenz am rechten Rand verstärken; demonstrative Radikalität kann dagegen die behauptete Regierungsfähigkeit und die Gewinnung konservativer Partner erschweren.

Auch eine erfolgreiche Überwindung personeller Probleme würde die Aufgabe gesellschaftlicher Verankerung nicht erledigen. Für stabile Führung wären verlässliche lokale Organisationen und vermittelnde Beziehungen zu Berufsgruppen, Verbänden und unterschiedlichen Beschäftigtenmilieus erforderlich. Gewerkschaften, antirassistische Initiativen und demokratische Öffentlichkeit bilden zugleich Gegenkräfte. Der RN kann daher die Ablehnung des bisherigen Systems bündeln, ohne bereits Zustimmung zu sämtlichen Bestandteilen einer neuen Ordnung gewonnen zu haben. In einer Regierung könnten diese Widersprüche durch Zugeständnisse bearbeitet, durch neue Konflikte verschärft oder durch stärkeren Zwang eingehegt werden.

Eine mögliche Stichwahl 2027 zwischen Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon würde die republikanische Wahldisziplin auf eine besondere Probe stellen. Gemeint ist hier die politische Norm, durch die Unterstützung des Gegenkandidaten einen Sieg der äußersten Rechten zu verhindern. Das Szenario setzt voraus, dass beide tatsächlich antreten und den zweiten Wahlgang erreichen; Le Pens rechtliche Situation bleibt dabei zu berücksichtigen. Reuters beschrieb am 30. Oktober die Zersplitterung des Zentrums als einen Faktor, der diese Konstellation begünstigt. Ein feststehender Stichwahlausgang folgt daraus nicht (Rose 2026).

Der bisher herrschende Block würde darüber voraussichtlich nicht einheitlich entscheiden. Zu unterscheiden sind Parteiführungen, wirtschaftliche Eliten, Verbände und ihre jeweiligen Wählermilieus. Schon bei den Parlamentswahlen 2024 verband Attal die Abgrenzung zum RN mit Bedingungen für die Unterstützung linker Kandidaten; Philippe lehnte Stimmen sowohl für RN als auch für LFI ab. Die LR-Führung gab keine nationale Wahlempfehlung. Diese unterschiedlichen Positionen belegen eine begrenzte und umstrittene republikanische Gemeinsamkeit, keine bereits beschlossene Unterstützung Le Pens für 2027. Zudem sind Rückzüge in parlamentarischen Dreieckskonstellationen nicht mit einer Präsidentschaftsstichwahl gleichzusetzen (Public Sénat 2024).

Auf der Ebene der Wählerschaften zeigen sich Voraussetzungen für eine weitere Erosion dieser Gemeinsamkeit. Im Barometer des Meinungsforschungsinstituts Cluster17 für Politico vom 27. Oktober 2026, erhoben vom 19. bis 22. Oktober unter 3.000 Personen, nannten 43 Prozent die Verhinderung eines von LFI dominierten Lagers als vorrangiges Ziel; 30 Prozent wollten vorrangig ein RN-dominiertes Lager verhindern. Unter den Wählern von Renaissance bei der Europawahl 2024 priorisierten 56 Prozent die Verhinderung von LFI, unter den damaligen LR-Wählern 79 Prozent. Die Frage misst die Rangfolge politischer Abwehrziele, nicht unmittelbar die Wahlentscheidung im Duell Le Pen–Mélenchon. Sie belegt weder eine entsprechende Übertragung sämtlicher Stimmen noch eine Wahlempfehlung der jeweiligen Parteiführung (Cluster17 2026).

Die in Kapitel 8 untersuchte Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeberverbände ist von ihrer Bewertung einer solchen Stichwahl zu unterscheiden. Ein Bericht zur MEDEF-Veranstaltung vom August dokumentiert Vorbehalte gegenüber Le Pens Wirtschaftsprogramm bei zugleich besonders starker Ablehnung Mélenchons in Teilen des Unternehmermilieus. Daraus lässt sich eine mögliche Präferenz für Le Pen als vermeintlich kleineres

wirtschaftspolitisches Risiko ableiten, aber keine einheitliche Verbandsposition (Bissuel, Guillou und Métais 2026).

Analytisch ergeben sich drei mögliche Reaktionen. Ein Teil könnte die republikanische Abgrenzung aufrechterhalten und trotz programmatischer Gegnerschaft zur Wahl Mélenchons aufrufen. Ein anderer Teil könnte beide Kandidaten ablehnen, keine Empfehlung geben oder für Enthaltung beziehungsweise eine leere Stimmabgabe eintreten. Das würde Le Pen nicht ausdrücklich unterstützen, könnte aber die Mobilisierung gegen sie schwächen. Schließlich könnten einzelne konservative oder wirtschaftliche Akteure offen Le Pen empfehlen, wenn sie ihr Projekt gegenüber Umverteilung, veränderten Eigentumsrechten oder wirtschaftspolitischen Eingriffen einer LFI-geführten Regierung bevorzugen.

Für die hier untersuchte Blockbildung wäre besonders bedeutsam, wie ein solcher Übergang gerechtfertigt würde. Eine Gleichsetzung von RN und LFI könnte zunächst den Verzicht auf eine republikanische Wahlempfehlung begründen. Die spätere Darstellung Le Pens als Garantin wirtschaftlicher Stabilität könnte darüber hinaus eine offene Unterstützung legitimieren. Gramscianisch ließe sich dies als Versuch deuten, wirtschaftliche Kontinuität unter einer veränderten politischen Führung zu sichern. Dem stünden innerbürgerliche Konflikte über europäische Bindungen, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Ausgrenzung gegenüber. Auch eine Wahlempfehlung zugunsten Le Pens würde deshalb noch keinen widerspruchsfreien neuen historischen Block schaffen.

Eine geschlossene republikanische Wahldisziplin zugunsten Mélenchons kann unter diesen Bedingungen daher nicht erwartet werden. Die Positionierungen und Befragungen sprechen für eine mögliche partielle Auflösung der Abgrenzung der Mitte und der traditionellen Rechten zur RN. Ob daraus offene Unterstützung Le Pens entstünde, wäre an konkreten Aufrufen sowie Finanzierungs- und Organisationshilfen der einzelnen Akteursgruppen zu prüfen. Der Vergleich mit Glucksmann zeigt, wie stark diese Entscheidung vom Profil des Gegenkandidaten abhängen könnte.

Eine Stichwahl zwischen Le Pen und Raphaël Glucksmann wäre anders zu beurteilen. Dessen Partei Place publique beschreibt sein Angebot als humanistisch, ökologisch und europäisch. Ein Bericht über die Reaktionen auf seinen Vorwahlsieg dokumentiert zudem, dass Teile des macronistischen Umfelds ihn als politisch näherstehend als Mélenchon wahrnahmen. Das spricht für eine größere Anschlussfähigkeit an das Zentrum, ist aber weder eine Zusage zur Zusammenarbeit noch eine Stichwahlempfehlung (Place publique 2026; Delair 2026). Die im vorangegangenen Szenario untersuchte Abwehr eines von LFI dominierten Lagers darf deshalb nicht ohne Weiteres auf Glucksmann übertragen werden.

Auch die Wahlabsichten unterscheiden sich. Im Ifop-Barometer vom 20. Oktober 2026, erhoben vom 17. bis 19. Oktober unter 1.928 Wahlberechtigten, erreichte Glucksmann in der getesteten Stichwahl 43 Prozent gegenüber 57 Prozent für Le Pen. Mélenchon kam im selben Barometer auf 32 Prozent gegenüber 68 Prozent. Der Abstand von elf Prozentpunkten zwischen den beiden linken Kandidaten zeigt ihre unterschiedliche Reichweite im jeweiligen hypothetischen Duell. Daraus lässt sich jedoch weder die Herkunft dieser zusätzlichen Stimmen noch eine geschlossene republikanische Mobilisierung ableiten. Beide Konstellationen sind Momentaufnahmen vor der eigentlichen Wahlkampfdynamik (Ifop 2026).

Für Teile der politischen Mitte und wirtschaftlicher Eliten könnte Glucksmann eher als Partner eines erneuerten gesellschaftlichen Kompromisses erscheinen. In der hier entwickelten Interpretation wäre eine Unterstützung gegen Le Pen mit der Erwartung vereinbar, europäische Bindungen und institutionelle Kontinuität zu sichern und zugleich begrenzte soziale Zugeständnisse auszuhandeln. Das könnte eine republikanische Wahlempfehlung erleichtern, ohne die wirtschaftspolitische Gegnerschaft aufzuheben. Ob Arbeitgeberverbände oder einzelne Unternehmensgruppen diesen Weg einschlügen, müsste an ihrer Bewertung seines konkreten Steuer-, Sozial- und Investitionsprogramms geprüft werden. Eine allgemeine Zustimmung des Unternehmerlagers zu Glucksmann ist durch die herangezogenen Quellen nicht belegt.

Auch gegen Glucksmann könnten Teile der konservativen Rechten und bereits an den RN angenäherte Akteure Le Pen unterstützen oder eine Wahlempfehlung verweigern. Insgesamt ist eine größere Bereitschaft zu einem

republikanischen Aufruf zugunsten Glucksmanns plausibel; Ausmaß und Verbindlichkeit blieben offen. Parteibeschlüsse, Verbandspositionen und das Verhalten der Wählerschaften sind dabei getrennt zu beurteilen.

Gramscianisch läge der Unterschied in zwei Möglichkeiten der Bearbeitung der Blockkrise: Die Unterstützung Glucksmanns könnte eine sozialdemokratisch vermittelte Erneuerung des bisherigen Kompromisses eröffnen; die Unterstützung Le Pens könnte eine autoritäre Neuordnung unter Bewahrung wesentlicher Eigentums- und Machtpositionen begünstigen. Entscheidend wären die tatsächlich vereinbarten sozialen Zugeständnisse, demokratischen Garantien und wirtschaftspolitischen Bindungen. Ein einzelner Wahlaufruf begründet noch keinen dauerhaft neu geordneten Block.

Für eine demokratische Gegenstrategie folgt daraus, dass eine bloße Wahlabsprache gegen den RN nicht ausreicht. Sie kann notwendig sein, um dessen Machtübernahme zu verhindern, ersetzt aber keine Auseinandersetzung mit den bereits nach rechts verschobenen Deutungsrahmen. Eine tragfähige Abgrenzung müsste gleiche soziale und politische Rechte, unabhängige Gerichte sowie eine pluralistische Öffentlichkeit auch dann verteidigen, wenn Einschränkungen aus der konservativen Mitte vorgeschlagen werden. Zugleich müsste sie materielle Unsicherheiten glaubwürdig bearbeiten, statt sie durch nationale Ausgrenzung zu erklären. Die Konkurrenz der Bewerber für 2027 ist daher mehr als ein Personalstreit: Sie entscheidet mit darüber, welche dieser Grenzen politisch verbindlich bleiben und welche Annäherungen als regierungsfähig gelten. Der Hegemoniekampf entscheidet sich somit nicht allein an der Stärke der Unzufriedenheit, sondern daran, wie ihre Ursachen erklärt, welche Gruppen dauerhaft verbunden und welche Veränderungen glaubwürdig ermöglicht werden. Die Krise des bisherigen Blocks eröffnet konkurrierende Entwicklungen, ohne deren Ausgang festzulegen.

10 Fazit

Die Stärke der gramscianischen Erklärung liegt darin, die Krisendimensionen als miteinander vermittelte Konflikte gesellschaftlicher Führung zu verstehen. Konjunkturelle Schwäche und strukturelle Wachstumsgrenzen erschweren soziale Kompromisse; steigende Zinslasten und umstrittene Haushaltsentscheidungen belasten deren Finanzierung. Die Prognose bis 2030 zeigt zugleich, dass Frankreichs Wachstumsschwäche Teil einer breiteren europäischen Problemlage ist und zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede bestehen. Ihre besondere politische Zuspitzung in Frankreich erklärt sich erst aus den dortigen Verteilungs- und Repräsentationskonflikten sowie der Fähigkeit konkurrierender Kräfte, diese Konflikte gesellschaftlich zu deuten und zu organisieren. Bildungsungleichheit beschädigt Zukunftsversprechen, während politische Entfremdung und Parteienkonkurrenz eine verbindliche Krisenbearbeitung erschweren. Frankreichs Lage lässt sich deshalb als Hegemoniekrise mit organischen Zügen und Interregnums-Tendenzen bestimmen. Ein vollständiger Zerfall des bisherigen historischen Blocks ist damit allerdings nicht gegeben.

Die Klassenstruktur bildet den Boden unterschiedlicher Interessen; deren politische Richtung entsteht durch gesellschaftliche Verarbeitung und Organisation. Der Vergleich in Kapitel 6 zeigt, dass begrenzte Mitgliederbestände mit erheblichem staatlichem Einfluss verbunden sein können, während organisatorisches Wachstum keine dauerhafte gesellschaftliche Führung sichert. Die Krise besteht daher nicht in einem gleichmäßigen Verschwinden aller Parteibindungen, sondern in ihrer ungleichen und instabilen Vermittlung. Entscheidend sind örtliche Verankerung, wirksame Beteiligung und die Fähigkeit zur Interessenbündelung. Gewerkschaften erreichen über gewählte Vertretungen und Tarifverträge auch Nichtmitglieder. Unternehmerverbände verfügen über wirtschaftliche Ressourcen und besondere Zugänge zu Parteien der Mitte und der Rechten. Medienbesitz und intellektuelle Netzwerke verstärken die ungleichen Möglichkeiten, eigene besondere Interessen öffentlich als allgemeine Anliegen darzustellen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bleiben eigenständige Akteure und sind nicht als Parteivorfeld zu bewerten.

Die Protestszenarien zeigen unterschiedliche Folgen für diese Vermittlungskrise. Umgesetzte Bildungsreformen könnten das Vertrauen in kollektives Handeln stärken und zugleich einen erneuerten Regierungskompromiss ermöglichen. Teilzugeständnisse könnten die Bewegung spalten; weitgehend ausbleibende Verbesserungen dagegen die politische Entfremdung verstärken. Eine Ausweitung der Bildungsproteste durch Gewerkschaften,

LFI und Teile der Gelbwesten könnte zusätzlichen Druck erzeugen und Gegensätze im Regierungsblock verschärfen. Ihr Abflauen würde die Regierung zunächst entlasten, ohne dadurch neue Zustimmung zu schaffen. Ausschlaggebend bleiben die Bearbeitung der Konfliktursachen und verlässliche Möglichkeiten der Mitsprache. Mobilisierungsstärke ist daher von gesellschaftlicher Führung, institutionelles Überleben von erneuerter Legitimität zu unterscheiden.

Die in Kapitel 9 zusammengeführten Prozesse erklären, warum die Erosion der bisherigen Führung unterschiedlichen Projekten Raum eröffnet. Enttäuschte Aufstiegsversprechen, umstrittene unsoziale Lastenverteilung, schwächere Vermittlung und begrenzte soziale Zugeständnisse untergraben Zustimmung, ohne die Machtressourcen des bisherigen Blocks aufzuheben. Die Übernahme national ausgrenzender Deutungen kann zugleich den RN stärken. Dessen mögliche Zugewinne beruhen darauf, soziale Unsicherheit als nationale Bedrohung zu verarbeiten und unterschiedliche Klassenlagen durch Schutz- und Ordnungsversprechen zu verbinden. Solche Zugewinne sind weder automatisch noch bereits eine gefestigte Hegemonie; wirtschaftliche Interessengegensätze und organisatorische Widersprüche bleiben bestehen.

Ein linkes Gegenprojekt müsste unterschiedliche Interessen innerhalb der Lohnabhängigen verbinden und rassistische sowie antisemitische Ausschlüsse überwinden. Es müsste darüber hinaus gesellschaftliche Bündnisse über die Lohnabhängigen hinaus aufbauen, dauerhafte Organisation mit demokratischer Beteiligung sichern, einen glaubwürdigen Gesellschaftsentwurf entwickeln und dessen politische Durchsetzung ermöglichen. Diese Aufgaben hängen zusammen; keine lässt sich durch Wahlerfolge allein lösen. Während Mélenchon für einen stärkeren Bruch mit dem bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs steht, könnte Glucksmann eher zum Bezugspunkt einer sozialdemokratisch vermittelten Erneuerung des bisherigen Kompromisses werden. Beide Wege müssten ihre jeweilige gesellschaftliche Tragfähigkeit erst herstellen.

Der hypothetische Stichwahlvergleich macht die Bedeutung des Gegenkandidaten deutlich. Gegen Mélenchon sind der Verzicht auf eine republikanische Wahlempfehlung und offene Unterstützung Le Pens durch einzelne Akteure der Mitte und der konservativen Rechten plausible Möglichkeiten. Glucksmanns größere Anschlussfähigkeit an die Mitte könnte eine Unterstützung gegen Le Pen erleichtern. Das sind Einschätzungen auf Grundlage bisheriger Positionierungen und Wahlabsichten, keine feststehenden Bündnisse für 2027.

Aus der Krise des bisherigen historischen Blocks folgt daher kein zwangsläufiger Sieger. Wahlerfolg, Regierungsmehrheit und dauerhafte gesellschaftliche Führung sind verschiedene Ebenen. Sowohl eine sozialdemokratisch vermittelte Erneuerung als auch eine autoritäre Neuordnung bestehender Machtverhältnisse bleiben möglich. Eine grundlegende demokratische Erneuerung durch eine vereinigte Linke müsste materielle Verbesserungen mit gleichen Rechten und wirksamer Beteiligung und einer konsequenten Abkehr vom Kurs Macrons verbinden.

Literatur und Quellen

AFP (2025). Sans surprise, Tondelier représentera les Ecologistes à la primaire de la gauche. La Gazette France, 8. Dezember. https://www.lagazettefrance.fr/article/sans-surprise-tondelier-representera-les-ecologistes-a-la-primaire-de-la-gauche

AFP (2026a). RN : Plus de 112.000 adhérents appelés à réélire Bardella fin octobre. Boursorama, 21. September; Angaben zu RN und LFI. https://www.boursorama.com/actualite-economique/actualites/rn-plus-de-112-000-adherents-appeles-a-reelire-bardella-fin-octobre-610058d7ad8fc03782fd9494a754e9e4

Agence France Trésor (2026). Budget de l'État. Projet de loi de finances pour 2027 und aktualisierte Finanzierung 2026. Stand der Abfrage 30. Oktober. https://www.aft.gouv.fr/fr/budget-etat

Algan, Yann, und Antonin Bergeaud (2026). La politique au travail: ce que l'entreprise révèle des fractures françaises. Telos, 2. April. Darstellung der Studie der Wirtschaftshochschule HEC Paris (Hautes études commerciales de Paris) auf Basis von 3.909 Befragten. https://www.telos-eu.com/fr/economie/politique-travail-entreprise-fractures-francaises.html

Amable, Bruno, und Stefano Palombarini (2025). „Il n’y a plus aucune promesse de progrès social compatible avec les réformes néolibérales“. Interview. Positions, 29. September. https://positions-revue.fr/articles/2025/il-ny-a-plus-aucune-promesse-de-progres-social-compatible-avec-les-reformes-neoliberales-entretien-avec-bruno-amable-et-stefano/

Arcom (2026). Les Français et l’information – 2ème édition. 29. Januar. https://www.arcom.fr/se-documenter/etudes-et-donnees/etudes-bilans-et-rapports-de-larcom/les-francais-et-linformation-2eme-edition

Arnoult, Émilie (2023). Les discriminations sur le marché du travail subies par les personnes d’origine maghrébine. Insee Références, Immigrés et descendants d’immigrés en France, 30. März, Abb. 1. https://www.insee.fr/fr/statistiques/6793310

Assemblée nationale (2026). Effectif des groupes politiques, XVIIe législature. Laufende amtliche Fraktionsübersicht, Stand der Abfrage 30. Oktober. https://www2.assemblee-nationale.fr/instances/liste/groupes_politiques/effectif

Banque de France (2026). France Inter: „Il est très important pour rassurer les marchés et les Français d’avoir un budget d’ici la fin de l’année“. Interview mit Emmanuel Moulin, Oktober. https://www.banque-france.fr/fr/interventions-gouverneur/france-inter-il-est-tres-important-pour-rassurer-les-marches-et-les-francais-davoir-un-budget-dici

Barbarit, Simon (2026). Municipales : faute d’implantation locale, Renaissance contraint de faire profil bas. Public Sénat, 11. März. https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/municipales-faute-dimplantation-locale-renaissance-contraint-de-faire-profil-bas

Bissuel, Bertrand (2026a). Le Medef se défend de tout rapprochement avec le RN. Le Monde, 16. April. https://www.lemonde.fr/politique/article/2026/04/16/le-medef-se-defend-de-tout-rapprochement-avec-le-rn_6680474_823448.html

Bissuel, Bertrand (2026b). Pour le président du Medef, la CGT et la CFDT jettent « une ombre suspecte » sur « la démocratie sociale » en combattant le RN. Le Monde, 24. September, aktualisiert 28. September. https://www.lemonde.fr/politique/article/2026/09/24/pour-le-president-du-medef-la-cgt-et-la-cfdt-jettent-une-ombre-suspecte-sur-la-democratie-sociale-en-combattant-le-rn_6781574_823448.html

Bissuel, Bertrand, Clément Guillou und Thibaud Métais (2026). Marine Le Pen « voit l’économie à travers l’électeur d’Hénin-Beaumont ». Bericht über Vorbehalte des Unternehmermilieus. Le Monde, 28. August. https://www.lemonde.fr/politique/article/2026/08/28/marine-le-pen-voit-l-economie-a-travers-l-electeur-d-henin-beaumont-les-reserves-du-patronat-apres-la-rentree-du-medef_6759065_823448.html

Bonvarlet, Soizic (2026). Primaire socialiste: vainqueur dès le 1er tour, Raphaël Glucksmann sera le candidat de la gauche sociale-démocrate. La Chaîne parlementaire (LCP; französisches Parlamentsfernsehen), 11. Oktober. https://lcp.fr/actualites/primaire-socialiste-vainqueur-des-le-1er-tour-raphael-glucksmann-sera-le-candidat-de-la

Bouquillion, Philippe, und Bruno Lefèvre (2025). France. Country Report 2025. Euromedia Ownership Monitor, Dezember. DOI: 10.25598/EurOMo/2025/FR. https://media-ownership.eu/2025-edition/country-reports/france/

Boursorama mit Media Services (2024). Législatives 2024 : les organisations patronales s’inquiètent du programme économique du RN. 11. Juni. https://www.boursorama.com/actualite-economique/actualites-amp/legislatives-2024-les-organisations-patronales-s-inquietent-du-programme-economique-du-rn-266e110aa9bbbb2f2701d0544d585bc0

Cautrès, Bruno (2026). La démocratie française en souffrance. Note de recherche du CEVIPOF, Le Baromètre de la confiance politique, Vague 17, Nr. 2, März, 11 S. https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr.cevipof/files/BCP_BC_democratiesouffrance_mars26.pdf

CESE (2026). Comment la société civile est-elle représentée pour la mandature 2026–2031? 18. Mai. https://www.lecese.fr/actualites/comment-la-societe-civile-est-elle-representee-pour-la-mandature-2026-2031

CEVIPOF (2026). Baromètre de la confiance politique, vague 17. Ergebnisübersicht, 9. Februar. Paris: Sciences Po. https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/actualites/barometre-de-la-confiance-politique-cevipof-2026-la-confiance-s-effondre-en-politique-la-proximite-fait-figure-de-refuge/

CFDT (2026). Syndicalisation : Toujours plus de travailleuses et de travailleurs font confiance à la CFDT. Pressemitteilung, 21. Mai; Mitgliederstand 31. Dezember 2025. https://www.cfdt.fr/sinformer/communiques-de-presse/syndicalisation-toujours-plus-de-travailleuses-et-de-travailleurs-font-confiance-a-la-cfdt

CFE-CGC (2026). 39e congrès CFE-CGC : les rapports d’activité et financier adoptés. Finanzbericht mit Mitgliederstand Ende 2024; ergänzend organisatorische Selbstdarstellung. Abruf 31. Oktober.
https://www.cfecgc.org/actualites/39e-congres-cfe-cgc-les-rapports-dactivite-et-financier-adoptes
https://www.cfecgc.org/cfe-cgc/qui-sommes-nous

CFTC (o. J.). Quelques chiffres. Selbstdarstellung ohne Bezugsjahr; ergänzend L’équipe dirigeante mit abweichender Angabe. Abruf 31. Oktober 2026.
https://www.cftc.fr/quelques-chiffres
https://www.cftc.fr/nous-connaitre/lequipe-dirigeante

CGT Paris (2024). Charte d’Amiens – Le syndicat et la politique. Union départementale CGT Paris, 8. Oktober.
https://www.cgtparis.fr/2024/10/08/charte-damiens-le-syndicat-et-la-politique/

Chanvril, Flora, und Luc Rouban (2025). Les réseaux sociaux ne font pas la politique. Note de recherche du CEVIPOF, Collection Fractures françaises, Nr. 8, November, 14 S.
https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr.cevipof/files/FF_FCLR_reseaux_sociaux_nov2025.pdf

Ciotti, Éric (2026). L’UDR a vocation à grand-remplacer LR. Interview von Antonin André und Louis de Raguenel. Le Journal du Dimanche, 23. Juni.
https://www.lejdd.fr/politique/eric-ciotti-ludr-a-vocation-a-grand-remplacer-lr-177144

Clavier, Henri (2026). Élection présidentielle 2027: qui sont les candidats déclarés ou presque? Public Sénat, 14. Oktober.
https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/election-presidentielle-2027-qui-sont-les-candidats-declares-ou-presque

Cluster17 (2026). Baromètre présidentiel d’octobre pour Politico, vague 2. 27. Oktober. Erhebung 19.–22. Oktober, n = 3.000; Priorität der Verhinderung politischer Lager, keine direkte Stichwahlfrage.
https://cluster17.com/barometre-presidentiel-doctobre-pour-politico-vague-2-marine-le-pen-jugee-favorite-lopposition-a-larrivee-de-lfi-au-pouvoir-domine/

Cour de cassation (2026). Communiqué: Affaire dite «des assistants parlementaires du Front National» – suivi de la procédure (n° 3). 16. Oktober.
https://www.courdecassation.fr/toutes-les-actualites/2026/10/16/communique-affaire-dite-des-assistants-parlementaires-du-front

Cour des comptes (2026). La situation des finances publiques début 2026. Synthèse du rapport public thématique, Februar, insbesondere S. 5–6.
https://www.ccomptes.fr/sites/default/files/2026-02/20260219-synthese-situation-des-finances-publiques-debut-2026_0.pdf

CPME (2026). La CPME réaffirme son attachement au débat d’idées et précise sa position sur la représentativité patronale. 27. Januar, veröffentlicht durch Les Entrepreneurs Côte-d’Or.
https://cpme-21.fr/la-cpme-reaffirme-son-attachement-au-debat-didees-et-precise-sa-position-sur-la-representativite-patronale

Czymmeck, Anja, Max Willem Fricke und Nele Katharina Wissmann (2026). 17. Oktober: Frankreichs Wutausbruch. Gewalt, Staat und Wahlkampf. Länderbericht, 22. Oktober. Konrad-Adenauer-Stiftung.
https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/17-oktober-frankreichs-wutausbruch

Dares (o. J.). La syndicalisation. Definitionen, Quellen und institutioneller Rahmen; Abruf 31. Oktober 2026.
https://dares.travail-emploi.gouv.fr/donnees/la-syndicalisation

David, Romain (2026). Le vote du premier tour de la primaire du PS perturbé par une cyberattaque. Public Sénat, 9. Oktober.
https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/le-vote-du-premier-tour-de-la-primaire-du-ps-perturbe-par-une-cyberattaque

Decommer, Eugénie (2026). Présidentielle 2027 : Olivier Faure affirme qu’il n’y aura pas d’alliance avec LFI, sans exclure une union pour les législatives. Le Parisien, 22. Oktober.
https://www.leparisien.fr/elections/presidentielle/presidentielle-2027-olivier-faure-affirme-quil-ny-aura-pas-dalliance-avec-lfi-sans-exclure-une-union-pour-les-legislatives-22-10-2026-MVRFOG26VZF3DERYR7F3VIZTAQ.php

Delair, Victor (2026). Après la victoire de Raphaël Glucksmann, le bloc central dans l’incertitude. Le Parisien, 12. Oktober.
https://www.leparisien.fr/elections/presidentielle/il-faut-se-mettre-daccord-apres-la-victoire-de-raphael-glucksmann-le-bloc-central-dans-lincertitude-12-10-2026-SZMWO2GM3FENBJ34676DYUML2U.php

DEPP (2026). Indicateurs de ségrégation sociale entre collèges dans les départements. Offene Daten des französischen Bildungsministeriums, nationale Werte für 2024; Abruf 30. Oktober 2026.
https://data.education.gouv.fr/explore/dataset/fr-en-indicateur_segregation_sociale_colleges/

Dervieux, Valérie-Odile (2026). Situation judiciaire de Marine Le Pen: lorsque les avis des plus hauts magistrats divergent. Actu-Juridique, 28. Oktober.
https://www.actu-juridique.fr/penal/situation-judiciaire-de-marine-le-pen-lorsque-les-avis-des-plus-hauts-magistrats-divergent/

Devulder, Antoine (2026). France’s potential growth following the Covid crisis. Banque de France, Blogbeitrag 455, 8. Juli, aktualisiert 24. September. https://www.banque-france.fr/en/publications-and-statistics/publications/frances-potential-growth-following-covid-crisis

DG Trésor (2026). Publication du rapport économique, social et financier (RESF; Wirtschafts-, Sozial- und Finanzbericht) 2027. 6. Oktober. Paris: Ministère de l’Économie et des Finances. https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2026/10/06/le-rapport-economique-social-et-financier-resf-2027-est-publie

DG Trésor und Agence France Trésor (2026). Rapport sur la dette des administrations publiques. Annexe au projet de loi de finances pour 2027. Oktober, insbesondere S. 4–5. https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/a03a2517-7707-459d-adbc-c721d82d51c7/files/c386b8c2-b030-4a25-8912-79a7d259aa0e

DILA (2026). Le nouveau paysage politique français. Vorstellung des Dossiers in Cahiers français, 8. September. https://dila.gouv.fr/actualites/presse/communiques/article/le-nouveau-paysage-politique-francais

Duguet, Stéphane (2026). 140 milliards d’euros d’économies d’ici 2032 : « l’effort radical » proposé par Marine Le Pen pour « redresser » les finances publiques. Public Sénat, 6. Oktober. https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/140-milliards-deuros-deconomies-dici-2032-leffort-radical-propose-par-marine-le-pen-pour-redresser-les-f

Dusseaulx, Anne-Charlotte (2025). Suspension de la réforme des retraites : le PS décide de ne pas censurer le gouvernement Lecornu 2. LCP, 14. Oktober. https://lcp.fr/actualites/le-ps-ne-censurera-pas-le-gouvernement-le-risque-de-chute-s-eloigne-pour-sebastien

Dusseaulx, Anne-Charlotte (2026). « Il laisse la porte fermée » : les députés PS répondent à Lecornu et maintiennent leur motion de rejet sur le budget. LCP, 13. Oktober. https://lcp.fr/actualites/il-laisse-la-porte-fermee-les-socialistes-repondent-a-sebastien-lecornu-et-maintiennent

Défenseur des droits und Organisation internationale du travail (OIT) (2025). Les évolutions des discriminations dans l’emploi entre 2016 et 2024. 18e baromètre, 10. Dezember. https://www.defenseurdesdroits.fr/les-evolutions-des-discriminations-dans-lemploi-entre-2016-et-2024

Europäische Kommission (2026). 2026 Country Report – France. 3. Juni. Abschnitte zur Arbeitsproduktivität und zur Forschungsintensität. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-surveillance-eu-member-states/country-pages-including-country-reports/country-report-france_en

Eurostat (2026). Public spending on education stable at 4.7% of GDP. 18. August; Bezugsjahr 2023, Datensatz educ_uoe_fine06. https://ec.europa.eu/eurostat/fr/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260818-1

Fabre, Jérémie, und Marie Beyer (2026). Médias français: qui possède quoi? Acrimed/Le Monde diplomatique, 21. Januar. https://www.acrimed.org/Medias-francais-qui-possede-quoi

Fiaschetti, Ludovica (2026). Les instances de représentation des salariés dans les entreprises en 2024. Davantage d’instances élues après cinq ans de baisse. Dares Résultats 43, 8. Oktober. https://dares.travail-emploi.gouv.fr/publication/les-instances-de-representation-des-salaries-dans-les-entreprises-en-2024

Fondation Jean-Jaurès (o. J.). La fondation. https://www.jean-jaures.org/la-fondation/

George, Guilhem (2026). Réforme des retraites, 1er-Mai, protection sociale : le secrétaire général de FO se confie avant le grand congrès fédéral. Interview mit Frédéric Souillot, L’Est Républicain, 20. April. https://www.estrepublicain.fr/economie/2026/04/20/reforme-des-retraites-1-sup-er-sup-mai-protection-sociale-le-secretaire-general-de-fo-se-confie-avant-le-grand-congres-federal

Gramsci, Antonio (1991–2002). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der von Valentino Gerratana besorgten Edition. 10 Bände. Hrsg. vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg/Berlin: Argument. Belege nach Heft (H.) und Paragraph (§). https://argument.de/produkt/gefaengnishefte-gesamtausgabe-in-10-baenden-broschiert/

Gummich, Katharina, und Ronja Kempin (2026). Zerreißprobe für Frankreichs Demokratie. Implikationen der Kommunalwahlen für das Rennen um den Élysée-Palast. SWP-Aktuell 19, April, 4 S. DOI: 10.18449/2026A19. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2026A19_Frankreich_Kommunalwahlen.pdf

HCFP (2026). Avis n° HCFP-2026-5 du 25 septembre 2026 relatif aux projets de lois de finances et de financement de la sécurité sociale pour l’année 2027. Journal officiel, 2. Oktober. https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000054939509

Horizons (2026). Chiffres clés. Selbstdarstellung des Parteibestands und der örtlichen Organisation; Abruf 31. Oktober. https://horizonsleparti.fr/

Ifop (2026). Baromètre de l’élection présidentielle – vague 7. Ifop-Fiducial für La Chaîne Info (LCI; französischer Nachrichtensender), Le Figaro und Sud Radio, 20. Oktober. Online-Erhebung 17.–19. Oktober; n = 1.928 Wahlberechtigte. https://www.ifopgroup.com/article/barometre-de-lelection-presidentielle-vague-7-2/

Infos.fr (2024). Bayrou réélu président du MoDem. 23. März. https://www.infos.fr/politique/2024/03/23/bayrou-reelu-president-du-modem/amp/

Insee (2026a). Au deuxième trimestre 2026, le PIB est stable (+0,0 % après −0,2 %) et le pouvoir d’achat des ménages recule nettement. Informations rapides 212, 28. August. https://www.insee.fr/fr/statistiques/9039499

Insee (2026b). L’essentiel sur… la pauvreté. 9. Juli. https://www.insee.fr/fr/statistiques/5759045

Insee (2026c). À la fin du deuxième trimestre 2026, le ratio de dette publique s’établit à 119,0 % du PIB. Informations rapides 239, 29. September. https://www.insee.fr/fr/statistiques/9053525

Insee (2026d). Au deuxième trimestre 2026, le taux de chômage augmente de 0,2 point et atteint 8,3 %. Informations rapides 192, 7. August. https://www.insee.fr/fr/statistiques/9032359

Insee (2026e). Professions et secteurs d’activité. Emploi, chômage, revenus du travail, 2. Juli. Daten für 2025. https://www.insee.fr/fr/statistiques/8733043?sommaire=8733125

Insee (2026f). Répartition de la masse totale de patrimoine brut entre les ménages. 7. April. Daten für Anfang 2024. https://www.insee.fr/fr/statistiques/2502915

Insee (2026g). Une photographie du marché du travail en 2025. Le chômage repart à la hausse, le taux d’activité à son plus haut depuis 50 ans. Von Émilie Pénicaud. Insee Première 2096, 25. März. https://www.insee.fr/fr/statistiques/8901327

Insee (2026h). Le PIB recule légèrement au troisième trimestre 2026 (−0,1 % après 0,0 %). Comptes nationaux trimestriels – première estimation. Informations rapides 263, 30. Oktober. https://www.insee.fr/fr/statistiques/9111036

Insee (2026i). Les gains de productivité français en partie retrouvés, sans effacer le retard accumulé. Blog de l’Insee, 29. Mai. https://blog.insee.fr/les-gains-de-productivite-francais-en-partie-retrouves/

Insee (2026j). Évolution de l’emploi. Emploi, chômage, revenus du travail, 2. Juli, Abb. 1. Vorläufige Beschäftigungsschätzungen Ende 2025, Frankreich ohne Mayotte. https://www.insee.fr/fr/statistiques/8733039?sommaire=8733125

Institut La Boétie (o. J.). L’Institut La Boétie. https://institutlaboetie.fr/linstitut-la-boetie/

Institut Montaigne (o. J.). About us. https://www.institutmontaigne.org/en/about-us

Institut Thomas More (o. J.). À propos. https://institut-thomas-more.org/a-propos/

Ipsos (2024). Sociologie des électorats – Législatives 2024. 30. Juni. Ipsos-Talan, Erhebung 27.–28. Juni, n = 10.286; ergänzend Bericht, S. 6. https://www.ipsos.com/fr-fr/legislatives-2024/sociologie-des-electorats-legislatives-2024

Ipsos (2025). Fractures françaises 2025. 20. Oktober. Erhebung 1.–9. Oktober, n = 3.000 Erwachsene. https://www.ipsos.com/fr-fr/fractures-francaises-2025

Ipsos (2026). Lycéens: un mouvement qui divise mais des revendications soutenues. 10. Oktober. Erhebung für La Tribune Dimanche, 7.–8. Oktober, n = 1.000. https://www.ipsos.com/fr-fr/lyceens-un-mouvement-qui-divise-mais-des-revendications-soutenues

Ivaldi, Gilles (2026a). Cap sur la droite pour 2027 ? Où en est le Rassemblement national sur l’économie ? Note de recherche du CEVIPOF, Collection Enjeux et forces politiques, Nr. 1, März, 9 S. https://www.sciencespo.fr/cevipof/files/ENJEUX_GI_Droite2027_mars2026.pdf

Ivaldi, Gilles (2026b). Le Rassemblement national face à ses faiblesses et contradictions, à l'approche de 2027. Sciences Po CEVIPOF / The Conversation, 1. Oktober. https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/actualites/le-rassemblement-national-face-a-ses-faiblesses-et-contradictions-a-l-approche-de-2027/

IWF (2026). World Economic Outlook Database, Oktober 2026. Reales BIP-Wachstum, Reihe NGDP_RPCH für FRA, DEU, ITA, GBR und EU; Projektionen 2026–2030, Abfrage 30. Oktober. DataMapper-API. https://www.imf.org/external/datamapper/api/v1/NGDP_RPCH

Jaffré, Jérôme (2026). Le système partisan entre réalignement et grande distance. Note de recherche du CEVIPOF, Collection Fractures françaises, Nr. 9, Januar, 9 S. https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr.cevipof/files/FF_JJ_systemepartisan_janv2026.pdf

Kagni, Maxence (2026). Primaire de gauche : plus de 140.000 inscrits pour voter au premier tour. LCP – Assemblée nationale, 6. Oktober. https://lcp.fr/actualites/primaire-de-gauche-plus-de-140000-inscrits-pour-voter-au-premier-tour-443021

Kazakevich, Alexander/Joubioux, Nathan/Nilsson-Julien, Estelle (2026). Colère sociale en France, acte II : 1 000 interpellations en marge des cortèges. Euronews, 24. Oktober, aktualisiert 25. Oktober. https://fr.euronews.com/2026/10/24/france-acte-ii-de-la-colere-sociale-la-manifestation-contre-le-congres-du-rn-debute-a-orle

Lamiable, Christine (2026). Plus de 600 000 syndiqués, succès de l'Ugict… Nouvelle année de hausse des adhésions pour la CGT. La Vie Ouvrière, 4. Februar; Mitgliederbestand 2024. https://nvo.fr/plus-de-600-000-syndiques-succes-de-lugict-nouvelle-annee-de-hausse-des-adhesions-pour-la-cgt/

Le Parisien (2025). Renaissance revendique plus de 33 000 adhérents. 1. Juni. https://www.leparisien.fr/politique/renaissance-revendique-plus-de-33-000-adherents-01-06-2025-HUM5STQDHBHDZJKT6OWPE5AK6I.php

Lemaire, É., T. Perrin und E. Jounin (2026). Insertion des lycéens professionnels et étudiants de niveau CAP à BTS deux ans après leur sortie d'études en 2023 – 59 % sont en emploi salarié en juillet 2025. Note d'Information 26.26, DEPP, 25. Juni. DOI: 10.48464/ni-26-26. https://www.education.gouv.fr/depp/insertion-des-lyceens-professionnels-et-etudiants-de-niveau-cap-bts-deux-ans-apres-leur-sortie-d-505061

Légifrance (2025). Arrêté du 8 juillet 2025 fixant la liste des organisations syndicales reconnues représentatives au niveau national et interprofessionnel. Journal officiel, 9. Juli. https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000051862310

MEDEF (2024). Revivez les auditions des chefs de partis pour les élections législatives du mardi 20 juin. Dokumentation der gemeinsamen Anhörungen mit CPME und U2P, 20. Juni. https://www.medef.com/actualites-download/revivez-les-auditions-des-chefs-de-partis-pour-les-elections-legislatives-du-mardi-20-juin

Ministère de l'Économie et des Finances (2026). Mission sur la transparence des finances publiques à l'horizon 2030: priorité à la maîtrise des dépenses pour infléchir la dynamique de la dette. Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Mission Jaravel, Ragot, Tavernier und Valla, 15. Juli. https://presse.economie.gouv.fr/mission-sur-la-transparence-des-finances-publiques/

Ministère de l'Éducation nationale (2026a). Concours enseignants de la session 2026 : premiers effets de la réforme de la formation initiale des enseignants. 9. Juli. https://www.education.gouv.fr/concours-enseignants-de-la-session-2026-premiers-effets-de-la-reforme-de-la-formation-initiale-des-505268

Ministère de l'Éducation nationale (2026b). Remplacement de la plateforme Parcoursup, plafonnement du nombre d'élèves par classe, état des bâtiments, bourses: les engagements du Gouvernement pour la jeunesse. Pressemitteilung, 26. Oktober. https://www.education.gouv.fr/remplacement-de-la-plateforme-parcoursup-plafonnement-du-nombre-d-eleves-par-classe-etat-des-506367

Ministère du Travail (2026). Bilan de la mesure 2025 de la représentativité des organisations syndicales et patronales. 9. Juli. https://travail-emploi.gouv.fr/bilan-de-la-mesure-2025-de-la-representativite-des-organisations-syndicales-et-patronales

Murat, Fabrice (2024). Évolution des inégalités sociales de compétences au fil du temps et de la scolarité. Note d'Information 24.21, DEPP, 11. Juni. DOI: 10.48464/ni-24-21. https://www.education.gouv.fr/depp/evolution-des-inegalites-sociales-de-competences-au-fil-du-temps-et-de-la-scolarite-452484

Nasrou, Othman (2026). Angaben zum Mitgliederbestand und zur internen Abstimmung von LR. Interview mit Le Figaro, auf der eigenen Internetseite wiedergegeben, April. https://www.othman-nasrou.fr/post/othman-nasrou-aucun-autre-parti-que-lr-n-est-capable-de-faire-voter-76-653-personnes-dans-une-pr

Nkoa Zoa, Mélodie (2026). Flash conjoncture France – Les services, principal moteur des exportations depuis 2019, soutiennent l'acquis de commerce extérieur en 2026. DG Trésor, 23. Oktober. https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2026/10/23/flash-conjoncture-france-les-services-principal-moteur-des-exportations-depuis-2019-soutiennent-l-acquis-de-commerce-exterieur-en-2026

Normand, Grégoire (2024). Législatives : au Medef, le grand écart fiscal des candidats. La Tribune, 20. Juni. https://www.latribune.fr/economie/france/legislatives-2024/legislatives-au-medef-le-grand-ecart-fiscal-des-candidats-1000327.html

Nouveau Front populaire (2024). Contrat de législature. Juni, insbesondere S. 4–5. Originalprogramm, archivierte Fassung. https://lherminerouge.fr/wp-content/uploads/2024/06/240613-Programme-nouveaufrontpopulaire.pdf

Nouvelle Énergie (2026). Combien d'adhérents compte Nouvelle Énergie, le parti de David Lisnard ? Datierte Selbstauskunft, 31. Oktober. https://www.unenouvelleenergie.fr/questions/combien-d-adherents-compte-nouvelle-energie/

Nutarelli, Mathilde (2026). Election présidentielle: qui sont les candidats à gauche? Public Sénat, 24. August, aktualisiert 25. August. https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/election-presidentielle-qui-sont-les-candidats-a-gauche

OECD (2023). PISA 2022 Results. Factsheets – France. Paris: OECD, insbesondere S. 2, 5 und 9. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/11/pisa-2022-results-volume-i-and-ii-country-notes_2fca04b9/france_d1a5bb8b/8008535b-en.pdf

OECD (2026a). Résultats du PISA 2025 (Volume I) : France. Länderbericht, 8. September. https://www.oecd.org/fr/publications/resultats-du-pisa-2025-volume-i_5a2c9236-fr/france_9840dc6b-fr.html

OECD (2026b). Education at a Glance 2026: OECD Indicators. Kapitel Key system-level indicators of education finance, Tabelle C1.4; Readers Guide zur Mittelwertbildung. https://www.oecd.org/en/publications/education-at-a-glance-2026_b4968bbc-en/full-report/key-system-level-indicators-of-education-finance_d143f855.html https://www.oecd.org/en/publications/education-at-a-glance-2026_b4968bbc-en/full-report/readers-guide_9d408eac.html

OECD (2026c). Education at a Glance 2026: OECD Indicators. Kapitel How are primary and lower secondary education financed?, Tabelle C3.1, Bezugsjahr 2023. https://www.oecd.org/en/publications/2026/09/education-at-a-glance-2026_3bce4131/full-report/how-are-primary-and-lower-secondary-education-financed_f7fa7bec.html

OECD (2026d). Education at a Glance 2026. France, 29. September, insbesondere Tab. 5. https://www.oecd.org/en/publications/education-at-a-glance-2026_c0e523a9-en/france_c75b2cc7-en.html

OECD Education GPS (2026). France – Student performance (PISA 2025). Ergebnisse und Veränderungen der drei Kernkompetenzen; Abruf 30. Oktober. https://gpseducation.oecd.org/CountryProfile?primaryCountry=FRA&topic=PI&treshold=10

PCF (2026). Élection présidentielle : Fabien Roussel désigné candidat à 72 %. Mitteilung der nationalen Wahlkommission, 6. September; wiedergegeben beim PCF Oise. https://oise.pcf.fr/132839

Pignoni, Maria-Teresa (2023). Léger repli de la syndicalisation en France entre 2013 et 2019 : dans quelles activités et pour quelles catégories de salariés ? Dares Analyses 6, Februar. https://dares.travail-emploi.gouv.fr/publication/leger-repli-de-la-syndicalisation-en-france-entre-2013-et-2019

Place publique (2026). Raphaël Glucksmann remporte la primaire. Selbstdarstellung auf der Parteiseite; Abruf 31. Oktober. https://place-publique.eu/

Politis (2026). Médias: Bolloré étend sa toile. 10. September. https://www.politis.fr/articles/2026/09/medias-bollore-etend-sa-toile/

Prestimonaco, Lino (2026). « On n'a pas d'autre choix » : le patron du Medef se dit prêt à travailler avec le RN et LFI, en cas de victoire à la présidentielle. Le Parisien, 25. August. https://www.leparisien.fr/elections/presidentielle/on-na-pas-dautre-choix-que-detre-pragmatiques-le-patron-du-medef-se-dit-pret-a-travailler-avec-le-rn-et-lfi-en-cas-de-victoire-a-la-presidentielle-25-08-2026-ZN7X3TEY4ZB2NK6XMMI2MMW3TE.php

Public Sénat (2024). Législatives 2024 : quelles sont les consignes de désistement des différents partis pour le second tour ? 1. Juli. https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/legislatives-2024-quelles-sont-les-consignes-de-desistement-des-differents-partis-pour-le-second-tour

Raph, Martin (2026). Adhérents par parti politique : le classement. Sekundäre Zusammenstellung, Stand 13. Oktober; hier ergänzend für Reconquête verwendet. https://martinraph.fr/adherents-des-partis/

Rassemblement National (2024). Programme des élections législatives. Juni, insbesondere S. 6–7. https://rassemblementnational.fr/documents/202406-programme.pdf

Recherches & Solidarités (2026). La France bénévole en 2026. 21. Ausgabe, Mai, insbesondere S. 5–7. https://recherches-solidarites.org/wp-content/uploads/2026/05/La-France-benevole_26-05-2026.pdf

Retailleau, Bruno (2026). Ma candidature ira jusqu'au bout. Interview im Journal du dimanche (JDD; französische Sonntagszeitung), veröffentlicht von Les Républicains am 31. Mai. https://republicains.fr/actualites/2026/05/31/ma-candidature-ira-jusquau-bout/

RN (2026). XIXe Congrès du Rassemblement National. Selbstdarstellung zum Mitgliederkongress am 24. und 25. Oktober. https://rassemblementnational.fr/congres2026

Rocheteau, Laurène (2026). Colère des lycéens : 161.500 manifestants en France selon le ministère, 480.000 d'après les organisateurs. TF1 Info, 13. Oktober. https://www.tf1info.fr/societe/mobilisation-manifestation-colere-des-lyceens-161-500-manifestants-en-france-selon-le-ministere-480-000-d-apres-les-organisateurs-2469747.html

Rose, Michel (2026). French centrists' feuding increases odds of Le Pen-Melenchon runoff. Reuters, 30. Oktober. https://www.reuters.com/world/europe/french-centrists-feuding-increases-odds-le-pen-melenchon-runoff-2026-10-30/

Rouhban, Odile, Pierre Tanneau und Patrick Simon (2024). Le sentiment de discrimination persiste à la deuxième génération. Insee Références, France, portrait social, 21. November, Abb. 1 und 5. https://www.insee.fr/fr/statistiques/8242403

RSF (o. J.). France. Länderprofil zur Pressefreiheit, Stand der Abfrage 30. Oktober 2026. https://rsf.org/fr/pays/france

RTL (2026). „Je serai candidat": Éric Zemmour confirme qu'il se présentera à la présidentielle 2027 et donne les premières pistes de son programme. 18. September. https://www.rtl.fr/actu/politique/presidentielle-2027-eric-zemmour-confirme-sa-candidature-et-donne-les-premieres-pistes-de-son-programme-7900673673

Sander, Bernhard (2026). Welche Zukunftschancen für die Republik? Frankreichs Jugend auf den Barrikaden. Sozialismus.de, 20. Oktober. https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/welche-zukunftschancen-fuer-die-republik/

Sciences Po (2026). Le Baromètre racisme 2025 présenté à Sciences Po par nos chercheurs. 25. Juni. Vorstellung der Beiträge von Yuma Ando, Nonna Mayer und Tommaso Vitale zum 36. CNCDH-Bericht. https://www.sciencespo.fr/recherche/fr/actualites/le-barometre-racisme-2025-presente-a-sciences-po-par-nos-chercheurs/

Seidendorf, Stefan (2025). Frankreich in der Krise. Von der politischen Instabilität zur Gesellschaftskrise? Deutsch-Französisches Institut. Analyse zur Regierungskrise im Herbst 2025. https://www.dfi.de/dossiers/frankreich-in-der-krise

Service Public (2026a). Comité social et économique (CSE). Staatliches Informationsportal; Abruf 31. Oktober. https://www.service-public.gouv.fr/particuliers/vosdroits/F34474

Service Public (2026b). Convention collective. Staatliches Informationsportal; Stand 30. Oktober, Abruf 31. Oktober. https://www.service-public.gouv.fr/particuliers/vosdroits/F78

SIES (2026). Le niveau d'études selon le milieu social. L'état de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de l'Innovation en France, Nr. 19. Datenmittel 2022–2024. https://publication.enseignementsup-recherche.gouv.fr/eesr/FR/T448/le_niveau_d_etudes_selon_le_milieu_social/

Sénat (2023). Transition écologique du bâti scolaire : mieux accompagner les élus locaux. Rapport d'information n° 800 (2022–2023), 29. Juni. Insbesondere Teil II zum Finanzierungsbedarf. https://www.senat.fr/rap/r22-800/r22-800_mono.html

Sénat (2025). Relations stratégiques entre l'État et les universités. Rapport d'information n° 58 (2025–2026), 22. Oktober, Abschnitt zur Hochschulimmobilienpolitik und zum Sanierungsbedarf. https://www.senat.fr/rap/r25-058/r25-05827.html

TF1 Info/AFP (2026a). Mouvement lycéen : une mobilisation fortement suivie, plus de 260.000 personnes dans les rues selon Beauvau. 6. Oktober. https://www.tf1info.fr/societe/mouvement-lyceen-une-mobilisation-fortement-suivie-plus-de-250-000-personnes-dans-les-rues-selon-beauvau-2468392.html

TF1 Info/AFP (2026b). Mobilisation du 17 octobre : entre 550.000 et 800.000 manifestants dans les rues ce samedi. 17. Oktober. https://www.tf1info.fr/societe/mobilisation-du-17-octobre-entre-550-000-et-800-000-manifestants-dans-les-rues-ce-samedi-2470544.html

U2P (2024). Résultats des élections législatives – Apaiser le pays en bâtissant des majorités de projets. Pressemitteilung, 8. Juli, veröffentlicht durch U2P Bourgogne Franche-Comté. https://u2pbfc.fr/article-3-402-actualites-resultats-des-elections-legislatives----apaiser-le-pays-en-batissant-des-majorites-de-projets

UFSE-CGT (2026a). Se mobiliser dans la durée pour gagner sur les salaires, les services publics et le budget. 14. Oktober, veröffentlicht bei CGT Finances publiques. https://www.cgtfinancespubliques.fr/public/infos-actions/luttes-2026/article/se-mobiliser-dans-la-duree-pour-gagner-sur-les-salaires-les-services-publics-et

UFSE-CGT (2026b). Union fédérale des syndicats de l’État. Congrès ordinaire, document d’orientation et vie syndicale. Cahier spécial Fonction publique, Februar, insbesondere S. 9. https://www.cgtetat.fr/IMG/pdf/do_congres2025_web-2.pdf

Vignal, François (2026). Après la proposition de primaire de Gabriel Attal, rejetée par le camp Philippe et Retailleau, le blocage perdure. Public Sénat, 29. Oktober. https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/apres-la-proposition-de-primaire-de-gabriel-attal-rejetee-par-le-camp-philippe-et-retailleau-le-blocage-perdure

Internetquellen abgerufen am 30. und 31. Oktober 2026.

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

KI-Erklärung: Bei Recherche, Strukturierung und Formulierung wurde KI unterstützend eingesetzt.